

**TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES
ÜBER DIE ARBEIT DER
KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING
2004**

Drucksachen-Nummer 3-0399/05-LR

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<i>Vorwort des Landrates</i>	3
 <u>Landratsbereich</u>	
Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte	5
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Pressestelle	12
Kämmerei	18
 <u>Dezernat I</u>	
Hauptamt	22
Personalamt	28
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	29
Rechtsamt	30
 <u>Dezernat II</u>	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	34
Ordnungsamt	36
Straßenverkehrsamt	42
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	48
Umweltamt	54
 <u>Dezernat III</u>	
Schulverwaltungs- und Kulturamt	58
Sozialamt	61
Jugendamt	65
Gesundheitsamt	67
 <u>Staatliches Schulamt</u>	 69
 <u>Dezernat IV</u>	
Planungsamt	71
Kataster- und Vermessungsamt	76
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	79
Landwirtschaftsamt	84
 <u>Hoch- und Tiefbauamt</u>	 88

Landkreis Teltow-Fläming



Der Landrat

Luckenwalde, Januar 2005

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

der vorliegende Tätigkeitsbericht dokumentiert die Ergebnisse der Arbeit in den einzelnen Ämtern und Sachgebieten im Jahr 2004. Kritisch werden auch Engpässe beleuchtet, die ein effektives und kundenfreundliches Handeln erschwerten.

Im Jahr 2004 wurden viele Hürden genommen, die zu Jahresbeginn noch als uneinnehmbar galten. Trotz immer knapper werdender Finanzmittel gelang es uns, die Arbeit der Verwaltung bürgernah und offen zu gestalten.

Sichtbarer Ausdruck für diese Transparenz ist der völlig überarbeitete, moderne und zeitgemäße Internetauftritt des Landkreises. Großer Wert wurde darauf gelegt, dass die Verwaltung mit den meisten ihrer Dienstleistungen online präsent ist.

Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft (Arge) Grundsicherung für Arbeitsuchende“ ist ebenfalls als Erfolg zu werten. Ab Januar 2005 werden die Kreisverwaltung und die Agentur für Arbeit gemeinsam die bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in einem stabilen Netzwerk betreuen und zurück ins Berufsleben begleiten.

Allerdings macht sich auch in unserem Landkreis die allgemeine wirtschaftliche Situation bemerkbar. Derzeit sind hier mehr als 12.000 Menschen erwerbslos. Deshalb zählt jede Aktivität, die Arbeitsplätze schafft oder sie erhält. Für die Entscheidung des VW-Konzerns, ein neues Logistikzentrum für Ostdeutschland in Ludwigsfelde zu errichten, spielte die komplikationslose Zusammenarbeit mit den Genehmigungsbehörden des Landkreises eine große Rolle.

Trotz aller Schwierigkeiten gelang es dem Landkreis Teltow-Fläming, dank seiner Wirtschaftskraft auch 2004 wieder unter die „Top Five“ der neuen Bundesländer in einer renommierten Studie der Zeitschrift Focus Money zu gelangen. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

Erfolge wie dieser fallen nicht vom Himmel. Im Landkreis Teltow-Fläming sind sie u. a. ein Resultat der hervorragenden Infrastruktur, für deren weitere Entwicklung wir uns mit Nachdruck einsetzen. Besonders wichtig ist der Ausbau der Bundesstraße 101n. Ebenfalls positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und insbesondere den Tourismus im Landkreis hatten 2004 die Erweiterung der Flaeming-Skate® um das Teilstück zwischen Dahme/Mark und Wildau-Wentdorf und der Bau der Skate-Arena Jüterbog.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zum Wohle unseres Landkreises.

Peer Giesecke
Landrat

Landratsbereich

Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte

Das Thema Gleichstellung und Gleichstellungsrecht hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf allen Ebenen der Politik von der Europäischen Union über den Bund, die einzelnen Länder und eine Vielzahl von Kommunen ist die Umsetzung des in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes normierten Verfassungsauftrages: "Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." zumindestens weitgehend formal vollzogen. Im Artikel 3 Absatz 3 ist der Gleichbehandlungsgrundsatz auch festgeschrieben; nicht nur für das Geschlecht, auch die Abstammung, die Rasse, die Sprache, die Herkunft, der Glaube, die Religion oder die politische Anschauung dürfen nicht zu Benachteiligungen oder Bevorzugungen führen. Allerdings hinkt die praktische Umsetzung, Ausgestaltung und gesellschaftliche Akzeptanz dem noch hinterher.

Die Umsetzung dieser Forderungen ist Inhalt der Arbeit der Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragten. Die Aufgaben der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit, verwaltungsintern und extern erfassen.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 160.695 Menschen, 81.141 (50,5%) davon sind weiblichen Geschlechts. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beträgt 2,0 %, davon sind 421 Flüchtlinge und 2.864 ausländische Bürger und Bürgerinnen.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen, Männern und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen und deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Frauen- und Familienförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen, entsprechend ihren Fähigkeiten, vertreten zu sein. Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied in der Steuerungsgruppe der regionalen Verzahnungsstelle, einem Instrument der Landesregierung, in dem Arbeitsmarktpolitik mit Strukturförderung - immer unter Einbeziehung der Forderungen von Gender Mainstreaming - zu verzahnen ist.

Zur Förderung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung ist im Landkreis Teltow-Fläming ein Initiativbüro installiert worden. Im Regionalbeirat ist die Gleichstellungsbeauftragte Ansprechpartnerin bei der Projektauswahl von Microinitiativen oder Mikroprojekten zum Erlangen von Existenzfähigkeit oder zur Entwicklung von Nebenerwerbsmöglichkeiten vor allem für Frauen.

Das Landesintegrationskonzept ist ausgerichtet auf die Förderung der Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnorten; auch hier mitzuwirken ist ein Schwerpunkt der Arbeit. Dabei ist das bürgerschaftliche Engagement der einzelnen Initiativen in den Kommunen ein wichtiger Bestandteil.

Einer der Schwerpunkte in der kreislichen Arbeit ist der Bereich Kinder- und Jugendarbeit. Mit Projekten zur interkulturellen Arbeit wurden durch die Ausländerbeauftragte in den

Schulen Kenntnisse vermittelt, wie z.B. zu Fluchtgründen, zur Lebenssituation im Asylverfahren und zur Religion. Aus diesen Projekttagen entwickelten sich neue Formen der Zusammenarbeit, so zum Beispiel Treffen der Schüler mit den Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingswohnheimen.

Weiterhin wurden Begegnungen mit Ausländern und Bürgern des Landkreises organisiert, wie z.B. Feste der Begegnung in Niedergörsdorf, Jüterbog und Luckenwalde, Straßenfußballturniere und Ferienfreizeiten in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Sportjugend. In Ludwigsfelde wurde erstmals ein Wanderpokal gestiftet, der mit einem jährlichen Wettkampf in verschiedenen Orten zur Tradition werden soll. Einbezogen wurden in alle Aktivitäten die ausländischen Schülerinnen und Schüler, Schüler und Jugendliche aus den Kommunen sowie die Eltern und die Großeltern. Diese Veranstaltungen sind in den Kommunen schon zu einem festen Bestandteil in der Integrationsarbeit geworden und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit. Ein Höhepunkt in der Interkulturellen Woche 2004 im Landkreis Teltow-Fläming war die Fortführung des Brückenfestivals in Ludwigsfelde.

Die Beauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, der Mitarbeit im Flüchtlingsfrauenbeirat und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können.

Für die Arbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeauftragten lag der Schwerpunkt in der Vermittlung von Informationen zum neuen Zuwanderungsgesetz, zum Integrationskonzept für Ausländer und Spätaussiedler für das Land Brandenburg und zur Antidiskriminierungsrichtlinie. Dazu wurde ein Seminar mit den Führungskräften der Polizei des Schutzbereiches Teltow-Fläming organisiert.

Wichtige Bündnispartner in der Jugend- und Ausländerarbeit sind die Mitglieder des Arbeitskreises "TF gegen Gewalt", die Fördervereine der Schulen, das Mobile Beratungssystem Schule und die Niederlassung Trebbin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V. Auf der Gleichstellungsebene ist es das "Frauennetzwerk Teltow-Fläming".

Die angestrebte Zusammenarbeit der im Landkreis tätigen Projekte mit den öffentlichen Einrichtungen, wie Beauftragte, Polizei, Jugendamt, Schulamt und Mobiles Beratungsteam des Landes hat sich im Arbeitskreis gegen Gewalt bewährt. So wurden von Mitgliedern des Arbeitskreises in den Beratungen mit Vertretern der Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern, Jugendlichen, Mitarbeitern von Freizeiteinrichtungen, Lehrern und Erziehern Weiterbildungen angeboten, organisiert und auch durchgeführt. In den Schulen und Freizeiteinrichtungen wurden Projekte gegen Gewalt und Rassismus, aber auch Projekte zum Kennenlernen und Verstehen anderer Kulturen angeboten.

Das Frauennetzwerk arbeitet intensiv mit den Arbeitsämtern, Bildungsträgern und Beschäftigungsgesellschaften zusammen. In Zusammenarbeit mit der Verzahnungsstelle und den freien Trägern ist es wichtig, die wenigen Mittel, die der Frauenförderung zur Verfügung stehen, so effektiv wie möglich zu verwenden, Frauen in strukturbestimmende Maßnahmen der Arbeitsförderung zu integrieren und somit auch für den 1. Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Wichtig war auch, Informationen an die Frauen zu vermitteln, welche Auswirkungen Hartz IV auf ihre Lebensplanung haben wird.

Die Planung, Organisation und Durchführung der 14. Brandenburgischen Frauenwoche war auch in diesem Jahr, bedingt durch die fehlenden Mittel, ein Kraftakt. Die Organisatorinnen, leider sind durch die Absetzung von Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen die Akteurinnen weniger geworden, schafften es, die Veranstaltungen in einer sehr guten Qualität und mit hohem Engagement durchzuführen. Das Motto "FrauenLand Brandenburg" zog sich als roter Faden, oft auch mit Fragezeichen durch die Veranstaltungen in den Regionen.

Das Miteinander der einzelnen Vereine und Initiativen in der Arbeit zeichnet die neue Qualität der Frauenarbeit aus, sich selbst und andere zu aktivieren, zu motivieren und sich für die eigenen Belange zu engagieren. Aus dieser Zusammenarbeit haben sich kleine Strukturen des Miteinander von deutschen und ausländischen Frauen, von Mädchen und Seniorinnen, behinderten und nicht behinderten Frauen entwickelt, die ihre Interessen jetzt auch gemeinsam vertreten.

Der bundesweite Aktionstag am 25. November 2004 zum Thema "Nein zu Gewalt an Frauen" wurde im Landkreis Teltow-Fläming mit dem Hissen der Fahnen zum Aktionstag und in Informationsveranstaltungen zum Thema Gewalt und der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes wiederholt der Öffentlichkeit bewusst gemacht.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 2004 einen hohen Stellenwert, um Menschen für die besondere Thematik in der Gleichstellungs- und Ausländerarbeit zu sensibilisieren.

Der Landkreis war durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Behinderten und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 9.618 schwerstbehinderte Menschen, Menschen, die einen Grad der Behinderung von mindesten 50 Prozent haben. Davon sind 4.858 männlich und 4.760 weiblich.

Die Anzahl der Behinderten steigt von Jahr zu Jahr. 2003 waren es noch 9.155 schwerstbehinderte Menschen, ein Anstieg in nur einem Jahren von 463 Schwerstbehinderten. Dieser Anstieg macht sich auch finanziell für den Landkreis bemerkbar.

So wurde unter anderem 2004 nach dem Landespflegegeldgesetz

493.607,39 €	Blindengeld (1.939 Fälle),
64.891,40 €	Gehörlosengeld (852 Fälle) und
34.726,96 €	Pflegegeld (264 Fälle)

ausgezahlt. Des Weiteren unterstützte der Landkreis die Selbsthilfegruppen finanziell in Höhe von 11.450 €. Für den Behindertenfahrdienst wurden Fahrcoupons mit einem Gesamtwert von 34.649,40 € ausgegeben.

Der konstante Anstieg von Behinderten und die oft wechselnde Gesetzgebung für Behinderte im gesamten Land Brandenburg hat zur Folge, dass sich die Tätigkeit der 39 kommunalen Behindertenbeauftragten zwangsläufig erweitert bzw. mehr denn je von den

Betroffenen eingefordert wird.

Das trifft auch für die Behindertenbeauftragte des Landkreises Teltow-Fläming zu. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, möglichst viele Barrieren, die den behinderten Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren, zu beseitigen, rechtliche Diskriminierung auszuschließen und Ursachen für mögliche Benachteiligungen entgegenzuwirken, Hilfe und Unterstützung beim Einfordern von Rechten zu gewährleisten sowie Vermittler zwischen den Hilfesuchenden und den Ämtern wie Sozialamt, Gesundheitsamt, den Wohlfahrtsträgern bzw. Versorgungsämtern und Krankenkassen zu sein.

Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Tätigkeit sind die Kontrollen der Einhaltung der DIN 18024 und DIN 1825 "Barrierefreies Bauen" bei neuen Bauvorhaben im Landkreis. Baurechtliche Stellungnahmen der Behindertenbeauftragten an das Planungsamt des Landkreises sind ein Bestandteil für Baugenehmigungen. In den letzten sechs Monaten wurden über 40 baurechtliche Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen erbeten. Sie bilden die Grundlage für das Einfordern von Absenkungen der Borde, Forderungen von Behindertenparkplätzen, Einhaltung von vorgegebenen Breiten bei Rad- und Gehwegen, Erreichbarkeit von Bushaltestellen und Bahnhöfen, Überquerungsmöglichkeiten im Kreuzungsbereich, Einsatz von stolperfreien Materialien auf Gehwegen sowie den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Bauten und Plätzen.

Ein weiterer Bestandteil des Aufgabengebietes ist die Öffentlichkeitsarbeit, die im Zeitalter des Internets von wesentlicher Bedeutung ist. Das Internet ist häufig die einzige Kommunikationsmöglichkeit von Behinderten nach außen bzw. untereinander. Hier wurden bereits auf der Teltow-Fläming-Seite der Kreisverwaltung die Grundlagen dafür geschaffen, die es gilt, in enger Zusammenarbeit mit der Pressestelle mit Informationen speziell für Behinderte auszubauen. Die Bandbreite der Öffentlichkeitsarbeit ist vielfältig. Sie reicht von Zuarbeiten für das Internet und für Presseartikel bis hin zum Organisieren von Veranstaltungen. Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die Ausstattung der Reisebüros mit Informationen über Mobilitätszentralen der Deutschen Bahn zum barrierefreien Reisen.

Resultierend aus dem neuen SGB IX ergaben sich für viele Behinderte des Landkreises neue Lebenssituationen. So wurden von der Behindertenbeauftragten im letzten halben Jahr 37 Widersprüche an das Versorgungsamt Cottbus im Auftrag von Behinderten verfasst. Durch Kontaktaufnahme der Beauftragten zu Behörden wie BfA oder LVA bzw. zum Versorgungsamt für Soziales in Cottbus zur Absicherung einer schnellen Hilfeleistung und einer Darstellung der tatsächlichen Lebenssituation des Betroffenen wurden Verfahren trotz Fristüberschreitungen wieder aufgenommen.

Oftmals wird den Behinderten von anderen Behörden, wie dem Arbeitsamt, Integrationsfachamt, die Beauftragte als unterstützende und hilfeleistende Institution nahe gelegt. Auf Grund dieser Empfehlungen und den wechselnden Gesetzen und Verordnungen für Behinderte, mit denen sie sehr oft überfordert sind, ist die Tätigkeit der Behindertenbeauftragten mehr den je gefordert und auch nötig. So sind die Einzelfallberatungen im häuslichen Milieu gerade im Bereich der Mehrfachgeschädigten auf Bitten von Familienangehörigen wesentlich angestiegen. Nicht selten wird die Behindertenbeauftragte als ein lösungsorientierter Krisenmanager verstanden.

Eine ständige Präsenz der Behindertenbeauftragten in den Selbsthilfegruppen bzw. in den Behindertenverbänden war und ist wichtig, denn sie fördert eine sensible Vertrautheit und lässt Probleme bereits im Vorfeld erkennen.

Ein fester Bestandteil der Arbeit sind die regelmäßigen Zusammenkünfte der Vorsitzenden der Behindertenverbände, die nicht nur dem Erfahrungsaustausch untereinander dienen. Die Beauftragte nutzte diese Zusammenkünfte, um sich über neue rechtliche Grundlagen und neue Förderprogramme für Behinderte zu informieren. Es wurden Themen, wie

"Grundsicherung" erörtert, der Aufbau des Internets für Behinderte erläutert und die „Reha-fair-Messe-Berlin 2004“, die über den neusten Stand für Mobilität, Pflege, Rehabilitation und Integration informiert, ausgewertet.

Auf dem Gebiet der Integrationsarbeit war das traditionelle Behinderten- und Skaterfest, das in diesem Jahr in Luckenwalde stattfand, ein voller Erfolg. Diese stark angenommene Veranstaltung zeigt, wie wichtig den Behinderten mit ihren Familien „ihr“ Fest ist. Viele mittelständische Betriebe des Landkreises wurden für diese Veranstaltung sensibilisiert und spendeten für die Tombola. Der Erlös der Benefizveranstaltung von 5.154 Euro kam den Parkinson-Kranken zu gute.

Integrationsarbeit ist z. B. auch, Praktikumsplätze für Behinderte zu finden. In vielen Fällen war die enge Zusammenarbeit der Beauftragten und das positive Denken der Verbände wie DRK, AOK und der VS ausschlaggebend für den Erfolg.

Ein weiterer Meilenstein der Behindertenarbeit war, dass sie 2004 auf eine internationale Ebene gehoben werden konnte. In Verantwortung der Beauftragten wurde eine polnische Delegation von Behinderten aus dem Partnerkreis Gniezno durch den Landkreis Teltow-Fläming geführt. In drei Tagen wurden Wohnstätten, Schulen, Werkstätten für Behinderte besichtigt und Kontakte zu Behindertenverbänden und Selbsthilfegruppen des Landkreises geknüpft. So konnte der Behindertenverband Dahme/Mark bei einem Gegenbesuch in Gniezno einen Vertrag zur Zusammenarbeit mit dem Centrum Rahabilitacyjno-Kulturalne Gniezno unterzeichnen. Ein weiterer Ausbau der internationalen Kontakte von Selbsthilfegruppen wurde von beiden Seiten positiv signalisiert.

In Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband TF e.V. fanden erste Beratungen zwischen dem Leiter des Tourismusverbandes und der Behindertenbeauftragten zum „Barrierefreien Tourismus“ im Landkreis Teltow-Fläming statt. Hauptaugenmerk wird dabei der Rad- und Skate-Weg und der neu entstehende Rundkurs für Behinderte in Dahme/Mark sein. Die Sensibilisierung der Pensionen und Hotels für eine barrierefreie Unterbringung entlang der Strecke muss weiterhin ausgebaut werden.

Die Mitarbeit der Behindertenbeauftragten im Nahverkehrsbeirat ist für einen barrierefreien Personennahverkehr von großer Bedeutung. Mit dem Gleichstellungsgesetz wird eine zentrale Forderung der Behindertenverbände verwirklicht, einen barrierefreien Zugang zu Bussen, Bahnen und Flugzeugen zu gewähren. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vergibt z. B. keine Fördermittel an den Personennahverkehr des Landkreises, wenn keine Stellungnahme der Behindertenbeauftragten zum Förderantrag vorliegt.

Nicht nur die Anzahl an behinderten Menschen steigt im Landkreis Teltow-Fläming, auch der Anteil an Senioren wird von Jahr zu Jahr größer. Sie sind auf allen Ebenen mobiler als ihre Generationen vor ihnen.

Auf diese neue Entwicklung muss von Seiten des Landkreises reagiert werden. So wurden z.B. in Abstimmung mit der Seniorenbeauftragten und der Kreisvolkshochschule Angebote besprochen, die den aktiven Senioren entgegenkommen.

Durch eine Teilnahme an den Sitzungen des Kreissenorenbeirates bzw. Teilnahme an den Treffs der Seniorenverbände in den Kommunen war die Seniorenbeauftragte als Ansprechpartner bei eventuellen Sorgen und Problemen präsent.

Die diesjährige 11. Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming stand unter dem Motto: „Aktiv und selbstbewusst mitten im Leben“. Die vielen Veranstaltungen, verteilt auf den gesamten Landkreis, in kultureller und sportlicher Hinsicht, wurden durch die Senioren offen

als Begegnungsmöglichkeit bzw. Abwechslung angenommen.

Erstmals gab es auf Initiative des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie, wie im gesamten Land Brandenburg, auch im Landkreis Teltow-Fläming, am 25. 08.04 den „Tag der Altenpflege“. Durch die Organisation der Seniorenbeauftragten wurde dieser Tag feierlich in der Kreisverwaltung begangen. Bei dieser Festveranstaltung wurden 23 Kräfte aus dem Pflegebereich aus den verschiedensten Einrichtungen ausgezeichnet.

Die Kommunen wurden für ihre Seniorenarbeit 2004 mit 17.500 € unterstützt.

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Ein weiterer Bereich, der dem Landrat direkt unterstellt ist, ist der des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WFB). Hier werden schwerpunktmäßig fünf Aufgabenkomplexe bearbeitet:

- Investitionsmanagement
- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personenverkehr (ÖPNV)
- Beteiligungsverwaltung
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Kammern, Verbänden u. a.

In den letzten beiden Jahren ist der Landkreis Teltow-Fläming durch unabhängige Untersuchungen und der Veröffentlichung der Ergebnisse im FOCUS-Money und im Handelsblatt bundesweit bekannt geworden als "Wirtschaftswunderland Teltow-Fläming", als die Nummer 1 unter den ostdeutschen Landkreisen. Dieser erreichte Stand ist zugleich Verpflichtung, in den Bemühungen um ein investitionsfreundliches Klima in der Kreisverwaltung nicht nachzulassen. Neben der in diesem Zusammenhang wichtigen und seit Jahren erfolgreich arbeitenden Koordinierungsgruppe wurde 2004 ein spezielles **Investitionsmanagement** eingerichtet. Alle relevanten Fachämter füllen dazu Meldebögen aus, die über vorgesehene Investitionen im Landkreis informieren. Wenn die Spalte "erkennbare Probleme" ausgefüllt ist, wird der WFB umgehend tätig, um zu versuchen, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ämtern, mit Kommunen oder anderen zuständigen Institutionen, diese Probleme zu lösen. Dies ist schon in verschiedenen Fällen gelungen und wird unseren Ruf als für Investoren interessanten Landkreis weiter festigen.

Auf dem Gebiet der **Arbeitsmarktpolitik** ist es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Kreisverwaltung, Einfluss auf den Abbau der Arbeitslosigkeit zu nehmen, die sich weiterhin im Landkreis differenziert darstellt. Das vorhandene Nord-Süd-Gefälle lässt sich am besten durch die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten dokumentieren. Zwischen den Arbeitsagenturen Zossen und Luckenwalde gibt es regelmäßig Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten zwischen 5 und 6 %. Die höchsten Quoten lagen für Luckenwalde im Februar bei 19,7 % (6.966 Personen) und für Zossen ebenfalls im Februar bei 13,2 % (6.495 Personen). Die niedrigsten Quoten erreichte Luckenwalde im Oktober mit 16,9 % (5.964 Personen) und Zossen ebenfalls im Oktober mit 12,0 % (5.947 Personen). Im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten, die eine Verwaltung auf den Abbau der Arbeitslosigkeit hat, engagieren wir uns im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, besonders in zwei Projekten, die durch das Land Brandenburg und die EU gefördert werden.

Im Projekt "Verzahnung und Chancengleichheit", das bereits in der 3. Förderperiode läuft, konnten wiederum beachtliche Ergebnisse erzielt werden. Durch die ARGE "RUNDE-

Konzept+" aus LUBA GmbH und GAG Klausdorf mbH, die das Projekt im Auftrag und mit Kofinanzierung des Landkreises umsetzen, konnten für die letzte Förderperiode 31 Projekte mit 357 Beschäftigten und einem Wertumfang von 3,838 Mio. €, davon 2,475 Mio. € für Beschäftigungsförderung, abgerechnet werden. Für die angelaufene 3. Förderperiode sind 13 Projekte mit 283 Beschäftigten und einen Wertumfang von 4,2 Mio. € vorgesehen. Das Projekt wird durch eine Steuerungsgruppe unter wesentlicher Mitarbeit mehrerer Mitarbeiter der Kreisverwaltung aus den Bereichen WFB, Sozialamt und Gleichstellungsbeauftragte und einen Beirat begleitet.

Das zweite Projekt ist die bereits im vorigen Jahr näher vorgestellte "Entwicklungspartnerschaft Strukturentwicklung und Arbeit Berlin-Brandenburg" (EP SABB). Mit Hilfe von drei Projektsäulen (Beratung, Aus- und Weiterbildung und Integration) erfolgen Betriebsberatungen und passgenaue Qualifizierungen für die Wirtschaft in Kombination mit dem Bemühen, auch besonders benachteiligte Personengruppen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der WFB arbeitet in der Steuerungsgruppe dieser EP und im Beratungsverbund mit. Mit Hilfe dieses Projektes wurden im Landkreis Teltow-Fläming bisher 33 Unternehmen beraten, 230 Personen qualifiziert und 65 Neueinstellungen in KMU vorgenommen. Darüber hinaus arbeitet die Mitarbeiterin für Arbeitsmarktpolitik beim WFB im Beirat des "Initiativbüro Fläming" unter Führung des VAB e. V. mit. Durch dieses Projekt wurden 2003/2004 21 Vorhaben mit über 150 T€ gefördert, die zum Teil zu Existenzgründungen führten sowie der Gründung lokaler Kooperationen oder Netzwerke dienen. Für den Zeitraum 2004 - 2006 stehen zur Förderung lokaler Initiativen 380 T€ zur Verfügung, mit denen 41 Projekte gefördert werden sollen.

Durch die Mitarbeit des WFB in den Gesellschafterversammlungen der LUBA GmbH, der GAG Klausdorf mbH und der Mitgliederversammlung des FUTURA e. V. sowie durch die Neuberufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Potsdam, des Weiteren durch die Mitarbeit von Frau Lehmann in der Mitgliederversammlung des VAB e. V. und ihre Berufung als stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Potsdam und letztendlich durch die enge Zusammenarbeit mit den beiden Geschäftsstellen der Agentur für Arbeit des Landkreises und die Arbeit in o. g. Projekten nimmt die Kreisverwaltung unmittelbaren Einfluss auf die arbeitsmarktpolitische Entwicklung im Landkreis Teltow-Fläming.

Im Aufgabenbereich **Öffentlicher Personennahverkehr** (ÖPNV) stehen eine Reihe von Veränderungen an. Zum einen läuft der derzeit für den Landkreis gültige Nahverkehrsplan Ende 2004 aus. Für den Zeitraum 2005 - 2009 ist deshalb ein neuer Nahverkehrsplan zu erarbeiten, der das am 1. Januar 2005 in Kraft tretende neue ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg mit den vor allem neuen Finanzierungsgrundsätzen, aber auch die notwendigen Vorarbeiten für neue europäische Wettbewerbsrichtlinien berücksichtigt. Beratende Unterstützung gibt dabei der durch die Mitarbeiterin ÖPNV, Frau Hoffmann, organisierte Nahverkehrsbeirat unter Leitung des neuen Vorsitzenden, Herrn Podzuweit. Allen Mitgliedern dieses Beirates sei für ihre ehrenamtliche engagierte Mitarbeit gedankt. Dem Kreistag werden die Eckpunkte des neuen Nahverkehrsplanes zur Beschlussfassung vorgelegt. Der WFB arbeitet weiterhin im Beirat der Gesellschafter der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH mit.

Das im vorigen Jahr neu eingerichtete Sachgebiet **Beteiligungsverwaltung** hat sich gut bewährt. Herr Capalbo ist hier als Volljurist mit der Lösung einer Vielzahl von Rechtsfragen im Zusammenhang mit den kreislichen Beteiligungen und Mitgliedschaften, dem online-Recht u. a. befasst. Bei der Erarbeitung von Kreistagsvorlagen des Bereichs und die Prüfung von Vorlagen für Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen kreislicher Gesellschaften erfolgt eine intensive Einflussnahme auf die Einhaltung rechtlicher Bestimmungen, aber auch auf die Ausschöpfung vorhandener rechtlicher Möglichkeiten. Das bereits im vorigen Jahr gemachte Angebot der Mandatsträgerbetreuung für

Kreistagsabgeordnete, Aufsichtsräte oder Vertreter des Landkreises in Gremien von Unternehmen oder öffentlichen Körperschaften ist bisher nicht wahrgenommen worden. In diesem Zusammenhang sei auf den jährlich durch den WFB erarbeiteten Beteiligungsbericht hingewiesen, der dem Kreistag für das Jahr 2003 am 13.12.04 zugeleitet wurde und der zur Einsichtnahme im Büro des WFB zur Verfügung steht.

Der **Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern und Verbänden** wurde auch 2004 große Bedeutung beigemessen. Die bewährte "Wirtschaftsrunde Teltow-Fläming", an der auf Einladung des WFB die Leiterinnen der Arbeitsagenturen Luckenwalde und Zossen, die Leiter der Kammern, der ILB, ZAB, SWFG und des Tourismusverbandes teilnehmen, hat sich regelmäßig zu Problemen der Wirtschaftsentwicklung im Landkreis ausgetauscht. Betriebsbesuche, die Teilnahme an vielfältigen Veranstaltungen, wie z. B. Preisverleihung "TF innovativ", Mitgliederversammlungen der Kreishandwerkerschaft, die Mitarbeit des WFB im Beirat der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) u. v. m. tragen dazu bei Probleme aus der Wirtschaft zeitnah zu erkennen und ermöglichen bei deren Lösung im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung zu geben.

Im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten gestiegenen Bekanntheitsgrad unseres Landkreises haben sich für den WFB auch die Anforderungen zur **Öffentlichkeitsarbeit** deutlich erhöht. Vorträge zur Wirtschaftsentwicklung vor hohen EU-Beamten, vor Studenten der Universität Köln, vor Teilnehmern eines Geografenkongresses der Humboldt-Universität zu Berlin, diverse Interviews, zum Teil gemeinsam mit dem Geschäftsführer der SWFG u. a. mit dem Handelsblatt, dem "Vorwärts", dem Deutschland Radio etc., zeigen das auch international gewachsene Interesse an unserem Landkreis, welches auch positive Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben wird.

Pressestelle

Neben den Beauftragten ist die Pressestelle mit den Aufgabenbereichen Öffentlichkeitsarbeit, Online-Redaktion und Organisation dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Die Pressestelle der Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit pflegen die Mitarbeiterinnen der Pressestelle enge Kontakte zu den regionalen und überregionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen sowie die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis vertretenen Ausgaben, die Amtsblätter, die in der Region verbreiteten Rundfunksender (Antenne Brandenburg, r.s.2, Radio Fritz, Kulturradio, Inforadio, Radio Multikulti, Radio Eins, BB-Radio) und der lokale Fernsehsender teltowkanal mit Luk-TV, TV-Lu, Jüterbog-TV und Rangsdorf-TV und die Nachrichtenagenturen (dpa, dpp, ap, actionpress) sowie die Redaktionen der Nachbarkreise erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressemitteilungen. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten und anderer Medien wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Presseinformationen werden – abhängig von der Zielgruppe – regelmäßig an die lokalen und überregionalen Medien sowie die im Landkreis erscheinenden Amtsblätter und Internetredaktionen versandt. Dazu wurde ein qualifizierter Medienverteiler erstellt, der eine gezielte

und thematische Belieferung der Printmedien, der Radio- und Fernsehsender sowie der Online-Medien erlaubt. Dieser Verteiler wird ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind seit 2004 in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

Die durch die Pressestelle verfassten Presseinformationen der Kreisverwaltung resultieren aus Informationen der Ämter oder wurden – in Zusammenarbeit mit den Ämtern – selbstständig durch die Pressestelle verfasst. Im Jahr 2004 wurden insgesamt ca. 549 Pressemitteilungen mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Mehr als die Hälfte der verfassten Texte, widmete sich Themen, die die Arbeit des Dezernats III betreffen. Sehr häufig wurden beispielsweise Angebote der Kreisvolkshochschule (323 Kurse) und kulturellen Aktivitäten der kreiseigenen Museen und Galerien an die Medien weitergegeben. Weitere Pressedienste behandelten die unterschiedlichsten Themen aus allen Dezernaten. Anhand des täglich erstellten Pressespiegels, für den die gesamte Regionalpresse sowie die Berliner Morgenpost, der Tagesspiegel und die Berliner Zeitung ausgewertet werden, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Presseinformationen bei den Redaktionen große Resonanz finden und in den meisten Fällen veröffentlicht werden.

Selbstverständlich wurden durch die Pressestelle auch Pressternine und –gespräche zu den unterschiedlichsten Themen organisiert. Auch dieses Angebot nahmen die Medienvertreter rege wahr. Pressternine und -gespräche waren u.a. die Vorstellung der ersten geologischen Kreiskarte des Landes Brandenburg, die erste Jugendkonferenz im Landkreis Teltow-Fläming, der Relaunch des Internet-Auftritts, der Besuch einer Delegation des polnischen Partnerlandkreis zum Erfahrungsaustausch der Verwaltungen.

Die Pressestelle gab insgesamt 28 Ausschreibungen an das Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg, die Märkische Allgemeine Zeitung, die Lausitzer Rundschau sowie in einigen Fällen an Fachzeitschriften in Auftrag. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z.B. Stellenangebote, die Schulbuchlieferung sowie die Vermietung bzw. den Verkauf von kreiseigenen Immobilien. Diese Ausschreibungen werden seit 2004 auch auf den Internetseiten des Landkreises veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind auch für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 42 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit an 51 Abonnenten verschickt. Dazu gehören die hauptamtlichen Bürgermeister und der Amtsdirektor sowie 15 öffentliche Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming eingestellt und abrufbar. Sie liegen auch in der Bürgerinformation zur Einsichtnahme und für den Einzelverkauf bereit.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern – das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis. Genannt sei hier an erster Stelle der Neujahrsempfang des Landrates und des Kreistagsvorsitzenden, der im Jahr 2004 unter dem Motto „10 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ stand. Eingeladen waren Abgeordnete der in den vergangenen zehn Jahren tätigen Kreistage, Vertreter aus Partnergemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger, die für den Landkreis aktiv waren und sind. Zum zweiten Mal wurde im Rahmen des Neujahrsempfanges der „Teltow-Fläming-Preis“ an drei Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um den Landkreis Teltow-Fläming und seine Einwohner verdient gemacht haben, verliehen. Geehrt wurden Dr. Dietrich Kramer, langjähriger Abgeordneter des Kreistages, Josef Hüttemann, Oberkreisdirektor a.D. im Kreis Düren und Werner Henke, Oberkreisdirektor a.D., im Kreis Paderborn.

Weitere Veranstaltungen und Anlässe, bei denen die Pressestelle organisatorisch mitwirkte, waren die Eröffnung der Ausstellung „Aufstand des Gewissens“ im Kreishaus, ein Seminar für französische Journalisten des Deutsch-Französischen Institutes Ludwigsburg sowie die erste Jugendkonferenz im Landkreis Teltow-Fläming. In den Händen der Pressestelle lag die Vorbereitung von Arbeitsbesuchen der brandenburgischen Minister. In diesem Jahr besuchten der Ministerpräsident Matthias Platzeck, der Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Günter Baaske, die Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten, Barbara Richstein, und der Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns den Landkreis Teltow-Fläming.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Flaeming-Skate® bereitete die Pressestelle den Messeauftritt auf der ITB im März vor, übernahm die Planung und den Auf- und Abbau des Messestandes und zum großen Teil die personelle Standbetreuung. Des Weiteren wurden die Präsentationen „Berlin trifft Brandenburg“ auf dem Berliner Breitscheidplatz, der vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) organisierte „Tag für die Fahrgäste“ in Potsdam sowie der Auftritt bei den Europameisterschaften im Speedskating in Heerde und Groningen (Holland) organisatorisch und personell unterstützt. Für die Eröffnung der Skate-Arena in Jüterbog im August übernahmen die Mitarbeiterinnen der Pressestelle die umfangreiche Pressearbeit.

Der Landkreis präsentierte sich als Reiseziel auch auf den polnischen Tourismusmessen TT Warsaw (23.-25.09.2004) und Tour Salon Poznań (20.-23.10.2004). Die Vorbereitung und Standbetreuung lag in den Händen der Koordinatorin für Europaangelegenheiten und einer Mitarbeiterin der Pressestelle.

Die Pressestelle informierte die Medien vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen, insbesondere im touristischen Bereich, und informierte im Anschluss über die Ergebnisse. Dieses Informationsangebot fand in den Medien große Resonanz.

Vom 10. bis 16. Mai 2004 fand die ILA 2004 – die Internationale Luftfahrtausstellung in Berlin-Schönefeld statt. Die Pressestelle und das Büro des Landrates unterstützten die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft – bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den Luftfahrttechnologiepark sowie auch über den Landkreis Teltow-Fläming zu informieren. Es wurden zahlreiche Gespräche mit Firmen der Luftbranche sowie Freizeit- und Geschäftsfliegern, die Interesse an dem berlinnahen Standort Schönhagen bekundeten, registriert.

Am 12.09.2004 fand in Luckenwalde/Elsthal das 4. Behinderten- und Skaterfest statt. Es wurde traditionell an der Rad- und Skatestrecke durchgeführt und stand erneut unter Schirmherrschaft von Christina Rau, Gattin des Bundespräsidenten a. D. Auch hier half die Pressestelle bei der Organisation der Veranstaltung, insbesondere bei der Vorbereitung einer Tombola, und übernahm die Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den Landtagswahlen am 19. September 2004 unterstützte die Pressestelle die Vorbereitung der Wahlparty. Die Mitarbeiterinnen standen für telefonische Anfragen der Medien zur Verfügung. Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen konnten bereits am Wahlabend ständig aktuell auf den Internetseiten des Landkreises eingesehen werden.

Auch im Jahr 2004 interessierten sich die Bürger des Landkreises sehr dafür, das neue Kreishaus und die Verwaltung näher kennen zu lernen. Durch die Mitarbeiterinnen der Pressestelle - unterstützt von Mitarbeitern des Hauptamtes - wurden zahlreiche Führungen, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen, aber auch für Seniorengruppen organisiert und durchgeführt.

Die Pressestelle verfasste mehrere Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis. Außerdem wurden Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie für die Beantwortung von Bürgeranfragen erarbeitet. Zahlreiche Anfragen gab es beispielsweise zum Thema Flaeming-Skate®. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle verschickten den Informations-Flyer sowie auf Anfrage das aktuelle kostenpflichtige Kartenmaterial zusammen mit einer Rechnung.

Eine Mitarbeiterin der Pressestelle ist regelmäßig als Übersetzerin und Dolmetscherin, vorrangig für die polnische Sprache, tätig. Dies geschieht vor allem im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gniezno. Außerdem koordiniert sie den fremdsprachlichen Auftritt der Internetseiten www.teltow-flaeming.de und www.flaeming-skate.de.

Die Online-Redaktion entwickelte im Jahr 2004 einen neuen Internetauftritt für den Landkreis Teltow-Fläming, der am 11. November 2004 online gegangen ist. Dafür wurden in der Online-Redaktion ein neues Layout geschaffen und impliziert sowie Datenbanken und verschiedene Eingabetools programmiert. Der Programmierer administriert außerdem den Internetserver. Die Tools und Datenbanken werden vom Programmierer ständig weiterentwickelt und neuen Bedürfnissen angepasst. Die Redakteurinnen schulten die rund 40 Internetbeauftragten der einzelnen Ämter, die vor allem für die Eingabe der Ansprechpartner, Dienstleistungen und die Koordination des Internetauftritts ihres Amtes verantwortlich zeichnen.

Unter der bekannten Adresse www.teltow-flaeming.de findet der Nutzer jetzt nicht nur ein neues, modernes Design, sondern eine inhaltlich völlig überarbeitete Internet-Präsenz.

Herzstück der neuen Landkreis-Seiten ist eine Dienstleistungsdatenbank mit rund 1.000 Schlagworten. Von A wie "Abbruchgenehmigung" bis Z wie "Zulassung von Booten" reicht die Palette der Einträge. Diese bieten nicht nur umfangreiche Informationen zur Dienstleistung selbst, sondern auch weiterführende Links, Merkblätter und Formulare. In jedem Fall wird ein konkreter Ansprechpartner mit Kontaktmöglichkeiten benannt, an den man sich mit seinem Anliegen wenden kann. Mit diesem Service will die Kreisverwaltung Teltow-Fläming den Bürgern einen kurzen Draht zur Behörde schaffen und ihnen Zeit sowie unnötige Wege ersparen. Parallel zur Dienstleistungsdatenbank wurde eine gesonderte Auflistung aller Ansprechpartner sowie von Formularen der Behörde aufgebaut.

Der neue Internet-Auftritt des Landkreises Teltow-Fläming bietet umfangreiche Informationen über die gesamte Region. Gegliedert in die Bereiche TF aktuell, Wirtschaft, Bürgerservice, Politik, Landkreis und Freizeit gibt es auf den Hauptseiten tagesaktuelle Berichte (vom 11. November bis zum 31. Dezember 193 Berichte) zu den unterschiedlichsten Themen rund um TF. So kann man beispielsweise erfahren, welche wichtigen Veranstaltungen und Ausstellungen stattfinden, wo die Flitzerblitzer stehen oder den täglichen Polizeibericht nachlesen.

Im Jahr 2005 soll der Auftritt um eine Vereinsdatenbank, Veranstaltungsdatenbank u. v. m. erweitert werden.

Parallel zur Neuentwicklung von www.teltow-flaeming.de wurden durch die Online-Redaktion bis zum 11. November die alten TF-Seiten ständig ergänzt und aktualisiert.

Neben dem Internet-Auftritt des Landkreises wird durch die Online-Redaktion auch die virtuelle Präsentation der Flaeming-Skate betreut. Diese Internet-Seiten werden regelmäßig durch aktuelle Berichte und Veranstaltungshinweise ergänzt. Im Jahr 2004 wurden 56 Berichte mit Fotos recherchiert, verfasst und eingestellt. Dazu kommen ca. 170 Veranstaltungshinweise und 11 Newsletter an über 3.600 Abonnenten.

Zum Saisonbeginn im neuen Jahr ist auch für www.flaeming-skate.de ein Relaunch geplant, das entsprechende Konzept wurde bereits bestätigt.

Die Online-Redaktion wurde außerdem in die eigentliche Arbeit der Pressestelle integriert. Die Redakteurinnen stehen als Ansprechpartner für die Medien zur Verfügung. Als Mitglieder im Katastrophenstab nahmen sie an entsprechenden Schulungen und einer Übung teil. Darüber hinaus leisteten die Redakteurinnen Zuarbeiten für andere Ämter der Kreisverwaltung, erstellten und versandten Presse-Informationen und überarbeiteten Texte. So verfassten sie u. a. den Bewerbungstext für den Tourismuspreis 2005, Imagetexte für den Landkreis und die Flaeming-Skate zu verschiedenen Anlässen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war auch im Jahr 2004 die Vertiefung und Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen. Regelmäßigen Kontakt hält die Koordinatorin für Europaangelegenheiten des Landkreises zu den Partnerregionen und zum Ministerium für Justiz und für Europaangelegenheiten.

Die partnerschaftlichen Kontakte zum polnischen Landkreis Gniezno und dem ungarischen Komitat Jász-Nagykun Szolnok konnten im Jahr 2004 durch zahlreiche Begegnungen weiter gefestigt werden. Gerade nach dem Beitritt von Ungarn und Polen zur Europäischen Union wird der Vermittlung von Schulpartnerschaften oberste Priorität eingeräumt; sollen doch Schülerkontakte u.a. dazu dienen, sich mit anderen Kulturen vertraut zu machen und gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Der Landrat hat sich diesbezüglich mit der Bitte an das Staatliche Schulamt und an die Bürgermeister und den Amtsdirektor, die Schulen in gemeindlicher Trägerschaft haben, gewandt, die Vermittlung von Schulpartnerschaften nach Gniezno oder Szolnok zu unterstützen. So ist es zum Beispiel gelungen, für die Grund- und Gesamtschule Werbig eine polnische Partnerschule zu finden.

- *Gniezno*

Im Laufe des Jahres gab es neben zahlreichen offiziellen Begegnungen, wie z. B. anlässlich des Neujahrsempfanges, wo eine offizielle Delegation des Partnerkreises Glückwünsche zum 10-jährigen Bestehen des Landkreises Teltow-Fläming überbrachte, anlässlich der Feierlichkeiten zum EU-Beitritt Polens in Gniezno oder anlässlich der Kreiserntefeste beider Landkreise, viele Treffen in unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Im Rahmen eines vereinbarten Fachkräfteaustausches fand Anfang des Jahres ein Arbeitsbesuch von Amtsleitern der Kreisverwaltung in Gniezno statt sowie ein Gegenbesuch einer polnischen Delegation im Landkreis Teltow-Fläming. Die Amtsleiter absolvierten bei ihren Besuchen ein vielseitiges und auf ihre jeweilige Tätigkeit zugeschnittenes Programm. Sie hatten Gelegenheit, sie interessierende Dinge im Detail kennen zu lernen.

Der Kreistagsvorsitzende des Partnerkreises, Herr Nadolinsky, absolvierte ein vierwöchiges Praktikum im Landkreis Teltow-Fläming und sammelte Erfahrungen zur Arbeit des DRK-Kreisverbandes Fläming-Spreewald.

Eine Feuerwehrdelegation aus Teltow-Fläming stattete im Mai den Kollegen der Feuerwehr Gniezno einen Besuch ab und empfing anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Kreisfeuerwehrverbandes Gäste aus Gniezno. Neben der Besichtigung der Firma Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH sowie der Teilnahme an den Festlichkeiten wurden Möglichkeiten

einer künftigen Zusammenarbeit und Unterstützung verabredet. Persönliche Kontakte gab es auch zwischen den Polizeibehörden beider Kreise.

Im vergangenen Jahr präsentierten Teltow-Fläming und Gniezno insgesamt dreimal ihre Reiseangebote gemeinsam, so auf der ITB in Berlin sowie auf den Tourismusmessen in Warschau und in Poznan. Das Angebot der Reiseregion Fläming war auf den Messen in Polen von besonderem Interesse, insbesondere die Aktivangebote wie die Flaeming-Skate, die Draisine oder der Hochseilgarten.

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung über partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Behindertenverband Dahme und dem Rehabilitationszentrum "Promyk" in Gniezno ist ein Ergebnis des Besuches einer Delegation behinderter Menschen bzw. von Menschen, die in der Behindertenarbeit des Landkreises Gniezno aktiv sind, die auf Einladung des Landrates im Landkreis Teltow-Fläming weilte.

Auf Initiative der Kreistagsabgeordneten Frau von Schrötter hat der DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald anknüpfend an die Hilfsaktion für das Kinderheim Gniezno vom Dezember 2003 mit der Bereitstellung von Spendengeldern und die Übernahme des Transportes eine neue Unterstützungsaktion gestartet.

Jugendliche der Berliner Jugendtischlerei, deren Leiterin Frau von Schrötter ist, haben Spielgeräte für den Spielplatz des Kinderheimes selbst angefertigt und damit den Kindern in Gniezno eine große Freude bereitet.

Schon zu einer Tradition geworden ist die Teilnahme einer Basketball-Mannschaft aus dem Landkreis Teltow-Fläming am internationalen Basketball-Turnier in Gniezno. Die jugendlichen Sportler erlebten vier schöne Tage in Polen und waren sehr angetan von der polnischen Gastfreundschaft.

- *Jász-Nagykun-Szolnok*

Der Landrat unterstützte mit einem Schreiben an den Komitatspräsidenten die Initiative des Kreistagsabgeordneten Herrn Lebe zur Aufnahme von partnerschaftlichen Kontakten einer ungarischen Gemeinde zu dem Verein Dahl-Part e. V. Nach einem Besuch von Vereinsmitgliedern in Ungarn hat sich der Verein Dahl-Part e. V. für eine Partnerschaft nach Toszeg/Ungarn entschieden.

Im Frühjahr hatte der Landkreis Teltow-Fläming Gelegenheit, an der touristischen Konferenz und einer Tourismusmesse in Szolnok teilzunehmen. Vorgestellt wurde u. a. das Projekt Flaeming-Skate.

Anlässlich des Europafestes präsentierte sich der Landkreis Teltow-Fläming im Rahmen einer festlichen Sitzung des Komitats. Die durch den Beigeordneten Herrn Gärtner vorgenommene Landkreispräsentation wurde von der Trachtengruppe Dennewitz unterstützt, deren Mitglieder in einem kleinen Programm Tänze, Bräuche und farbenfrohe Trachten unserer Region vorstellten.

Im Oktober fand ein deutsch-ungarisches Wirtschaftsforum in Szolnok statt. Von Seiten des Landkreises Teltow-Fläming nahm Herr Vogler, Geschäftsführer der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Einladung wahr. Auf dem Besuchsprogramm standen

Zusammentreffen mit der ungarischen Industrie- und Handelskammer, Besichtigungen von Industrieparks sowie Gespräche zu wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Szolnok.

Im Rahmen eines Fachkräfteaustausches mit dem Komitat Jász-Nagykun-Szolnok war Ende November eine Praktikantin 14 Tage in verschiedenen Bereichen der Verwaltung, in der SWFG und im Tourismusverband Teltow-Fläming tätig.

Kämmerei

Am 22. März 2004 beschloss der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming die Haushaltsatzung 2004 mit allen Anlagen und dem Haushaltssicherungskonzept. Mit der Haushaltsatzung wurde keine neue Kreditaufnahme beschlossen.

Der Haushaltsplan 2004 wurde mit einem Gesamtvolumen von 159.113.100 € unausgeglichen aufgestellt. Der Fehlbedarf wurde in Höhe von 21.310.000 € ausgewiesen.

Die entsprechenden Unterlagen zum Haushaltsplan wurden am 8. April 2004 der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg zur Genehmigung eingereicht. Die Kommunalaufsicht hat im Rahmen ihrer Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz Bbg. mit Schreiben vom Mai 2004 mitgeteilt, dass das eingereichte Haushaltssicherungskonzept in vorliegender Form als nicht genehmigungsfähig gesehen wird.

In der im Juni 2004 erfolgten Anhörung bei der Kommunalaufsicht wurde festgelegt, dass der Landkreis sein Haushaltssicherungskonzept überarbeitet und erneut durch den Kreistag beschließen lässt. Ziel war es, den überragenden Konsolidierungswillen des Landkreises deutlicher darzustellen.

Zur Durchführung und Erreichung der Ziele des Haushaltssicherungskonzeptes beschloss der Kreistag in seiner Sitzung am 14. Juni 2004 die Bildung einer Arbeitsgruppe für Haushaltskonsolidierung. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die kritische Würdigung des Standards bei allen gesetzlichen und freiwilligen Aufgaben des Landkreises sowie die Mitwirkung an der Optimierung der Struktur der Kreisverwaltung.

In der Kreistagssitzung vom 6. September 2004 hoben die Abgeordneten die Beschlüsse zur Haushaltssatzung und zum Haushaltssicherungskonzept auf. Das Haushaltssicherungskonzept wurde überarbeitet und es ist gelungen, das ursprüngliche Defizit von 21.310.000 € um 6.465.500 € auf 14.844.500 € zu senken. Der Schwerpunkt der Einsparungen lag hierbei in den Personalkosten. Allein hier konnten 2.300.400 € eingespart werden.

Die Einnahmen in den Positionen:

- Schlüsselzuweisung
- Kreisumlage und
- Schullastenausgleich

erhöhten sich um 3.006.000 € durch die endgültige Beschlussfassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

In der Anlage 1 ist eine Übersicht über die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen, der Kreisumlage und des Schullastenausgleichs der Jahre 2000 – 2004 dargestellt.

Am 25. Oktober 2004 beschlossen die Abgeordneten des Kreistages die neue Haushaltsatzung und das überarbeitete Haushaltssicherungskonzept. Der Haushalt 2004 wurde am 27. Dezember 2004 durch die Kommunalaufsicht genehmigt.

Im Haushaltsjahr 2004 wurde die Baumaßnahme Rad- und Skateweg weiter geführt:

Mit nachstehend genannten Investitionsmaßnahmen ist begonnen worden:

- Umbau Internatsgebäude Gymnasium Ludwigsfelde
- Umbau Klassenräume OSZ Luckenwalde/Schieferling
- Sanierungsarbeiten an der Allgemeinen Förderschule Mahlow
- Neubau Eisenbahnbrücke Baruth
- Fortführung der Netzergänzung Flaeming-Skate

Für die Kreisstraßen, Brücken und Radwege des Landkreises wurde ein Zuschuss in Höhe von 1.185.700 € eingeplant.

In der Anlage 2 ist die Entwicklung des Volumens des Vermögenshaushaltes ersichtlich.

Im März 2004 wurde die Jahresrechnung 2003 durch die Kämmererei aufgestellt und vom Landrat festgestellt. Die Jahresrechnung 2003 wurde im Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 5.129.229,75 € abgeschlossen. Der Vermögenshaushalt konnte in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen abgeschlossen werden. Die konsequente Haushaltsführung führte dazu, dass das geplante Defizit von 6.349.900 € auf 5.129.229,75 € reduziert werden konnte.

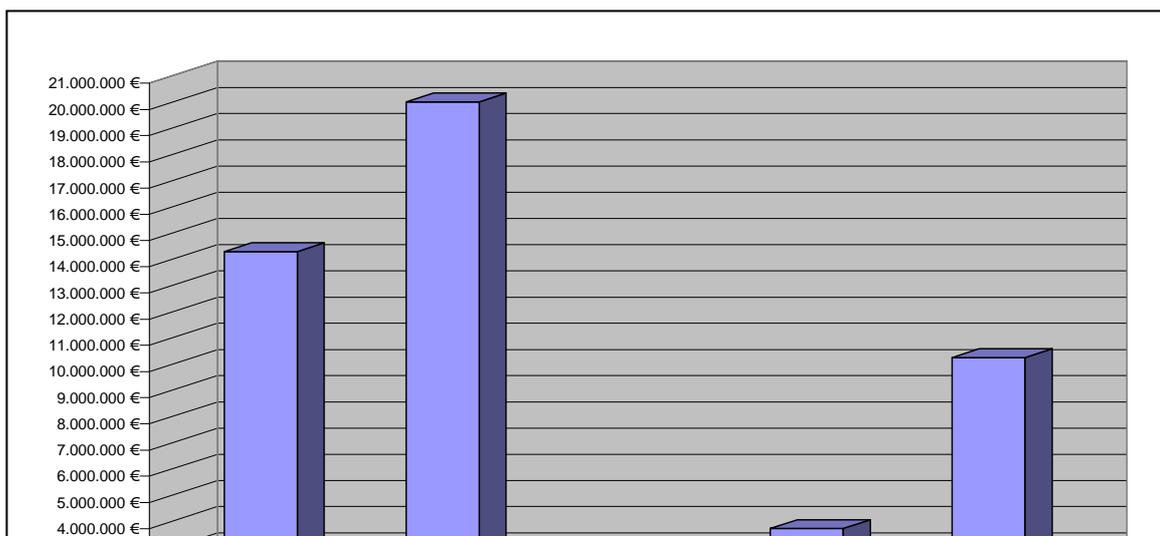
Die Gesamtverschuldung des Landkreises Teltow-Fläming betrug zu Beginn des Haushaltsjahres 2004 15.597.600 €.

Im Jahr 2004 sind 6.690 neue Vollstreckungsaufträge eingegangen. Der Wertumfang der Neuzugänge beträgt 1.120.670 €. Es konnten 2.399 Fälle durch Beitreibung der Geldforderung erledigt werden. Dies entspricht einer Einnahme von 266.219 €. Weiterhin wurden 2.358 Fälle befristet bzw. unbefristet niedergeschlagen. Der Wertumfang der Niederschlagungen beträgt 313.376 €.

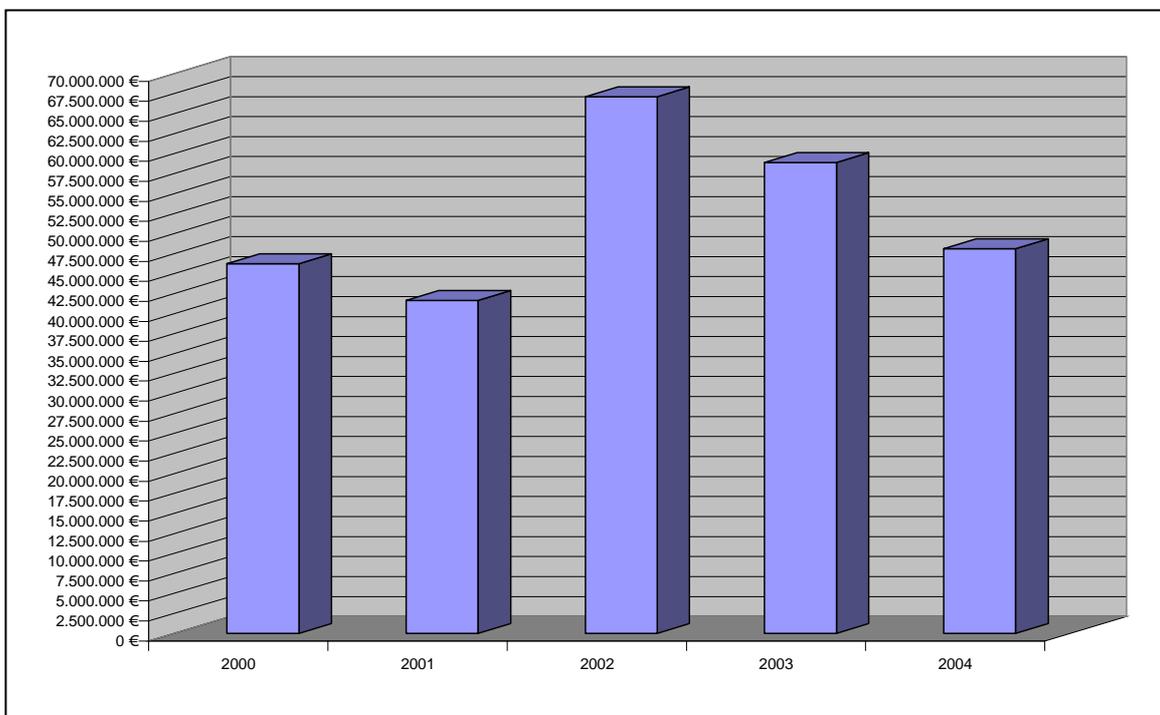
Im Jahr 2004 sind insgesamt 1.540 Amtshilfeersuchen durch das Land Brandenburg bearbeitet worden. Durch die Vollziehungsbeamten des Landkreises wurden durchschnittlich 140 Schuldner im Monat aufgesucht.

Anlage 1

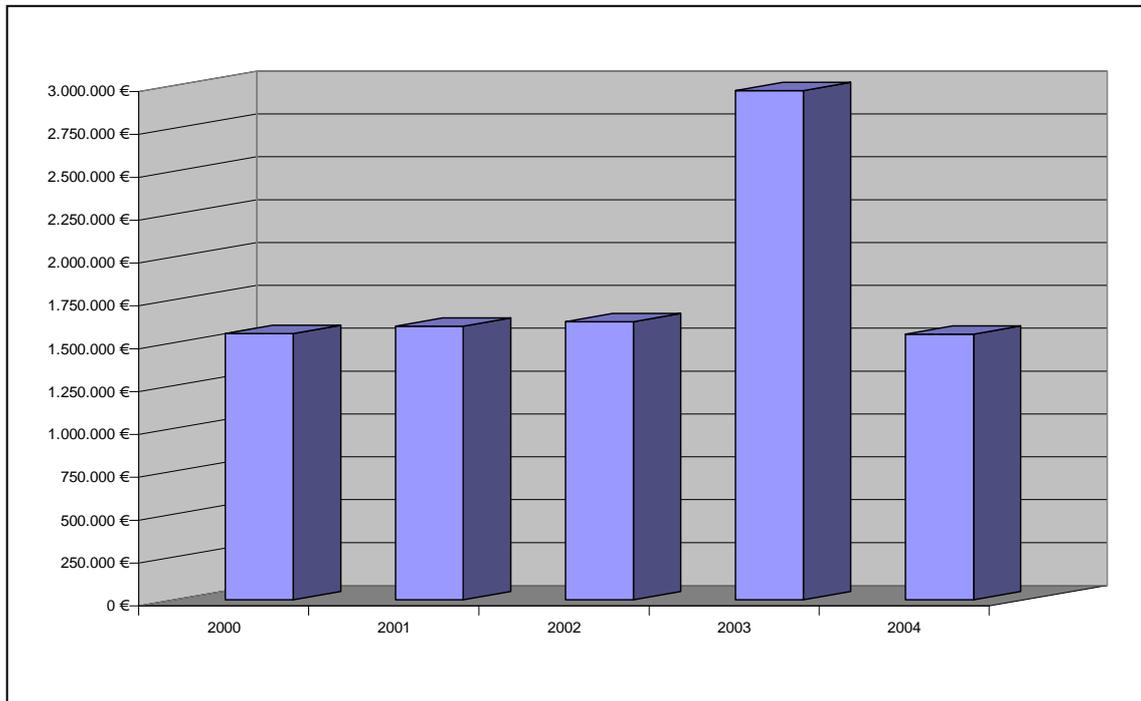
Übersicht über die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 2000 bis 2004



Übersicht über die Entwicklung der Kreisumlage der Jahre 2000 bis 2004

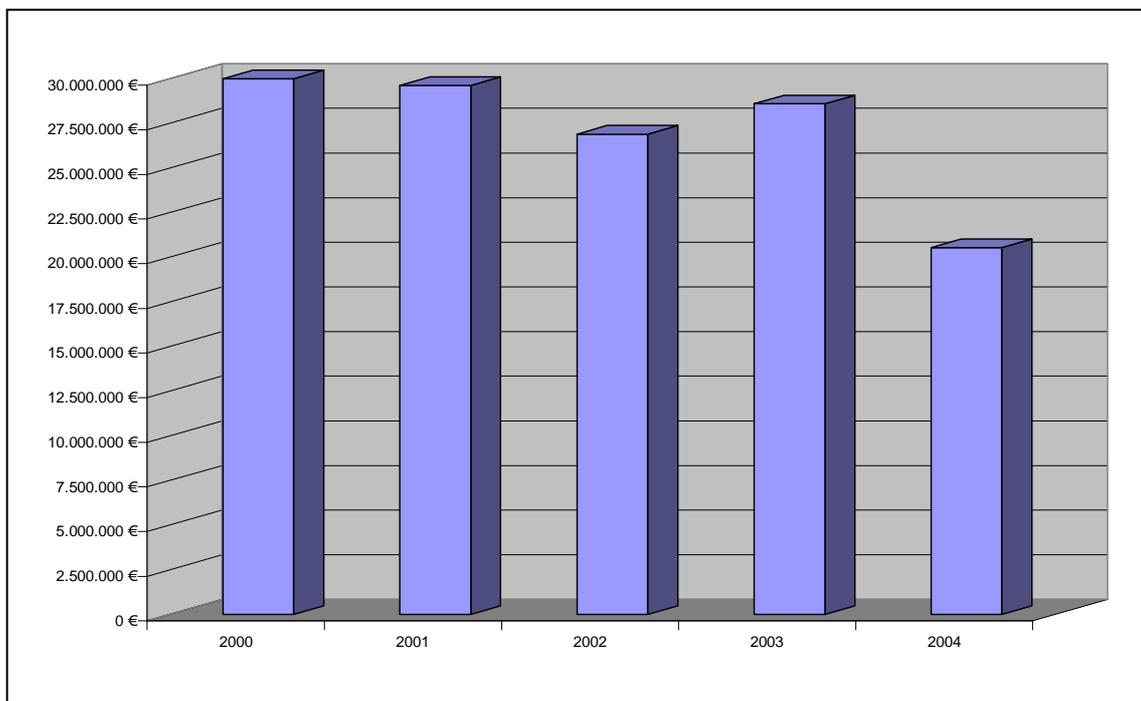


Übersicht über die Entwicklung des Schullastenausgleichs der Jahre 2000 bis 2004



Anlage 2

Entwicklung des Volumens des Vermögenshaushaltes



Dezernat I

Hauptamt

Zum Hauptamt gehören die vier Sachgebiete Zentrale Verwaltung, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) und Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.

1. Sachgebiet Zentrale Dienste

Im Folgenden sind die Aufgaben des Sachgebietes in Form von Stichpunkten zusammengefasst:

- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Realisierung der Beräumung des Objektes Wasserstraße in Zossen und Organisation des Umzuges aller Betroffenen; Verlagerung des Archivs des Gesundheitsamtes nach Luckenwalde
- Durchführung verschiedener Ausschreibungen und Vergaben zur Beschaffung von Büromaterial, Reinigungsmaterial, Hygienepapier, Arbeitsschutzbekleidung, Formulare usw.
- Ausschreibung und Neuvergabe der Reinigungsleistungen für die Gymnasien Rangsdorf und Ludwigsfelde mit der Zielstellung der Kostenminimierung
- Vorbereitung und Durchführung von Ausschreibungen zur Vergabe der Neuausstattung eines Teils des Fuhrparks der Kreisverwaltung (Dezernent III, Kreisstraßenmeisterei und Hauptamt)
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Veranstaltungen und Ausstellungen des Landkreises Teltow-Fläming sowie von Veranstaltungen im eigenen Haus
- Umstellung in der Verwaltung verwendeter Fachliteratur und Formulare vom Papier auf die Intranet bzw. Online-Datenbank des führenden nationalen und internationalen Anbieters von Rechts- und Wissensdatenbanken sowohl in der Verwaltung als auch in den dem Landkreis nachgeordneten Einrichtungen und Schulen
- Realisierung der vom Amt für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit geforderten ergänzenden Ausstattung zur Sicherung bei erforderlichen Arbeiten auf den Dächern der Gebäudeteile des Kreishauses
- Ausschreibung und Vergabe der Ausstattung mit Kopiertechnik an allen Standorten der Kreisverwaltung sowie der dem Landkreis zugeordneten Schulen im Rahmen eines „All-in“ Mietvertrages
- Feststellungskontrolle des Landesrechnungshofes zur Realisierung der im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Vergabe von Reinigungsleistungen aufgezeigten Änderungsempfehlungen und der erzielten Ergebnisse (Positiv, Erfüllungsstand zwischen 54 – 88 % des ermittelten Einsparungspotentials)
- Durchführung von Optimierungsmaßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs (Steuerung Leistungszuweisung Kantine), des Wasserverbrauchs (Einbau von Durchflussreduzierern) und des Wärmeverbrauchs (Temperatur an Orientierungswerte angleichen, Durchsetzung der Nachtabsenkung)

2. Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Als Grundlage für erfolgreiches E-Government zwischen den Verwaltungen ist eine leistungsfähige Vernetzung der Verwaltungen notwendig. Der Landkreis setzt das Kopfstellenkonzept der Arbeitsgemeinschaft Technikunterstützte Informationsverarbeitung des Landes Brandenburg (TUIV AG) durch und ist jetzt mit einer Bandbreite von 2 MBit/s im Kreishaus (bis 2003 an drei Standorten mit 128 k Bit/s bzw. 64 k Bit/s) an das Landesverwaltungsnetz (LVN) angebunden. Allerdings ist diese Anbindung seit 2004 nicht mehr kostenfrei für die Kreisverwaltung. Genutzte Fachanwendungen sind Profil-Zentral des Landwirtschaftsamtes, Auskunft aus dem zentralen Einwohnermelderegister des Landes Berlin u. a.

Im Rahmen der Server- und Datenbankkonsolidierung wurden im ADV-Bereich zwei technisch veraltete Server (Anschaffungsdatum 1996/1997) abgelöst.

Um Kosten zu sparen, wurde das Fachverfahren „Wahlen“ der GKD durch die Software „PC-Wahl“ abgelöst. Das neue Verfahren bestand seine Bewährungsprobe mit der Europawahl im Mai und der Landtagswahl im September mit Bravur. Die bereits in 2003 fertig gestellten eGovernment-Anwendungen „Bürgerinformationssystem“ und „Ratsinformationssystem“ wurden mit Präsentation der neuen Homepage teltow-flaeming.de für Kreistagsmitglieder und Bürger zugänglich.

Mit Einführung des ARCIMS bekam das kreisliche Geographische Informationssystem eine neue Qualität, da nun über Browser-Technologie praktisch von jedem Arbeitsplatz im Kreisnetz auf GIS-Daten zugegriffen werden kann.

Die dringend notwendigen Erneuerungen im PC- und Druckerbereich konnten nicht realisiert werden, da keine weiteren Haushaltsmittel im ADV-Bereich zur Verfügung stehen. Somit entfernen wir uns weiter vom gesteckten Ziel des DV-Masterplanes von 1998: kein PC älter als durchschnittlich vier Jahre. Mittlerweile wurde ca. die Hälfte der PC-Technik vor 2000 beschafft. Der administrative Aufwand zur Erhaltung der Betriebssicherheit erhöht sich unverhältnismäßig.

Resultierend aus dem in 2004 erarbeiteten Supportkonzeptes zur Wartung und Betreuung von IT-Technik in den 15 Schulstandorten wurde ein Schulverwaltungsserver in der Kreisverwaltung eingerichtet und eine Inventardatenbank als Grundlage und Ausgangspunkt eines aufzubauenden zentralen User-Help-Desk aufgebaut. Durch die VPN-Anbindung der Schulen an das Kreisnetz hat der Verwaltungsbereich der kreislichen Schulen nun u.a. Zugang zum Wissensmanagement und dem Intranet der Kreisverwaltung.

Im Auftrag der Verwaltungsleitung wurde ein Grobkonzept zur Ablösung der GKD durch die ADV erarbeitet.

3. Sachgebiet Organisation

Die Arbeit im Bereich Organisation war geprägt von den Sparzwängen des Haushaltes, den Antragstellungen für Altersteilzeit und der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft zur Zahlung des Arbeitslosengeldes II. Zahlreiche Stellen wurden in diesen Zusammenhängen auf ihren Bestand hin überprüft. Es wurde weiter daran gearbeitet verlässliche Informationen zum Stellenbedarf zu erhalten, so z.B. durch Vergleiche, Umfragen, Auswertung von externen Datenquellen, aber auch durch Entwicklung eigener Stellenbemessungsverfahren.

Arbeitsgruppe „Aufgabenprüfung“

In der AG „Aufgabenprüfung“ erfolgt eine umfassende Überprüfung aller durch die Kreisverwaltung derzeit wahrgenommenen Aufgaben. Insbesondere werden hinsichtlich der Zuständigkeiten der einzelnen Ämter die Definitionen des jeweiligen Aufgabentyps (Interne Verwaltung, Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, Auftragsangelegenheiten, Organleihe) geprüft. Ziel ist es, den mit der Aufgabenrealisierung betriebenen finanziellen Aufwand – Schwerpunkt hier bilden die Personalkosten - festzustellen und ausgehend davon, eine mögliche Aufgabenreduzierung aufzuzeigen. Aus dem Sozialbereich werden derzeit das Jugendamt als auch das Gesundheitsamt sowie aus dem Ordnungsbereich das Straßenverkehrsamt geprüft. Im Zusammenhang mit dem Abgleich des Aufgabengliederungsplanes wird mit Blick auf die einzuführende Doppik und dem Aufbau eines Verwaltungscontrolling für einzelne Ämter bereits an der Aufstellung eines Produktplanes (Bildung einzelner Produkte) gearbeitet.

Vergleichsring „Personalmanagement“

Der Landkreis Teltow-Fläming beteiligt sich am interkommunalen Vergleichsring „Personalmanagement“. Dieser wird vom IKO-Netz der KGSt professionell betreut. An diesem Vergleichsring beteiligen sich zehn Landkreise und die vier kreisfreien Städte des Landes Brandenburg. Im Ergebnis der sehr aufwändigen Arbeit wird es möglich sein, aufgrund der Vergleichswerte strategische Ziele für das Personalmanagement sowie das Organisationsmanagement zu definieren. Durch ein kennzahlengestütztes Controlling wird der Zielerreichungsgrad messbar und die Steuerung der verglichenen Produkte wesentlich effektiver gestaltet werden können.

Straßenverkehrsamt

Auch das Straßenverkehrsamt nahm im Jahr 2004 am KGSt-Vergleichsring „Kfz.-Zulassung und Führerscheinwesen“ teil. Durch das Sachgebiet Organisation wird diese Vergleichsringarbeit begleitet.

Sozialamt

Das auf der Grundlage einer Überlastungsanzeige erarbeitete Stellenbemessungsverfahren im Aufgabenbereich BAföG/AFBG und der anhand der aktuellen Fallzahlen durchgeführten Stellenbemessung führten zu folgendem Ergebnis:

- Dem Aufgabenbereich bleiben die vorhandenen 2,5 Stellen erhalten.
- Zur Vermeidung der festgestellten saisonalen Überlastung werden Jahresarbeitszeitkonten eingerichtet und in den Monaten Juni bis Dezember eine weitere mindestens 26-Stunden-Kraft eingesetzt. Der Stellenbedarf kann nunmehr jährlich ermittelt werden.

Innerhalb des Gesamtprojektes „Bildung einer Arbeitsgemeinschaft“ wurde das Sozialamt bei Bedarf aus organisatorischer Sicht beratend unterstützt. Unter der Maßgabe, in die Arbeitsgemeinschaft 63 Beschäftigte der Kreisverwaltung mit ihren jeweils zugeordneten Stellen zu überführen, war es erforderlich, zahlreiche Stellen auf ihren Erhalt hin zu überprüfen.

Jugendamt

Das in 2003 begonnene Stellenbemessungsverfahren im Aufgabenbereich Beistandschaften/Vormundschaften/Pflegschaften konnte im Mai 2004 abgeschlossen werden. Im Ergebnis wurde die ursprünglich befristet zugeordnete Beamtenplanstelle zum 1. April 2004 in eine unbefristete Stelle umgewandelt. Ab 2005 erfolgt hier eine jährliche Überprüfung des Stellenbedarfs anhand der Fallzahlen per 31.12. des Vorjahres.

Gesundheitsamt

In den Bereichen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, des Zahnärztlichen Dienstes als auch des Sozialpsychiatrischen Dienstes erfolgte eine Überprüfung des derzeitigen Personals anhand aktueller Fallzahlen. Diese Stellenbedarfsbemessung ist auch im Hinblick auf die durch die AG „Aufgabenkritik“ zu erwartenden Ergebnisse sowie der zu erwartenden gesetzlichen Änderungen im öffentlichen Gesundheitswesen fortzusetzen.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

Im Mai diesen Jahres konnte die Arbeit der Projektgruppe „Umsetzung der Ergebnisse der Stellenbemessung durch die WIBERA-AG“ abgeschlossen werden. Die sachgebietsbezogenen Vorschläge zur Stellenoptimierung sind das Resultat des durchgeführten Stellenbemessungsverfahrens und wurden bestätigt. Die Umsetzung der mittel- und langfristigen Vorschläge zur Stellenoptimierung wird durch das Sachgebiet Organisation im Zusammenwirken mit dem Leiter der unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde unter Einbeziehung der zuständigen Sachgebietsleiter betreut.

Hoch- und Tiefbauamt

In diesem Amt wurde die Projektgruppenarbeit zur Umsetzung der Ergebnisse der WIBERA-Untersuchung in drei Projektgruppenberatungen fortgesetzt. Ein Ergebnis der Projektgruppenarbeit ist der Aufbau eines fortschreibungsfähigen Stellenbemessungsverfahrens. Dem folgend wird jährlich der Stellenbedarf im gesamten Amt überprüft.

Umweltamt

Mit Beschluss der Beigeordneten vom 17. Mai 2004 wurde der Abschlussbericht der Organisationsuntersuchung im Umweltamt bestätigt. Die Empfehlungen aus der 1996/1997 durchgeführten WIBERA-Untersuchung konnten durch die Projektgruppe mit folgenden Ergebnissen umgesetzt und abgeschlossen werden. Für das gesamte Amt erfolgte eine kritische Betrachtung der zu erfüllenden Aufgaben, insbesondere unter dem Aspekt, diese auch künftig wirtschaftlich und bürgerfreundlich zu gestalten. Nach weitergehender Prüfung der Ablauf- und Aufbauorganisation und der dadurch erfolgten Strukturänderung (Auflösung eines Sachgebietes) des Umweltamtes erfolgte eine Personalreduzierung um insgesamt 13 Stellen.

Landwirtschaftsamt

In Folge personeller Veränderungen wurde die Struktur des Landwirtschaftsamtes überprüft. Es entfiel die Stelle eines Sachgebietsleiters. Dessen Fachaufgaben und Leitungsaufgaben konnten umverteilt werden. Dem Amtsleiter wurden die verbliebenen Stellen direkt unterstellt. Dies führt neben der direkten Personalkostenersparnis zu einer verbesserten Ablauforganisation.

Wahlen und Abstimmungen

Die vorrangigste Aufgabe dieses Bereiches war im Jahr 2004 die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl des 6. Europäischen Parlaments am 13. Juni 2004 und

die Wahl zum 4. Landtag Brandenburg am 19. September 2004 sowie die Unterstützung des Kreiswahlleiters und der jeweiligen Kreiswahlausschüsse. Mit den Wahlbehörden wurde die für eine hohe Qualität der Wahlorganisation erforderliche enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit gepflegt, welche sich in einer intensiven Beratungsleistung widerspiegelte. So wurden u.a. mit den Wahlverantwortlichen der Kommunen für die Europa- und Landtagswahl jeweils eine gemeinsame Besprechung durchgeführt. In Vorbereitung der Landtagswahl wurde zur Sicherstellung von mängelfreien Wahlvorschlägen eine umfassende Unterstützung den Wahlvorschlagsträgern gewährt.

Beide Wahlen wurden erstmalig mit dem neu erworbenen Programm PC-Wahl 7.0 durchgeführt. Den amtsfreien Städten, Gemeinden sowie Amt Dahme/Mark wurde ein Erfassungsprogramm zur Verfügung gestellt. Am Wahltag wurden alle Ergebnisse aus den Wahlbehörden als Datei dem Landkreis übertragen. Danach konnte die Übermittlung der vorläufigen Daten zeitnah an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg erfolgen.

Das Volksbegehren „gegen Zwangseingemeindungen und für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, welches in der Zeit vom 17. November 2003 bis 16. März 2004 erfolgte, wurde beendet. Dazu lagen in den Abstimmungsbehörden entsprechende Eintragungslisten aus und die Kreisabstimmungsausschüsse stellten die endgültigen Ergebnisse der Stimmkreise fest.

Statistik

Schwerpunkt der Arbeit war die Erstellung des 10. Statistischen Jahrbuches des Landkreises Teltow-Fläming. Durch die Überarbeitung, Erweiterung und Umgestaltung wurde das Jahrbuch für den Leser noch ansprechender gestaltet. Im weiteren wurden zahlreiche Anfragen von Einrichtungen, Institutionen und aus der Wirtschaft zur Statistik beantwortet.

Kreis- und Verwaltungsarchiv

Die Überarbeitung des Bestandes an Bauakten der Altkreise Zossen und Jüterbog wurde fortgeführt und dabei über die Archivsoftware erschlossen. Im Berichtszeitraum wurden 135 lfm. archiviert und 290 lfm. kassiert.

Es wurden insgesamt 1.300 Anfragen bearbeitet.

davon 3 Benutzungsanträge für wissenschaftliche und historische Forschungen
 67 Akteneinsichten und Auskunftersuchen von Bürgern
 119 Amtshilfe- und Auskunftersuchen von Behörden/Institutionen

Zur Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter wurden 66 Recherchen dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zugearbeitet.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden fünf Führungen durch unser Archiv organisiert und durchgeführt.

4. Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement und Information zu Grundstücksverkäufen 2004

➤ *Grundstücksverkäufe*

Im Jahr 2004 wurden neun Grundstücke zum Verkauf ausgeschrieben. Der Vertragsabschluss erfolgte bisher für sieben Grundstücke. Der Erlösansatz war dabei mit 568.000,-- € geplant. Von den im Zeitraum 2004 abgeschlossenen Grundstücksverträgen konnten bisher sechs Verträge kassenwirksam umgesetzt und weitere drei Verträge aus 2003 beendet werden. Die Auszahlung des Vergleichserlöses in Höhe von rund 220 T€ aus der Milchviehanlage Blankenfelde konnte ebenfalls als Guthaben verbucht werden. Es wurde ein Verkaufserlös von insgesamt 397.528,97 € erzielt.

Das Vorhaben „Verkauf Tempelhofer Hafen“ wurde realisiert. Der Verkaufserlös in Höhe von 7.505.000 € wird für den Landkreis Teltow-Fläming aber erst im Zeitraum 2006 wirksam. Der Verkauf der Liegenschaft Bansin konnte noch nicht realisiert werden.

➤ *Grundstücksankäufe*

Der Landkreis erwarb im Jahr 2004 zwölf Grundstücke in Werben, Rehagen, Mellensee und Märthensmühle. Dies waren überwiegend Flächen für Straßen- und Radwegebau.

➤ *Mieten und Pachten*

Der Vermietungsstand konnte im Jahr 2004 gehalten werden.

➤ *Rad- und Skaterwege*

Radwege

Der Bau von drei Radwegen aus 2003 konnte abgeschlossen werden. Weitere drei Radwege (Baruth, Thyrow, Gottow) wurden durch Baugestattungen vorbereitet. Eine Vertragsgestaltung erfolgt durch das Sachgebiet Liegenschaften jeweils nach Schlussvermessung. Die Vermessung wird durch das Tiefbauamt in Auftrag gegeben.

Rad- und Skateweg

Zum Bau des Rad- und Skateweges FLAEMING-SKATE wurden entsprechend den Planungsunterlagen die Eigentümer angeschrieben und Bauerlaubnisverträge abgeschlossen. Schwerpunkt bildeten dabei die Streckenabschnitte im Bereich der Stadt Dahme/Mark mit den betreffenden Orten, als auch die Vorbereitung der Netzergänzung. Nach wie vor wurden Unstimmigkeiten und Abweichungen vom geplanten und gebauten Trassenverlauf bei Vermessungen festgestellt.

➤ *Einnahmen aus Altvermögen*

Aus Altvermögen wurden dem Landkreis Teltow-Fläming von der KfW-Bank bisher 2.300,81 € überwiesen. Diese Summe resultiert aus der Vergabe von Krediten des Altkreises Teltow.

Aus der Verwaltung der Grundstücke aus dem Altvermögen Teltow in Berlin, welche von den Teltower Kreiswerken (TKW) verwaltet werden, gingen bisher Pachten und Nutzungsentgelte in Höhe von 414.825 € ein.

Personalamt

Insgesamt schieden 32 Mitarbeiter im Jahr 2004 aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus. Im Zeitraum vom 01.01.2004 bis 31.12.2004 wurden vier Aufhebungsverträge wirksam.

Gründe für das Ausscheiden der übrigen Mitarbeiter waren hauptsächlich der Ablauf von befristeten Arbeitsverhältnissen, die Inanspruchnahme der Altersrente und das Ende von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen.

Im Gegensatz dazu wurden zwölf befristete und zwei unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Zur Zeit befinden sich 71 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 19 in der Ruhephase befinden. Da in einigen Fällen keine Wiederbesetzung erfolgte, führte dies zu einem Stellenabbau und somit auch zur Einsparung von Personalkosten.

Ungefähr 60 Mitarbeiter reduzierten in diesem Jahr freiwillig ihre wöchentliche Arbeitszeit. Weiterhin fiel für die Beamten die Zahlung des Urlaubsgeldes weg und die jährliche Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) wurde durch Zahlung eines Festbetrages reduziert.

Insgesamt konnten somit gegenüber dem Planansatz des Haushaltsjahres 2004 etwa 2.300.400 € eingespart werden.

Mit Stand 31.12.2004 sind

109	Beamte
712	Angestellte
37	Arbeiter
26	AZUBI
12	ZIVI

in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt.

Auch 2004 hat die Kreisverwaltung wieder Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. So wurden zur Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte sechs Jugendliche eingestellt.

Des Weiteren stellte die Kreisverwaltung im Oktober und November noch zusätzliche Jugendliche zur Ausbildung ein, wovon fünf zum Verwaltungsfachangestellten und zwei zum Vermessungstechniker ausgebildet werden.

Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

Durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze, der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nimmt das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt stets konkret Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Amtes Dahme/Mark sowie der Zweckverbände. Es unterstützt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten und gibt den Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen über die haushaltsmäßige Zielerreichung.

Im Rahmen der durch Gesetz gewährleisteten Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentriert sich die Prüfungstätigkeit auf die Einhaltung und Durchsetzung der haushaltsmäßigen Ordnung und Rechtmäßigkeit sowie mit zunehmenden Maße auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der finanziellen Mittel.

Die Prüfungen, die im Rahmen von Stichproben durchgeführt werden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Prüfung der Jahresrechnungen 2003, als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und Entlastung;
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung;
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften bei Vergaben;
- die Prüfung der Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfeaufgaben.

In die Prüfungen wurden 14 Fachämter, der Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten, die Kreismusikschule, die Kreisvolkshochschule, das Schullandheim Dobbrikow, der Tourismusverband Teltow-Fläming sowie die Flugplatzgesellschaft mbH Schönhagen und vier Wasser- und Abwasserzweckverbände einbezogen. Des Weiteren wurden Prüfungen in acht kreisangehörigen Städten, Gemeinden und im Amt Dahme/Mark durchgeführt.

In insgesamt 13 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert in Höhe von 4.209,5 T€ und in 15 Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Wertumfang in Höhe von 758,1 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die durch Gesetz vorgegebenen Pflichtaufgaben konnten vollständig gelöst werden.

Neben den Pflichtprüfungen unterstützte das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt das Sozialamt bei der Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben. So wurde u.a. in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt die Spitzabrechnung aus der delegierten Sozialhilfe geprüft.

Weiterhin wurde neben den örtlichen Prüfungen in den Kommunen im Auftrag des Landesrechnungshofes Brandenburg eine überörtliche Prüfung nach § 116 Gemeindeordnung

durchgeführt. Schwerpunkt der Prüfung war die ordnungsgemäße und zweckgebundene Inanspruchnahme von Zuweisungen des Bundes, des Landes und des Landkreises.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Rechtsamt

Die Tätigkeit des Rechtsamtes ist in folgende Aufgabenschwerpunkte gegliedert:

➤ Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung

Die Juristen des Rechtsamtes vertreten den Landkreis auf der Grundlage entsprechend erteilter Prozessvollmachten, insbesondere vor den Verwaltungs- und Arbeitsgerichten. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg der Verfahren vor den Verwaltungsgerichten zu verzeichnen. Die Rechtsstreite werden hauptsächlich zwischen Verwaltung und Bürger geführt, aber auch Kostenerstattungsverfahren gegen andere Träger der Sozialhilfe oder Jugendhilfe und Rechtsstreite auf dem Gebiet des Zuwendungsrechts gegen das Land waren und sind noch anhängig. Im Jahr 2004 konnten jedoch zwei Gerichtsverfahren von erheblichen finanziellem Umfang zu Gunsten des Landkreises abgeschlossen werden. Bemerkenswert ist auch, dass derzeit noch sechs Klageverfahren von kreisangehörigen Gemeinden und Zweckverbänden gegen den Landkreis anhängig sind.

Im Bereich der Strafgerichtsbarkeit wurden u.a. Anzeigen wegen Amtsmissbrauch und Betrug erstattet und in einem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren Stellung genommen.

Außergerichtliche Vertretung erfolgte hauptsächlich beim Abschluss notarieller Grundstücksverträge.

➤ Rechtliche Beratung

Der Beratungsbedarf ist naturgemäß in den Ämtern am größten, in denen keine juristischen Sachbearbeiter tätig sind. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Rechtsamtes liegt hier in der Anfertigung rechtlicher Stellungnahmen zu den von den Fachämtern vorgetragenen Sachverhalten bei besonders schwierigen Fällen in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht. Die Fachämter erhalten damit rechtliche Anleitung und Unterstützung im Vorfeld zu treffender Entscheidungen, beim Erlass von Bescheiden und Widerspruchsbescheiden oder auch bei der Fertigung von Satzungen. Durch Beratung und Unterstützung der Fachämter konnten 2004 angreifbarere Entscheidungen reduziert und insbesondere auch im Rahmen der Bearbeitung von Beschwerden gegenüber den Bürgern das Verständnis für Verwaltungsentscheidungen noch verbessert werden. Eine gegen den Landkreis geltend gemachte Zahlungsforderung konnte im Rahmen außergerichtlicher Vergleichsverhandlungen erheblich reduziert werden.

➤ Bearbeitung von Beschwerden

Aufgrund des durch die Landkreisordnung eingeräumten Petitionsrechts kann sich jeder in Angelegenheiten des Landkreises mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden einzeln oder gemeinsam an den Kreistag oder den Landrat wenden.

Die Anzahl der beim Landrat eingegangenen Petitionen ist rückläufig. Die meisten Beschwerden richten sich gegen die Tätigkeit von Mitarbeitern des Jugendamtes und der unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde sowie des Sozialamtes und des Straßenverkehrsamtes.

Auffällig ist, dass die Mehrheit der Beschwerdeführer nicht das persönliche Verhalten der betroffenen Mitarbeiter rügt, also keine Dienstaufsichtsbeschwerde im eigentlichen Sinne erhoben wird, sondern, dass die jeweils getroffene Sachentscheidung Gegenstand der Beschwerden ist. Bemängelt werden vor allem Bearbeitungszeiten sowie die Sachverhaltsermittlung und Rechtsanwendung.

➤ Koordinierende Tätigkeiten

Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit des Rechtsamtes war und ist die koordinierende Tätigkeit zwischen den Ämtern unseres Hauses. Es zeigt sich, dass aufgrund der beim Rechtsamt zentral erfassten Informationen und schwerpunktmäßigen Problemstellungen aus den Fachämtern, die Verwaltungsarbeit besonders effektiv in rechtlichen Fragen kontrolliert wird. Durch die Möglichkeit des ämterübergreifenden Wirkens des Rechtsamtes wird ein erheblicher Beitrag zur Förderung einer sachgemäßen und einheitlichen Handhabung der Verwaltungstätigkeit (z.B. bei der Durchführung von Verwaltungsverfahren, Erarbeitung von Beschlussvorlagen, Initiativen zur Überprüfung und Änderungen von Satzungen und verwaltungsinternen Richtlinien) geleistet. So werden auf Initiative des Rechtsamtes z.B. die bisher dezentral gefertigten Aussagegenehmigungen einheitlich in Form und Inhalt entworfen und erfasst (im Berichtszeitraum 42 Aussagegenehmigungen).

➤ Versicherungsangelegenheiten

In diesem Bereich werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergewerliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Die zuständige Sachbearbeiterin nimmt zudem an der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) und der Ostdeutschen Kommunalversicherung (OKV) teil. Im Ergebnis der in diesem Jahr erstmals durchgeführten überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes werden Aufgaben teilweise neu beschrieben, um somit die Kapazität für das Risikomanagement zu erhöhen.

Im Berichtszeitraum ist ein Anstieg der Fälle im Bereich Kasko, Gebäudeschaden und bei Schadenersatzforderungen des Landkreises gegen Dritte zu verzeichnen, wobei die hohe Anzahl der Gebäudeschäden auf die stürmische Witterung im Frühjahr zurückzuführen ist.

Dem gegenüber konnte die Zahl der Einbruch- und Diebstahlfälle auch in diesem Jahr minimal gehalten werden, was nicht zuletzt auf die nunmehr fast lückenlose Ausstattung der Schulen mit Einbruchmeldeanlagen zurückzuführen ist. Ebenso macht sich die Ausstattung der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen mit Alarmanlagen positiv bemerkbar. Auch in diesem Berichtszeitraum verlief dieser Bereich wiederum schadenfrei.

		2003	2004
1.	<u>Gerichtsverfahren</u>	118	133
	Verwaltungsgericht	104	122
	Arbeitsgericht	3	2
	Zivilgericht	11	4
	Sozialgericht	-	-
	Strafsachen	-	5
2.	<u>Dienstaufsichtsbeschwerden</u>	46	41
3.	<u>Beratung der Dezernate (gesamt)</u>	173	170
	Dezernat I	48	60
	Dezernat II	44	31
	Dezernat III	65	63
	Dezernat IV	16	16
4.	<u>Beratung Landrat/Pressestelle</u>	2	49*

* Aussagegenehmigungen

Gesamtbearbeitung von Versicherungsfällen im Jahr 2004

Schadenersatzklagen	6
hausinterne versicherungsrechtliche Stellungnahmen	10
bearbeitete Schadensfälle insgesamt	193
Versicherungsleistungen insgesamt	169.627,75 €

➤ Kommunalaufsicht (Sachgebiet mit Sondercharakter)

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden hat sich im Jahr 2004 nicht verbessert. Die dauerhaft angespannte Finanzlage führt in vielen Gemeinden zu einer Stagnation ihrer Entwicklung. Von 16 Städten und Gemeinden konnten elf Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. Der Gesetzgeber verpflichtet diese Gemeinden ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, in dem die Maßnahmen zu beschreiben und der Zeitraum darzustellen ist, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erlangt wird. Die Konzepte bedürfen einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Der Antrag einer Gemeinde auf Erteilung der Genehmigung für das Haushaltssicherungskonzept konnte nicht positiv entschieden werden, weil die dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen einen überragenden Konsolidierungswillen der Gemeinde nicht erkennen ließen. Auch Gemeinden, die ihren Haushalt bisher ausgleichen konnten, suchen verstärkt nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten, um erforderliche Investitionen so effizient wie möglich durchführen zu können.

Ein Investitionsvorhaben soll im Rahmen eines so genannten Public Private Partnership Projektes geplant und realisiert werden. Im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Genehmi-

gungsverfahrens bedurften die vertraglich vereinbarten Rahmenbedingungen einer sorgfältigen wirtschaftlichen Prüfung und Abwägung der Verteilung des Risikos zwischen Gemeinde und privatem Vertragspartner. Die zu prüfenden Sachverhalte stellten sich als sehr komplex und zeitaufwändig dar. Eine weitere Gemeinde hat bereits ihr Interesse an der Umsetzung eines Investitionsvorhabens im Rahmen eines ähnlichen Projektes bekundet und um diesbezügliche Beratung zum kommunalrechtlichen Verfahren gebeten.

In der Folge der Gemeindegebietsreform bestand in einigen Kommunen Beratungsbedarf hinsichtlich der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Ortsbeiräten und den Verwaltungen. Des Weiteren wurden Hinweise zur Handhabung und Umsetzung der den Ortsbeiräten eingeräumten Rechte gegeben. Darüber hinaus hat die Kommunalaufsicht die Anpassungen des Ortsrechtes der neu strukturierten Körperschaften beratend begleitet und Hinweise zu Anpassungserfordernissen der Verbandssatzungen einiger Wasser- und Abwasserzweckverbände an die neuen gemeindlichen Strukturen gegeben. Probleme im Zusammenhang mit Einzelwahlen von Ortsbürgermeistern bzw. Ortsbeiräten wurden mit Unterstützung der Kommunalaufsicht einer Klärung zugeführt.

Als problematisch stellt sich seit Beginn dieses Jahres die rechtmäßige Gestaltung der Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Gruben sowie des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen bei zwei Aufgabenträgern dar. In diesem Zusammenhang waren insbesondere Probleme zum Umfang der Aufgabenwahrnehmung und zu den satzungsrechtlichen Auswirkungen klärungsbedürftig. Die rechtlichen Zusammenhänge bedurften sowohl gegenüber den Aufgabenträgern als auch gegenüber betroffenen Bürgern umfassender Erläuterungen. Soweit erforderlich, wurden kommunalaufsichtliche Maßnahmen eingeleitet, um ein rechtmäßiges Handeln der Aufgabenträger sicherzustellen.

Dem Sachgebiet Kommunalaufsicht obliegt darüber hinaus die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftspläne der Gemeinden, Zweckverbände und Eigenbetriebe. Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anträgen auf Bewilligung von Finanzzuweisungen, die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit von Investitions- und Kassenkrediten sowie Verpflichtungsermächtigungen gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Sachgebietes.

Im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden unterliegen die Gründung bzw. die Übernahme von Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen bzw. eine wesentliche Erweiterung des Unternehmensgegenstandes einem Genehmigungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde.

Einen weiteren Schwerpunkt der kommunalaufsichtlichen Tätigkeit bildet die Beratung der Gemeinden zu Grundsatzfragen im Satzungsrecht und die Prüfung von Satzungen und Satzungsentwürfen hinsichtlich ihrer formellen und materiellen Rechtmäßigkeit.

Die Verfahren der Gemeinden zur Aufhebung von Exklaven wurden durch das Sachgebiet beratend begleitet. Hinsichtlich der Veräußerung von Gemeindevermögen ist unter bestimmten Voraussetzungen die Genehmigungsfähigkeit der geschlossenen Rechtsgeschäfte zu prüfen.

Dezernat II

Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV)

Im Kernbereich des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) sank die Mitarbeiterzahl im Verlauf des Jahres auf zwölf Mitarbeiter (Stand Januar 2005). Die Stelle für Grundstücksverkehr arbeitete mit fünf Personen; die gesetzlichen Vertreterbestellungen wurden mit 1,5 Planstellen bearbeitet. Auch das Abordnungsprojekt zum Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV) wurde mit vier Mitarbeitern fortgeführt.

Das Jahr war geprägt von Turbulenzen um die Schließung des Amtes: In Vorbereitung des schon länger angekündigten Schließungsbegehrens des Landes fand im Frühjahr eine Sichtung sämtlicher Aktenbestände des Amtes statt, die im Wesentlichen die statistischen Angaben des Amtes gegenüber der Aufsichtsbehörde bestätigte. Als Schließungstermin wurde in sich anschließenden Verhandlungen das Jahresende 2005 vom Land vorgeschlagen. Da eine Umsetzung aller verbliebenen Mitarbeiter zu diesem Zeitpunkt nicht möglich erschien, wurde seitens des Landkreises dahingehend mit dem Ministerium der Finanzen verhandelt, dass noch Restaufgaben von anderen Landkreisen übernommen werden, um für die sozialverträgliche Umsetzung Zeit zu gewinnen.

Zum Herbst des Jahres veränderte sich im Zuge der Hartz IV Problematik alles. Nachdem einige brandenburgische Landkreise ihre Mitarbeiter komplett in die ALG-II-Arbeitsgemeinschaften schicken wollten, vergrößerte sich das Volumen der landesweit noch zu erledigenden Restaufgaben schlagartig, so dass das Ministerium der Finanzen von seiner Schließungsforderung abrückte und in einer Krisensitzung die verbliebenen Landkreise aufforderte darzulegen, ob deren Ämter in der Lage seien, noch bis mindestens 2008 die landesweit anfallenden Restaufgaben, finanziert nach erledigten Vermögenswerten, zu übernehmen. Da sich diese Entwicklung mit der bisher verfolgten Verhandlungslinie einer sozialverträglichen Rückführung der Mitarbeiter deckte, wurde nach reiflicher Diskussion schließlich eine entsprechende Bereitschaft gegenüber dem Land erklärt, nachdem der ARoV-Personalbestand durch Abordnung vor allem jüngerer Mitarbeiter zur Arbeitsagentur auf ein arbeitsfähiges Minimum reduziert worden war.

Die Erledigung vermögensrechtlicher Anträge lag durchschnittlich bei 3,8 Vermögenswerten pro Mitarbeiter und Monat. Damit lag das Amt nicht mehr in der Nähe der vom Ministerium immer noch als Maßstab angesehenen Schwelle von sechs Vermögenswerten. Dies hing einerseits mit der Struktur der noch zu bearbeitenden, verbliebenen Vorgänge zusammen, andererseits aber auch mit dem hohen Volumen an Auskunftersuchen, das von immer weniger Sachbearbeitern parallel zu bewältigen war. Der Auskunftsbereich konnte verstärkt vor allem die zahlreichen investiven BVVG-Auskunftsanfragen bedienen. Die markungsbezogene Bearbeitungsreihenfolge der unbearbeiteten Akten wurde weiter fortgeführt, um durch Freistellen von ganzen Gemarkungen den Auskunftsbereich zu entlasten. Auch die gezielte Inbearbeitungnahme von noch anstehenden Vorgängen bei von Verkäufen betroffenen Grundstücken wurde praktiziert, um hängende Grundstücksverkehrsgenehmigungsverfahren zu beenden.

Die gesetzlichen Vertreterbestellungen verzeichneten keinen erheblichen Antragszuwachs. Neben der Aufsichtsführung verlagert sich ein Schwerpunkt hier auf Amtsermittlungen nach Rechtsnachfolgern von im Grundbuch eingetragenen Eigentümern, daneben ging es um die Vorbereitung der vom Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV) zur Durchführung des Aufgebotsverfahrens für den Entschädigungsfonds geforderten Unterlagen.

Die Stelle für Grundstücksverkehr war seit Beginn des Jahres durch nur schleppende Auskünfte des nunmehr mitzuständigen BARoVs sehr gehindert. Durch massive Aufstockung des Personals bei dieser Behörde war allerdings seit Mitte des Jahres ein stark verbesserter Rücklauf zu verzeichnen, so dass die Grundstücksverkehrsgenehmigungen nicht mehr verzögert wurden. Letztlich ist auch hier die Vorbereitung von Unterlagen für das zuständigkeitshalber auskunftgebende BARoV ausschlaggebend für den schnelleren Rücklauf und bindet viel Arbeitskraft.

Statistikübersicht

Stand: 31. Dezember 2004

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge inkl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten	
	Anträge	17.379
	Ansprüche	45.308
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	44.697
	Erledigung in Prozent	98,65
2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	129.571
	Auskünfte	127.929
	Erledigung in Prozent	98,73
	Differenz Anfragen/Erledigung	1.642
3.	Widersprüche	2.720
4.	Verwaltungsgerichtsverfahren	
	anhängig	171
	abgeschlossen	540
5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	erfasste Anträge	33.555
	davon Neueingänge 2004	1.342
	Erledigungen	30.416
	Erledigung in Prozent	90,6
6.	Gesetzliche Vertreterbestellungen	
	Anträge	3.502
	davon Neueingänge 2004	22
	Erledigungen	3.029
	Erledigungen in Prozent	86,4

Ordnungsamt

Das Ordnungsamt ist in drei Sachgebiete gegliedert, deren Aufgaben hier dargestellt werden:

Sachgebiet 32.1 - Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit ist die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses wie beispielsweise dem Jugendamt, dem Straßenverkehrsamt und dem Umweltamt. Es fanden Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern und den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen statt.

Verstärkt wurden Fachaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger bzw. das Innenministerium an uns herangetragen worden sind, geprüft und ausgewertet. Acht Widersprüche, die gegen Ordnungsverfügungen von Ämtern, Städten und Gemeinden gerichtet waren, sind beschieden worden.

Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien nach dem Lotteriesgesetz wurden im Jahr 2004 insgesamt 16 erteilt. Bußgeldverfahren nach dem SGB XI - hier im Bereich der Pflegepflichtversicherung – sind 138 bearbeitet worden. Insgesamt wurden 256 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 870 Jagdscheininhaber, davon 24 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt sind derzeit im Kreisgebiet 240 Jagdbezirke, davon 169 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 27 Eigenjagdbezirke, 44 Verwaltungs- und Bundesforstjagdbezirke zu verzeichnen.

Es gibt zwei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild und eine Hegegemeinschaft Muffelwild, die Muffelwild und Damwild bewirtschaftet. Eine Hegegemeinschaft befindet sich in Gründung. Es wurden 240 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. Gefördert und unterstützt in den Hegegemeinschaften wurde die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen. Vier Hageschauen der Hegegemeinschaften sind als Pflichttrophäenschauen anerkannt worden.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde gepflegt und die Arbeit mit dem 2004 neu berufenen Jagdbeirat erfolgreich weitergeführt. 2004 absolvierten von 20 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung zwölf diese mit Erfolg.

Die Beratung und Kontrolle der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weitergeführt, insbesondere bei der Erarbeitung von Satzungen, die von der Unteren Jagdbehörde zu genehmigen sind. Die Jagdgenossenschaften erhielten Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen, die sich aus der Gemeindegebietsreform ergaben.

Es erfolgten auf Anforderungen Beratungen der Gemeinde-, Stadt- bzw. Amtsverwaltungen als Feststellungsbehörden für Wildschäden und der Wildschadenschätzer.

Die Anzeigen von 30 Jagdpachtverträgen und Teilpachtverträgen bzw. Verlängerungen von Jagdpachtverträgen wurden bearbeitet.

Es wurden Stellungnahmen aus jagd- und fischereilicher Sicht zu Bauvorhaben im Außenbereich und zu beabsichtigten naturschutzrechtlichen Unterschutzstellungen abgegeben.

Zur Problematik Wildbrethygiene führte die Untere Jagdbehörde gemeinsam mit dem Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt und dem Kreisjagdverband eine Informationsveranstaltung für alle Jagdbezirksverantwortlichen im Landkreis durch. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde über geänderte Regelungen im LJagdGBbg und der dazu erlassenen Durchführungsverordnung informiert. Die Wildbewirtschaftung im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden kam zur Auswertung.

Untere Fischereibehörde

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es derzeit 5.313 gültige Fischereischeine, davon 518 Jugendfischereischeine. 20 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt.

Derzeit sind 59 ehrenamtliche Fischereiaufseher tätig, die traditionell Anfang des Jahres durch die Untere Fischereibehörde geschult werden.

Es wurden im Jahr 2004 fünf Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet. 27 Verwarnungen vor Ort mussten durch die Fischereiaufseher ausgesprochen werden.

Die Untere Fischereibehörde führte drei Anglerprüfungen mit insgesamt 185 Prüflingen durch, wovon lediglich 16 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Ein Fischereibezirk konnte neu gebildet werden, für vier Fischereibezirke laufen die Vorbereitungen zur Bildung. Zwei Hegepläne wurden zur Genehmigung bearbeitet.

Neun Fischereipachtverträge wurden bearbeitet und genehmigt. 31 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen erhielten eine Genehmigung.

Versicherungsbehörde

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden 1.062 Anträge auf Altersrente, Anträge auf Überführungen der Zusatzversorgungsanwartschaften, Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge zum Beispiel auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auch Leistungen zur Rehabilitation an die jeweiligen Versicherungsträger weitergeleitet.

Kriegsgräberwesen

Im Jahr 2004 konnten den Städten, Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark durch den Bund 145.566,26 EUR für die Pflege und Instandsetzung von Kriegsgräbern erstattet werden.

Die Instandsetzung des Ehrenfeldes "Mohrungen" auf dem Waldfriedhof in Luckenwalde wurde im September 2004 mit einer feierlichen Wiedereinweihung abgeschlossen. Die Neugestaltung der Kriegsgräberstätte auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Baruth/Mark begann im Frühjahr/Sommer 2004 und wird voraussichtlich im Jahr 2007 abgeschlossen

sein. Es wurde für die Jahre 2004 bis 2007 eine Zuwendung von insgesamt 808.000,00 EUR seitens des Innenministeriums zugesagt.

Die Kriegsgräberstätten in Fernneuendorf, Stangenhagen, Wahlsdorf, Lindow, Kurzlippsdorf und Rohrbeck wurden neu gestaltet. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Instandsetzung der Kriegsgräberstätte in Thyrow. Die Arbeiten auf dem Ehrenfriedhof Zehrendorf wurden auch im Jahr 2004 fortgesetzt. Hervorzuheben ist hier die gute Zusammenarbeit mit der Commonwealth War Graves Commission (CWGC). Die Arbeiten auf dem britischen Teil des Ehrenfriedhofes stehen kurz vor dem Abschluss.

Auch die Vorbereitungen zur Instandsetzung der russischen Kriegsgräberstätten Damm I und Damm II in Jüterbog sind abgeschlossen. Es liegt ein fertiges Projekt vor, der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wurde eingereicht.

Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten

2004 wurden insgesamt 30 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz bearbeitet. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehrersatzbehörden in Potsdam, Berlin und Cottbus sowie mit der IHK und der Handwerkskammer konnte erreicht werden, dass die überwiegende Anzahl der von uns eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurde.

Gewerbeangelegenheiten

Im Bereich Gewerbeangelegenheiten gestaltete sich die Bekämpfung der Schwarzarbeit in diesem Jahr schwierig, da noch im Dezember 2003 die Handwerksordnung hinsichtlich der eintragungspflichtigen Handwerke geändert wurde, was die Verfolgung und Ahndung der unerlaubten Handwerksordnung erschwerte. Zudem wurde die Änderung des Schwarzarbeitsgesetzes angekündigt, worin zunächst eine Zuständigkeit des Landkreises bei der Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nicht mehr vorgesehen war.

Im Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung, welches zum 01.08.2004 in Kraft trat, ist die unerlaubte Handwerksausübung als Tatbestand der Schwarzarbeit wieder aufgenommen worden, deren Verfolgung und Ahndung den nach Landesrecht zuständigen Behörden - den Landkreisen - übertragen wird.

Bereits mit Beginn des Jahres 2004 waren Strukturveränderungen bei den für die Verfolgung der Schwarzarbeit zuständigen Behörden, wie der Bundesagentur für Arbeit, dem Hauptzollamt und dem Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik zu verzeichnen.

Die zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gebildete Koordinierungsgruppe unter Leitung des Ordnungsamtes des Landkreises Teltow-Fläming hat im Dezember 2004, nachdem die Strukturveränderungen im Wesentlichen abgeschlossen waren, beraten, wie sich die weitere Zusammenarbeit gestalten wird und sich in erweiterter Form konstituiert.

Im Gewerbebereich sind auch zahlreiche gesetzliche Änderungen zu verzeichnen, so dass hier im Rahmen der Gewerbefachaufsicht eine verstärkte Anleitung der für gewerbliche Angelegenheiten zuständigen Mitarbeiter der Städte, Ämter und Gemeinden vor Ort erfolgte.

Von sieben eingegangenen Anträgen zur Ausnahme erweiterter Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse nach § 23 Ladenschlussgesetz (LSchIG) sind in diesem Jahr fünf positiv

beschrieben worden, zwei konnten im Rahmen der nach § 14 LSchIG) erlassenen Rechtsverordnungen geregelt werden. Ein Antrag wurde zurückgezogen.

Im Schornsteinfegerwesen ist erneut die weitere Zunahme von Vollstreckungen auf Grund der verschlechterten Zahlungsmoral bei den Schornsteinfegergebühren zu verzeichnen. Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister wurde auch im vergangenen Jahr kompetent ausgeübt. Zum Beispiel wurden 2004 entsprechend der Kkehrbuchrichtlinie von sieben Kkehrbezirken die Kkehrbücher überprüft und keine erheblichen Mängel festgestellt.

Sachgebiet 32.2 - Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31.12.2004 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.864 Ausländer gemeldet; davon waren 186 Asylbewerber.

Bis zum genannten Datum wurden 14 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen abgelehnter Asylverfahren.

Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 31. Dezember 2004 die meisten Abschiebungen, da sich die abzuschubenden Personen der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.

2004 fanden zehn Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Auch in diesem Jahr gab es wieder mehrere Anfragen der Standesämter zur Feststellung der Voraussetzungen der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern durch die Ausländerbehörde.

An den Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen des Bereiches Personenstandswesen teil.

Bis zum 31.12.2004 wurden 23 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie sechs Anträge auf Änderung des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Die meisten Anträge konnten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen positiv beschieden werden.

Mehrere Anträge auf Einbürgerung konnten auf Grund der fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht entgegengenommen werden. Gemäß § 9 StAG ist der Bezug von Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe eines Ehegatten einbürgerungshindernd.

Im zurückliegenden Jahr gab es vermehrt die Notwendigkeit der Prüfung der Vaterschafts- anerkennung bei Beteiligung von Ausländern.

Sachgebiet 32.3 - Brand- und Katastrophenschutz

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Brand- und Katastrophenschutzrechtes im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004 hat der Gesetzgeber die Bereiche Brandschutz und Katastrophenschutz rechtlich zusammengefasst. Damit werden weitestgehend Schlussfolgerungen aus Großschadenslagen der letzten Jahre im Land Brandenburg umgesetzt und neuen Anforderungen an die Organisation der Gefahrenabwehr Rechnung getragen.

Die Feuerwehren des Landkreises wurden mit Stand 31.12.2004 zu 349 Bränden und 727 technischen Hilfeleistungen gerufen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres mussten damit 289 Brände weniger bekämpft und 100 Mal weniger zur technischen Hilfeleistung ausgerückt werden.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden im Ausbildungsjahr 2004 in 20 Lehrgängen 388 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger sowie Grundtätigkeiten Technische Hilfe ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsbeteiligung von 97 % erreicht werden. Die Atemschutzübungsstrecke im Feuerwehrtechnischen Zentrum nutzten 682 Kameradinnen und Kameraden.

Die Brandschutzeinheit des Landkreises hat im Februar 2004 eine zentrale Führungsausbildung durchgeführt. In den Mannschaften fand die Ausbildung auf der Ebene der Züge statt.

Zur weiteren Qualifizierung der Führung vor Ort durch technische Einsatzleitungen bei regionalen Schadenslagen, Großschadenslagen und im Katastrophenschutz wurden im Jahre 2004 drei regionale Führungsgruppen gebildet. Gegenwärtig qualifizieren sich 25 Kameraden aus den verschiedensten Feuerwehren als Führungskräfte und 28 Kameraden als Informations- und Kommunikationskräfte. Die Ausbildung erfolgt unter intensiver Nutzung des im Jahre 2003 beschafften Führungsfahrzeuges des Landkreises.

Der Sachbereich Brandschutz organisierte 16 Ausbildungsmaßnahmen mit einem Gesamtstundenvolumen von 100 Stunden. Die Freiwillige Feuerwehr Großbeeren wurde mit der Ausbildung einer Gruppe Dekontamination von Personen beauftragt. Dazu erfolgte die Übergabe des vom Bund bereitgestellten Spezialfahrzeuges.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises erhielt traditionell auch im Jahre 2004 anlässlich seines 10-jährigen Bestehens sowie bei der Ausrichtung der Kreismeisterschaften der Jugendfeuerwehren in Ludwigsfelde Unterstützung. Aus 18 Feuerwehren des Landkreises nahmen 26 Jugend- und Kindermannschaften an den Wettkämpfen teil.

Durch den Kreisbrandmeister und dem Verband der Feuerwehren des Landkreises wurden Anfang 2004 erste Kontakte zu Feuerwehren des Partnerkreises Gniezno geknüpft.

Das Feuerwehrtechnische Zentrum hat im Jahre 2004 folgende kostenfreie Wartungs- und Prüfarbeiten für die Feuerwehren des Landkreises durchgeführt:

<u>Anzahl</u>	<u>Geräte / Ausrüstung</u>
976	Pressluftatmer
1884	Atemschutzmasken
26	Chemikalienschutzanzüge
280	Pressluftflaschen
2023	Druckschläuche
42	Tragkraftspritzen

Die Ausbildung der Führungskräfte des Katastrophenschutzstabes des Landkreises Teltow-Fläming wurde im Jahre 2004 weitergeführt. Im Zusammenhang mit der Erstellung des kreislichen Einsatzplanes für Tierseuchen konnten die geplanten Handlungsabläufe auf

Landkreisebene sowie vor Ort bei einer Komplexübung am 13. November 2004 überprüft werden. Neben Führungsabläufen zwischen den beteiligten Behörden und Einrichtungen wurden unter Einbeziehung der Stadt Jüterbog und seiner Feuerwehr sowie dem THW-Ortsverband Luckenwalde praktische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Sperrgebieten erprobt.

Im März konnte den Amts-, Gemeinde- und Stadtbrandmeistern ein Kartenwerk Brandbekämpfung auf Militärbrachen übergeben werden. Damit arbeiten alle Ebenen im System der Gefahrenabwehr des Landkreises mit einem einheitlichen Kartenwerk.

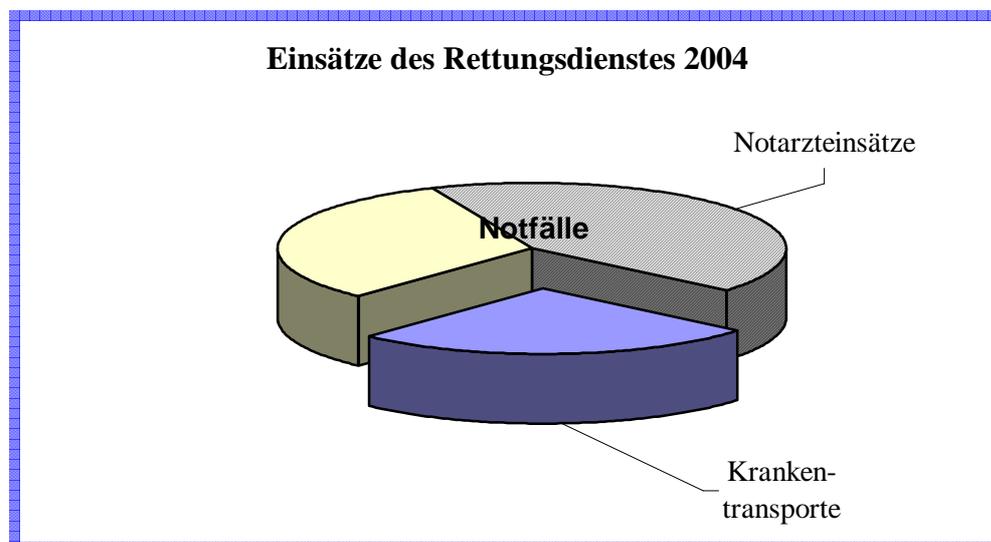
Rettungsdienst

Der Rettungsdienst wurde 2004 durch den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises abgesichert.

Zum 1. Januar 2004 sind im Rahmen der Gesundheitsreform Änderungen zur Verordnung von Krankentransportleistungen in Kraft getreten, die insbesondere auf die Erbringung von Leistungen des qualifizierten Krankentransportes durch den Rettungsdienst nachhaltige Auswirkungen haben.

Daneben musste der Rettungsdienst auf die Auswirkungen der Strukturveränderungen beim Johanniter Krankenhaus Jüterbog für die notärztliche Sicherstellung im Rahmen des Rettungsdienstes reagieren. So konnte unkompliziert das DRK Krankenhaus Luckenwalde gewonnen werden, ab März 2004 die Vorhaltung von Notärzten zu übernehmen, nachdem das Johanniter Krankenhaus Jüterbog im Rahmen seiner Umstrukturierung keine Notärzte mehr bereitstellen konnte.

Im Jahre 2004 war gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Neuregelungen zur Verordnung von Krankenförderungen bzw. der Kostenübernahme von Krankentransporten ein deutlich geringeres Einsatzaufkommen zu bewältigen. Gegenüber 2003 fielen 10 % weniger qualifizierte Krankentransporte an. Der durchschnittliche werktägliche Bedarf sank von 12,9 auf 11 Krankentransporte. Die Anzahl der Krankentransportleistungen umfasste 3.830 Einsätze. Der Rettungsdienst führte 10.960 Notfalleinsätze im Jahr 2004 durch, bei denen in 6.300 Fällen ein Notarzt zum Einsatz kam.



Zur Gewährleistung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes sind im Jahr 2004 Ersatzbeschaffungen - ein Rettungswagen und ein Notarzteinsatzfahrzeug - mit einem Gesamtwert von Euro 130.000 realisiert worden.

Umfangreiche Umbauarbeiten wurde in der Rettungswache Mahlow durchgeführt. Am 26. November 2004 erfolgte im Rahmen einer kleinen Feierstunde die offizielle Einweihung. Damit haben sich die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter dieser DRK-Rettungswache erheblich verbessert. An dieser Stelle ist insbesondere der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow zu danken, die es ermöglichte, während der Baumaßnahmen den Einsatz der Rettungskräfte von der Feuerwache Dahlewitz standortnah sicherzustellen.

Die neue Leitstelle des Landkreises hat auch im Jahre 2004 ihre Aufgaben erfüllt. Im Rahmen von Arbeitsbesuchen wurde ihre Arbeitsweise Gästen des Partnerkreises Gniezno sowie Delegationen, insbesondere des Roten Kreuzes der Volksrepublik China, erläutert.

Straßenverkehrsamt

Im Jahr 2004 verzeichnete das Straßenverkehrsamt eine Zunahme des Fahrzeugbestandes im Landkreis Teltow-Fläming von 127.269 auf 129.930 (2,09 %).

Dagegen vollzog sich der weitere Umtausch der "alten" Führerscheine in den EU-Kartenscheine sehr verhalten. Es ist ein weiterer Rückgang der Umtauschwilligen zu verzeichnen, trotzdem ist bisher ein Pflichtumtausch durch den Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Die Arbeit im interkommunalen Vergleichsring der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstellen wurde 2004 weiter fortgeführt. In Auswertung des Abschlussberichtes wird unter Leitung des Straßenverkehrsamtes ein Maßnahmenplan erarbeitet, der Möglichkeiten zur Steigerung der Effektivität der Arbeit aufzeigen soll.

Ein Nebeneffekt der Vergleichsarbeit war der direkte Erfahrungsaustausch, wodurch unter anderem durch Vergleich der Kosten für Zulassungsplaketten und daraus resultierenden Verhandlungen mit den Anbietern im Landkreis Teltow-Fläming Einsparungen erzielt werden konnten.

Andere Vergleiche betrafen z. B. die technische Ausstattung und sich daraus ergebende Möglichkeiten der Einnahmenerhöhung (z. B. Reservierung und Zuteilung von Wunschkennzeichen über Internet).

Positiv zu vermelden ist, dass es 2004 weniger Tote und Verletzte auf den Straßen unseres Landkreises als in den Vorjahren gab! Mit angekündigten und nicht angekündigten Geschwindigkeitsmessungen leistete das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten auch 2004 seinen Beitrag zur Kontrolle der konsequenten Einhaltung von Verkehrsvorschriften.

Statistisch gesehen wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit 2004 an 75 Messstellen, davon neun mit fest installierten Anlagen, überwacht. Im Vorjahr wurde an 71 Stellen gemessen. 66 % aller von der Kreisverwaltung Teltow-Fläming eingerichteten Messstellen

dienten 2004 der Schul- und Spielwegsicherung. 13 % der mobilen Standorte befinden sich an Unfallschwerpunkten, -häufungslinien und -stellen, 16 % an Stellen mit besonderer Gefährdung und 5 % dienen der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (Altenheim, Krankenhaus u. a.).

Auf Vorschlag der Mitglieder der Verkehrsunfallkommission wurden insbesondere Standorte für mobile Geschwindigkeitsmessungen neu eingerichtet, so u.a. zur Schul- und Spielwegsicherung in Werben, Thyrow, Nunsdorf, Mahlow und Märkisch Wilmersdorf sowie an der B 96 (Unfallhäufungsstelle) am Südring-Center Groß Machnow.

Demgegenüber wurden Standorte auf Grund von baulichen Veränderungen (z. B. Kolzenburger Kurve) bzw. Änderung der Schutzbedürftigkeit (Schließung von Einrichtungen) ersatzlos aufgegeben oder durch Änderung der Zuständigkeit an die Stadt Ludwigsfelde übergeben (Groß Schulzendorf).

Bei der "stationären" Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Steigerung der Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren um 663 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (12/03 = 18.980 und 12/04 = 19.643). Dabei hat sich die Anzahl der Bußgeldverfahren gegenüber dem Vorjahr von 2.309 auf 2.579 im Berichtszeitraum erhöht (+ 11,7 %). Die Verwarnungsgeldfälle erhöhten sich von 15.954 im Vorjahr auf 16.319 (+ 2,3 %). Insgesamt wurde bei 17 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren (schließt Bußgeld aus Verwarnungsgeld ein) und in 83 % der Fälle ein Verwarnungsgeldverfahren eingeleitet.

Bedingt durch erhöhte Verschleißerscheinungen und Reparaturmaßnahmen mussten 266 Ausfalltage an den stationären Anlagen registriert werden. Kameraausfälle wegen Schäden oder Defekten gab es keine.

Bei der "mobilen" Überwachung liegt der Anteil der Bußgeldverfahren mit 841 Fällen bei 13 % (Vorjahr: 636 = 13 %). Das mobile Messfahrzeug war wegen Reparatur- bzw. Wartungszeiten, Personalausfalls usw. im Berichtsjahr an 26 Tagen nicht im Einsatz (2003 an 16 Tagen). Es wurde im Jahr 2004 zu 89 % ausgelastet (2003 zu 93 %).

Im Jahr 2004 mussten insgesamt 343 Fahrverbote ausgesprochen werden (Vorjahr 301). Die Anzahl der im Berichtsjahr eingelegten Einsprüche ist gegenüber der Gesamtanzahl der Verfahren gestiegen.

Von 2.838.882 Fahrzeugen, welche die stationären und mobilen Messstellen insgesamt passierten, überschritten 25.407 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,9 %). 74,5 % aller Überschreitungen wurden von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises festgestellt. Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden an der Messstelle in Altes Lager in Richtung Treuenbrietzen registriert. Der Hauptanteil der Überschreitungen erfolgte im Bereich einer Geschwindigkeitsüberschreitung von unter 20 km/h.

Ein Fahrzeugführer mit einer Überschreitung von 79 km/h (129 km/h bei zugelassenen 50 km/h) hält für 2004 den unrühmlichen Spitzenplatz. Dabei wurde der Toleranzabzug von 3 km/h bereits berücksichtigt. Die Geschwindigkeitsüberschreitung erfolgte am Standort in Dabendorf in Richtung Groß Machnow.

Reduziert hat sich die Bearbeitung der reinen, allgemeinen Verkehrsordnungswidrigkeiten. Während im Jahre 2003 insgesamt 281 Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt und bearbeitet wurden, waren es im Berichtszeitraum 198. Davon entfallen u. a. auf Baustellenordnungswidrigkeiten eine, auf Handyverstöße zwei, auf Überschreitung der Hauptuntersuchung 166 und neun auf Verletzungen der Gurtanlegepflicht.

Im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsverstößen wurden weitere 92 Handyverstöße und 355 Fälle, in denen gegen die Gurtanlegepflicht verstoßen wurde, festgestellt und geahndet.

Mit der Einführung neuer Bildtechnik im Jahre 2003 konnte der Arbeitsablauf bei der Erstfassung komplexer gestaltet werden. Die manuelle Filmbühne wird weiterhin genutzt, muss aber nur noch selten zur Filmeingabe und zum Ausdruck von Beweismaterial benutzt werden. Der dafür eingesparte Zeitanteil konnte nunmehr für die Einführung des Schichtbetriebs genutzt werden. Die Anzahl der Fälle für die mobile Bearbeitung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.473 erhöht.

Im April, September und Oktober 2004 unterstützten die Mitarbeiter der Kreisverwaltung mit dem Radarwagen die Polizei in gemeinsamen Aktionen bei der Kontrolle der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit an Schul- und Spielwegen. Schwerpunktmäßig wurden Bundesstraßen kontrolliert.

Seit dem 2. Halbjahr können einfache Auskünfte aus dem Melderegister Berlin per Intranet angefordert und abgefragt werden. Die abgefragten Daten stehen innerhalb des nächsten Arbeitstages bereits zur Verfügung, was eine Verkürzung der Bearbeitungszeit von vier bis sechs Wochen bedeutet. Weitere Verbesserungen gab es für aktuelle Intranetauskünfte gegenüber den Meldebehörden, die mit der GKD Paderborn vernetzt sind. Die Städte Baruth/Mark, Ludwigsfelde und Zossen sowie die Gemeinden Am Mellensee, Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf haben uns ihre Zustimmung auf ein Sichtrecht auf die aktuellen Meldedaten erteilt. Ein Zeitvorteil, der sich für beide Seiten positiv auswirkt. Das ursprünglich genutzte Programm lief aus.

Ende September/Anfang Oktober 2004 konnten die Massenformulare auf Kopfbögen umgestellt werden, so dass nunmehr alle gesetzlichen Änderungen im Textteil von unserem Hause allein und kostenfrei durchgeführt werden können. Ein Gewinn für Flexibilität und Haushaltsentlastung. Weiterhin erhält die Presse regelmäßig einen Auszug aus dem Einsatzplan für die Veröffentlichungen.

Das Aufgabengebiet des Sachgebietes Verkehrssicherheit und –lenkung des Straßenverkehrsamtes umfasst die Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung. Wie in den Vorjahren praktiziert, werden verschiedene Bearbeitungsvorgänge der Jahre 2003 und 2004 statistisch gegenübergestellt.

Eine besondere Herausforderung bleiben wie in den Vorjahren die Bauarbeiten auf Bundes- und Landesstraßen, bei denen die wirtschaftlich angespannte Situation teilweise zu spüren war. Gab es zum einen Bauunterbrechungen wegen in Insolvenz geratener Firmen, kam es andererseits auch zu Bauverzögerungen aufgrund von Lieferproblemen (Stahlkrise). Kritikwürdig ist nach wie vor die nicht plausibel zu erklärende Dauer von Bauzeiten, die vergleichsweise zu früheren Bauabläufen drastisch gestiegen ist.

In der höchsten Priorität bleiben der Bau der B 101n und der Ausbau der B 96. Weiterhin sind der Ausbau der Verbindung zwischen Teltow und Schönefeld (L 76) und die Straßenbaumaßnahmen in Mahlow, Groß Machnow, Trebbin, Baruth/Mark sowie im Luckenwalder Bereich zu den Schwerpunkten im Baustellengeschehen zu zählen. Als eine große Entlastung wird die Freigabe der Anschlüsse an die B 101n im Bereich Großbeeren gesehen, weil in den vorangegangenen Monaten die sich je nach Baufortschritt ändernden provisorischen Führungen in der Öffentlichkeit auf Unverständnis gestoßen waren.

Zum Unfallgeschehen wurden der kreislichen Unfallkommission vier neu eröffnete Unfallhäufungsstellen (UHS) übergeben. Von den 29 noch in Bearbeitung befindlichen UHS konnten bisher vier geschlossen werden.

Besonderes Augenmerk lag dieses Mal auf den Bereichen, in denen sich auffällig viele Unfälle unter Beteiligung von Wild ereigneten. Hier hat sich eine Häufung im Bereich zwischen Dahlewitz und Brusendorf herausgebildet. Seit dem Frühjahr untersucht eine Arbeitsgruppe "Wildunfälle" Möglichkeiten, die teilweise drastische Entwicklung des Unfallgeschehens zurückzudrängen.

Ein weiterer komplexer Aufgabenbereich ist der Schutz der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Verkehrsraum auf Grundlage des § 45 StVO, die durch Prüfung, Genehmigung durch Anordnung oder Ablehnung erfolgt. Da in diesem Jahr die Straßenverkehrsbehörden besonders angehalten waren, den "Schilderwald" weiter zu lichten, wurden Aktionen im Rahmen von Verkehrsschauen in den Städten Ludwigsfelde und Luckenwalde genutzt, einen Schritt in diese Richtung zu setzen. Von 480 in Ludwigsfelde überprüften Verkehrszeichen konnten 98 entfernt werden. In Luckenwalde waren es 69 von 400 Verkehrszeichen.

Der Erlass zur Bewilligung von Parkerleichterungen für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen im Land Brandenburg wurde in diesem Jahr hinsichtlich des begünstigten Personenkreises und Geltungsbereiches erweitert (Berlin anerkennt die für das Land Brandenburg erteilten Ausnahmegenehmigungen). Im Vergleich zum Jahr 2003, in dem insgesamt 31 Personen eine Ausnahmegenehmigung für das Land Brandenburg in Anspruch nehmen durften, waren es zum Jahresende 2004 insgesamt 39 Personen.

Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 2004

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004
Fahrzeugbestand gesamt	127.269	129.930
davon Kräder	6.840	7.133
Pkw	93.105	95.046
Lkw	8.528	8.581
Zugmaschinen	2.549	2.609
sonstige Kfz	1.147	1.182
Kfz-Anhänger	14.930	15.212
KOM	170	167

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen (FE)	4.487	3.553
Umstellung auf EU-Führerschein	3.195	1.544
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	436	499
Versagung/Verzicht der FE gesamt	743	774
davon einer Neubeantragung nach Entzug	255	61
davon einer Erstbeantragung	488	549
Internationaler Führerschein	448	349
FE zur Fahrgastbeförderung	95	204
FE-Entziehungen gesamt	467	389
davon durch Gericht	383	327
davon durch FE-Behörde	84	62
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
- Verwarnungen	401	421
- Anordnung Aufbauseminar	63	55
- Entzüge	26	28
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar	206	263
- Verwarnungen	54	62
- Entzüge	14	15
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	41	33
davon erteilte Ausnahmen	20	4
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	47	47
Anzahl der Fahrlehrer	157	170
Anzahl der überprüften Fahrschulen	18	20
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	65	65
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	126	130

3. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.106	3.562
davon		
- stationär	2.309	2.579
- mobil	636	841
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	161	142
eingeleitete Verwargeldverfahren	20.474	22.043
davon		
- stationär	15.954	16.319
- mobil	4.400	5.668
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	120	56
Bußgeldverfahren aus Verwargeldverfügungen	907	1.008
davon		
- stationär	717	745
- mobil	190	263
Gesamtanzahl Verfahren	24.487	26.613

4. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2004
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	372	232
- Straßenbauvorbereitung BSBA	150	293
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO	157	171
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	695	468
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	2.163	2.283
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs- regelungen gem. § 45 StVO	169	185
Anträge Lichtzeichenanlagen ((LZA) und Fußgängerüberwege	8	7
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	19	19
- Fußgänger-LZA	37	36
- Knotenpunkt-LZA	48	49
- Fußgängerüberwegen	15	15
Verkehrsschauen	12	13

1. Tierseuchenbekämpfung/Tierschutz/Tierarzneimittel

Tierseuchenalarmplan

Der Tierseuchenalarmplan wurde mit hohem Zeitaufwand völlig neu bearbeitet bzw. vorhandene Datensätze wurden aktualisiert. Es liegt nun eine Arbeitsgrundlage zur stabsmäßigen Bekämpfung speziell der sehr gefährlichen Tierseuchen, wie Geflügelpest, Schweinepest und zum Teil MKS vor. Unterstützung erhielt das Amt durch die Mitarbeiter des Katastrophenschutz-Stabes. Neben der zukünftig kontinuierlichen Erweiterung der theoretischen Bekämpfungsstrategien gilt es in den nächsten Jahren, die materielle Basis für Bekämpfungsmaßnahmen zu schaffen.

Bekämpfung ausgewählter Rinderkrankheiten

Es wurden den gesetzlichen Vorgaben entsprechende serologische Untersuchungen der über 24 Monate alten Jungrinder und Kühe auf die Freiheit der enzootischen Rinderleukose und Brucellose der Rinder durchgeführt. Die Rinderbestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose und Brucellose der Rinder.

Die Richtlinie zur Bekämpfung der BHV1-Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996, ab Dezember 1997 ist eine Verordnung des Bundes in Kraft. Von der Tierseuchenkasse werden zur Zeit die Kosten für die Betriebe weitgehend getragen. Frei von BHV 1 sind per 31. Dezember 2004 94 Bestände. 52 Rinderbestände haben den Status eines Sanierungsbestandes. Von diesen 146 Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV 1 aus. Ab 2004 gibt es die Möglichkeit, die BHV1-Reagenten in der zentralen Rinderdatenbank (HIT) zu erfassen. Diese Maßnahme ermöglicht einen genaueren, zeitgleichen Überblick über die BHV1-Situation im Landkreis.

Die Bekämpfung der BVD/MD erfolgt im Land Brandenburg auf freiwilliger Basis auf der Grundlage einer Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) vom Oktober 2000. Die dabei entstehenden Kosten sind von den Betrieben selbst zu tragen und unterliegen keiner staatlichen Förderung. Aus diesem Grunde ist die Beteiligung sehr gering. Deshalb ist es bei der Bekämpfung der BVD/MD erforderlich, von Seiten des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (VLÜA) verstärkt beratend tätig zu werden. Im Jahre 2005 soll eine Bundesverordnung die Bekämpfung der BVD/MD für alle Rinderhalter verbindlich regeln.

Immer wieder treten in den Rinderbeständen Salmonellen auf. Die Ursachen sind in der Regel nicht zu klären. Beginnend im Jahre 2003 trat eine Salmonellose im Kälberbestand einer Milchviehanlage (Nonnendorf) mit größeren wirtschaftlichen Verlusten auf. Nach anfänglichen Schwierigkeiten führte die Bekämpfungsstrategie nach Beratungen zwischen Betrieb, Hoftierarzt, VLÜA und dem Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVL) Laborbereich Potsdam bei der Durchführung der festgelegten Maßnahmen zum Ziel.

BSE/TSE

Der Verdacht der BSE bei einer Kuh aus der Milchviehanlage Blankenfelde erforderte umfangreiche Maßnahmen. Der Verdacht bestätigte sich nicht, zeigte aber die Schwierigkeiten bei der Durchführung von Bekämpfungsmaßnahmen. So fehlen entsprechende Geräte zur Tötung der Rinder sowohl im Landkreis als auch im Land. Aufgrund der Haushaltslage sind Investitionen nicht möglich, so dass dieses Problem über Jahre bestehen bleibt und bei größeren Tierseuchen katastrophale Folgen haben kann.

Im Jahr 2004 waren nach Vorgaben des MLUR im Landkreis 397 Proben von über 18 Monate alten geschlachteten Schafen zu entnehmen und zur Untersuchung auf TSE einzuschicken.

Kontrollen entsprechend Schweinehaltungshygieneverordnung

Im Jahr 2004 wurden 31 Betriebe mit insgesamt 33 Beständen nach der Schweinehaltungshygiene-Verordnung (SchHaltHygV) kontrolliert. Es traten keine nennenswerten Probleme auf.

Aujeszkysche Krankheit (AK)

Es wurden serologische Untersuchungen der Zucht- und Mastschweine in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von AK.

Tollwut

Im Landkreis Teltow-Fläming wurde seit 1994 keine Tollwut bei Füchsen u.a. Tieren festgestellt. Ab Frühjahr 1998 ist die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt worden. Der Landkreis gilt seit 1. Januar 2000 als tollwutfreies Gebiet. Aber weiterhin sind flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich, um diesen Status zu erhalten. Bis zum 31. Dezember 2004 wurden 170 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das LVL Laborbereich Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut.

Auch andere Haus- und Wildtiere können über das VLÜA zur Untersuchung auf Tollwut ins Landeslabor Frankfurt/Oder eingesandt werden. Im Jahr 2004 waren dies drei Rehe, ein Marder, ein Stück Rotwild, ein Wildschwein, ein Trauerschwan, eine Breitflügelfledermaus, ein Huhn, eine Ratte, zwei Tauben, ein Schwarzköpfchen und ein Wellensittich. Auch diese Untersuchungen wurden mit negativem Befund abgeschlossen.

Immer wieder kommen zahlreiche Anfragen zur Tollwut aus allen Kreisen der Bevölkerung. Das VLÜA ist stets Ansprechpartner für diese Fragen und gibt aktuelle Hinweise speziell auch über Gefahren und Gefährdungen im Reiseverkehr über das Internet.

Bienenseuche - Amerikanische Faulbrut (AFB)

Im Rahmen des Faulbrutmonitorings im Land Brandenburg wurden im Landkreis in den Gebieten von Blankenfelde, Dahme/Mark, Jüterbog und Zossen 134 Bestände mit negativem Ergebnis beprobt. Die Gemarkung Schöna-Kolpien befindet sich weiterhin im AFB-Sperrgebiet um Lebusa (Landkreis Elbe-Elster). Betroffen ist hierdurch ein Imker mit fünf Völkern.

Fischseuchen und -haltung

Zwei im Landkreis befindliche Aquakulturanlagen wurden ohne Beanstandungen kontrolliert. Die dritte Anlage (2003 kontrolliert) ist vom Betreiber (Kreislaufanlage in Klausdorf) wegen Unwirtschaftlichkeit aufgegeben worden.

Kontrolle der Tierkörperbeseitigung und der Speiseresteverwertung

Aufgrund der bis 2007 geltenden Ausnahmeregelung für Deutschland unterliegen sämtliche Speisereste, die zur Verfütterung an Schweine eingesammelt werden, der

Entsorgungspflicht durch ein zugelassenes Sammelunternehmen und Transport zu einer zugelassenen Erhitzungsanlage, wie z. B. die Anlage in Klein Eichholz (Landkreis Dahme-Spreewald). Dazu wurden im Jahr 2004 drei Unternehmen zum Einsammeln von Speiseresten und ein Unternehmen zum Verfüttern von Speiseresten durch den Landkreis zugelassen. Eine große Gefahr hinsichtlich der Einschleppung der Schweinepest stellt aber nach wie vor die Verfütterung von nicht ordnungsgemäß erhitzten Speiseresten und Küchenabfällen dar. Die Anlage in Markendorf im Landkreis entsorgt aus wirtschaftlichen Gründen keine Speisereste mehr.

Kontrolle Milchbetriebe (entsprechend Milchverordnung)

In den 36 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden 40 Kontrollen durchgeführt. Aufgrund von Problemen in der Eutergesundheit wurde in vier Betrieben eine beratende Tätigkeit gemeinsam mit dem Eutergesundheitsdienst des LVL durchgeföhrt.

Kontrolle der Rinderkennzeichnung

Auf Grund der Vorgaben der Risikoanalyse sind fünf Betriebe zu kontrollieren. Die Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in diesen Rinderbeständen des Landkreises ergaben keine größeren Mängel. Beanstandung wurden in einem weiteren Betrieb (Friedrich) festgestellt, dieser wurde erneut überprüft.

Tiertransporte

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 266 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt. Diese umfassten insgesamt 7.838 Tiere, davon ca. 6.100 Kälber.

Im Landkreis wurde eine neue Sammelstelle für Rinder zugelassen, die vor allem Tiere für den Export nach Algerien aufkauft und für den Transport vorbereitet. Neben der regelmäßigen Einstellungskontrolle erfordert dies einen erhöhten Arbeitsaufwand für die Ausstellung der Gesundheitsbescheinigungen, die auch außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit und auf Zuruf durch den Tierhändler in Zusammenarbeit mit den Zolldienststellen durchgeföhrt wird.

Erhebliche Probleme hatte das VLÜA mit der Kontrolle eines Tierbestandes mit Rindern polnischer Herkunft, die ohne ordnungsgemäß ausgefüllte Gesundheitsbescheinigungen und teilweise ohne entsprechende Kennzeichnung angeliefert wurden.

Auf die permanenten Gefahren der Einschleppung von Tierseuchen durch unkontrollierten Tierhandel wurde durch die Amtsleiterin sowohl in den öffentlichen Medien als auch auf der Ausschusssitzung für Landwirtschaft und Umwelt nachdrücklich hingewiesen.

2. Tierschutz/Tierarzneimittelüberwachung

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 2004

11	Zoohandlungen,
14	Tierheime,
55	Sittichhaltungen,
28	Pferdehaltungen (Reit- und Fahrbetriebe),
46	Nutztierhaltungen / Rinderhaltungen /Bestände und
3	gastierende Zirkusunternehmen
117	Tiertransporte

kontrolliert bzw. überprüft.

Insgesamt gingen 120 Tierschutzanzeigen im VLÜA ein, davon

86	Tierschutzanzeigen Hund und Katze
30	Tierschutzanzeigen Nutztiere
17	Tierschutzanzeigen sonstige Tiere

Zwei Tierhalteverbote wurden ausgesprochen; dabei musste ein Nutztierbestand aufgelöst werden. Drei Anzeigen wurden an die Staatsanwaltschaft und zwei Ordnungswidrigkeitsverfahren zum Amtsgericht weitergeleitet.

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten 49 Überprüfungen der Tierarzneimittelbestände. Probleme bei unsachgemäßer Lagerung wurden vor Ort abgestellt. Zunehmend erfolgen solche Überprüfungen auch im Zusammenhang mit dem Nachweis positiver Rückstandsbeefunde bei Schlachttieren. So traten erstmals auch Verstöße gegen die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Wartefrist nach Tierarzneimittleinsatz auf, die nicht toleriert werden können.

Im Berichtsjahr wurden 21 tierärztliche Hausapotheken ohne Beanstandungen kontrolliert.

Aufgrund der Umstellung der verwendeten Software im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt waren umfangreiche Arbeiten im Bereich Datenaktualisierung und zahlreiche Schulungen der Mitarbeiter durch das Land Brandenburg erforderlich.

3. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.642 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte zu kontrollieren. Besondere Bedeutung haben die im Raum Ludwigsfelde/Großbeeren angesiedelten Zentrallager großer Lebensmittelketten sowie einige Produzenten mit überregionalem Vertrieb.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des MLUR des Landes Brandenburg, den Festlegungen der Fleischhygiene-VO sowie der betriebspezifischen Risikoeinschätzung wurden im Jahr 2004 3.641 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte der Lebensmittelüberwachung waren Fleischereifilialen, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier - sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten - wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt und zu deren Durchsetzung Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 6.508,48 € erhoben.

Im Berichtszeitraum wurden nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel 874 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel,

Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion entnommen. Außerdem wurden 84 Verdachts-, Verfolgs-, Beschwerde- und Monitoringproben gezogen. Im Rahmen des Koordinierten Überwachungsprogrammes (KÜP) erfolgten im REWE-Lager Großbeeren 20 Probenahmen mit insgesamt 40 Proben Obst und Gemüse. Von diesen Proben wurden insgesamt 103 durch das Landeslabor Brandenburg beanstandet. Beanstandungsgründe waren überwiegend fehlerhafte Kennzeichnung und mikrobiologische Mängel.

Im Zusammenhang mit zehn Erkrankungsgeschehen mit über drei erkrankten Personen wurden Betriebskontrollen und bakteriologische Untersuchungen durchgeführt.

Bauanträge von 59 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs wurden aus der Zuständigkeit des Sachgebietes beurteilt.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel wurden im Berichtszeitraum 1.013 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts vorgenommen. Schwerpunkte sind hierbei Wochenmärkte, Einzelhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei mussten 19 gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 574 € wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse, Geflügel und Eiern) ausgesprochen werden.

Infolge der Übertragung der Zuständigkeit für die Kontrolle der Rindfleischetikettierung auf das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wurden im Jahr 2004 diesbezüglich 34 Kontrollen durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Kontrolle der Nahrungsergänzungsmittel war das Sachgebiet Verbraucherschutz 16 Mal tätig.

Aufgrund der rechtlich vorgeschriebenen Vorführpflicht für Haselnüsse aus der Türkei wegen erhöhter Aflatoxingehalte wurden in Zusammenarbeit mit den Zollbehörden insgesamt 209 Zertifikate ausgestellt. Insgesamt 21 Sendungen von Haselnüssen wurden beprobt und im LLB untersucht. Drei Sendungen wurden aufgrund von Höchstmengenüberschreitungen der Aflatoxingehalte als nicht einfuhrfähig beurteilt.

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Vollzug fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften des Landkreises Teltow-Fläming wurde am 29.09.2003 durch den Kreistag verabschiedet. Mitte des Jahres 2004 erfolgte seitens des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes eine Überprüfung der Kalkulation der Satzung. Eine Kostendeckung konnte für 2004 nachgewiesen werden.

In einem zugelassenen Zerlege- und zwei Verarbeitungsbetrieben erfolgte die Überwachung durch Tierärzte des VLÜA Teltow-Fläming. Die Fleischuntersuchung wird durch Tierärzte des Amtes in einem registrierten Haarwild-Bearbeitungsbetrieb vorgenommen. Hier wurden 632 Stück Schalenwild amtlich untersucht.

In einem zugelassenen und registrierten Schlachtbetrieb sowie in zwei zugelassenen Verarbeitungsbetrieben wird die Hygieneüberwachung durch Tierärzte des VLÜA sichergestellt. Hinzu kommt die Untersuchung von 4.592 Trichinenproben im Labor des Amtes.

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in den Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 307 Proben entnommen und zur Untersuchung eingeschickt. Davon mussten zwei Proben beanstandet werden.

Im Zusammenhang mit der BSE-Diagnostik wurden im Berichtszeitraum durch Tierärzte des VLÜA und in der Fleischschau angestellte Tierärzte insgesamt 107 Hirnstammproben von

über 24 Monate alten Rindern entnommen und mit negativem Ergebnis im Landeslabor Brandenburg – Laborbereich Frankfurt/Oder untersucht.

Bei der vorgeschriebenen stichprobenweisen TSE-Untersuchung bei Schafen wurden durch Tierärzte des VLÜA in drei Schafschlachtbetrieben 280 Proben entnommen und mit ebenfalls negativem Ergebnis im Landeslabor Brandenburg – Laborbereich Frankfurt/Oder untersucht.

Gegenüberstellung Tätigkeit des SG Verbraucherschutz 2004 im Vergleich zu 2003

(Stand per 31.12.2004)

Kontrollobjekte		Kontrollen insgesamt		Probennahme				Verwarngeld, geführt. NK, Bußgeld insgesamt in €		Fleisch- und Wildunter- suchungen	
				insgesamt		davon Planproben insgesamt					
2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
1.675	1.642	4.054	4.704	916	1.019	781	874	7.014,40	7.082,48	3.874	4.592

4. Ausbildung

Das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt engagiert sich zunehmend in der Ausbildung junger Menschen. So beendete ein Lebensmittelkontrolleur erfolgreich seine zweijährige Ausbildungszeit und wird zukünftig das Amt im Sachgebiet Verbraucherschutz verstärken.

Durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung Brandenburg ist das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt seit 2003 als Ausbildungsstätte für das Lebensmittelhygienepraktikum gemäß Tierärztlicher Approbationsordnung gegenüber den Universitäten benannt. Acht Tiermedizinstudenten absolvierten ein mehrwöchiges Praktikum im Bereich Verbraucherschutz. Im Tierschutz fand ein Schüler der 9. Klasse einen Schülerpraktikantenplatz. Derzeit ist eine Auszubildende der Kreisverwaltung in allen Sachgebieten unterstützend und lernend tätig.

Anfängliche Vorbehalte ob dieser zusätzlichen Belastungen sind mittlerweile einem Interesse an der Wissensvermittlung und positiver Bestätigung der eigenen Tätigkeit gewichen. Alle Auszubildenden äußerten sich bislang positiv über die freundliche Art der Wissensvermittlung und gaben an, ihre Vorstellung von der Tätigkeit im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt korrigieren zu müssen. Dies zeigt uns, dass auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit noch sehr viel zu tun ist.

Umweltamt

Eine externe Organisationsuntersuchung im Umweltamt im Zeitraum 1996/97 sah in den Abschlussdokumenten eine Überprüfung der Umsetzung der Festlegungen für 2003 vor. Diese Kontrolle wurde einschließlich einer Aktualisierung zur Organisation des Amtes im Mai 2004 mit einem Beschluss der Beigeordneten beim Landrat abgeschlossen. Controlling-Instrumente werden nun vorrangig auf der Ebene der Aufgabengruppen in den Sachgebieten weiterentwickelt.

Unter Federführung der Unteren Bodenschutz- und Abfallbehörde wurde die Dienstordnung zum Betreten der Truppenübungsplätze gemäß den aktuellen Bedingungen überarbeitet und auf alle kontaminierten Bereiche im Landkreis erweitert. Der für die Kreisverwaltung bestellte Gefahrgutbeauftragte hat im Juni 2004 dem Landrat den ersten Gefahrgutjahresbericht vorgelegt.

Für den neuen Internetauftritt des Landkreises wurde intensiv an den hierdurch möglichen Serviceleistungen der einzelnen Sachgebiete gegenüber Bürgern und Unternehmen gearbeitet. Insbesondere die bewährte und in der Öffentlichkeit viel genutzte Bereitstellung von Merkblättern und Formularen zu vielfältigen Themen und Genehmigungstatbeständen wurde aktualisiert und weiterentwickelt.

➤ Amtsleiterbereich

In Ergänzung zur Dienstweisung zum Betreten kontaminierter Bereiche wurde speziell zu den ehemaligen Truppenübungsplätzen eine Detailkarte der Gefährdungen für den Einsatz der Feuerwehren erarbeitet und zur Anwendung dem Ordnungsamt (Brand- und Katastrophenschutz) übergeben.

Aus Anlass des Umwelttages 2004 organisierte das Umweltamt im Juli des Jahres eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Was können und sollen Gewässerunterhaltungsverbände leisten?“. In zwei Vorträgen der Referenten vom Landeswasserverbandstag Brandenburg e.V. (Herr Pencereci) sowie vom Boden- und Wasserverband „Dahme–Notte“ (Herr Woitke) wurden aktuelle Probleme diskutiert.

➤ Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB)

Aufgabengruppe Deponien/Altablagerungen

Die abschließende Sicherung einschließlich der Durchführung von Nachsorgemaßnahmen auf Deponien und Altablagerungen insbesondere zum Schutz von Boden und Grundwasser im Landkreis stellte eine zentrale Aufgabe der UABB dar. Hervorzuheben ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der BBG zur "Paketlösung Sicherung Rekultivierung von Deponien".

Dem gegenüber konnte die bislang erfolgreiche Monitoringmaßnahme "Nachsorgeprojekt dörfliche Mülldeponien" auf Grund der Haushaltssperre in diesem Jahr nicht fortgeführt werden, was einen unwiederbringlichen Datenverlust zur Folge hat.

Bei regelmäßigen Kontrollen aufgedeckte Mängel bei der Deponieabdeckung führten in zwei Fällen zur Verhängung von Baustopps durch die UABB und weiteren Ermittlungen.

Aufgabengruppe militärische Altlasten

Neben der laufenden Beseitigung einer Kerosinkontamination aus Boden und Grundwasser bei Sperenberg bildeten die notwendigen Sanierungen vor dem Wasserwerk Jüterbog einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt. Das Gefährdungspotenzial der ehemaligen Wäscherei in Neues Lager kann durch die im Oktober erfolgte Inbetriebnahme einer hochmodernen Sanierungsanlage durch die Brandenburgischen Boden GmbH (BBG) wirksam vermindert werden. Eine Sofortmaßnahme zur Beseitigung von hochbelasteten Schlämmen, Flüssigkeiten und Feststoffen aus überraschend aufgefundenen unterirdischen, nicht abgedichteten Regenwassersammel- und -verteilergruben auf ehemaligen militärischen

Flächen im Bereich der Brückenstraße in Jüterbog war durch die UABB im November notwendig. Weitere Erkundungsuntersuchungen zur Ermittlung der gesamten Gefahrenlage sind an diesem Standort erforderlich.

Durch die OFD/Bereich BVA Cottbus, EWZ GmbH und BBG GmbH erfolgten die Reinigung und der Ausbau von über 560 Kerosin-, Benzin- und Öltanks (Fassungsvermögen je 25 bis 1000 cbm!) unterirdisch incl. der Beseitigung zum Teil erheblicher Bodenkontaminationen. Die behördliche Begleitung dieser Maßnahmen sowie der Rückbauplanung und -durchführung bei ABM u. a. Projekten aus abfall- sowie bodenschutzrechtlicher Sicht mit insgesamt mehr als 300 betroffenen Einzelgebäuden stellte einen weiteren Aufgabenschwerpunkt dar.

Aufgabengruppe zivile Altlasten

Hier standen Einzelprobleme von Unternehmen zur Fortführung der so genannten Haftungs-freistellung von Boden- und Grundwasserkontaminationen angesichts der ablaufenden Frei-stellungsfrist nach 10 Jahren im Vordergrund. Speziell für den Standort Ludwigsfelde ringt der Landkreis um die Gewährleistung der Fortführung erforderlicher Boden- und Grund-wassersanierungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und weiteren Entwicklung des Industriestandortes. Darüber hinaus wurden Entscheidungen bezüglich notwendiger Sanie-rungsmaßnahmen getroffen, die im Zusammenhang mit dem ehemaligen Betrieb mehrerer chemischer Reinigungen in Wohngebieten stehen.

Aufgabengruppe Ordnungswidrigkeiten

Die Bilanz der erfassten illegal entsorgten Abfälle im Landkreis wird wieder tabellarisch dargestellt:

Abfallart	2001	2002	2003	2004
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	226.949	201.020	168.030	159.690
Kühlgeräte in Stück	70	52	62	41
Reifen in Stück	1.007	924	1.215	832
Batterien in Stück	256	119	278	195
Elektronische Geräte in Stück	128	139	160	96
Baurestabfälle in kg	3.988	1.145	0	0
Sonderabfälle in kg	4.857	3.517	2.126	2.539

Die Abfallbilanz inklusive der im Rahmen des Bereitschaftsdienstes entsorgten Mengen ist den zuständigen Stellen termingerecht zugeleitet worden.

➤ Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Im Oktober wurde mit Beschluss des Kreisausschusses ein neuer Naturschutzbeirat gemäß dem Brandenburgischen Naturschutzgesetz berufen.

Aufgabengruppe Landschaftsplanung

In dieser Aufgabengruppe wurde neben der Fortschreibung der Landschaftsrahmenplanung auch die Betreuung des Wegewartes und die kontinuierliche, naturschutzfachlich gebündelte Begleitung der Entwicklung des Skatenetzes im Landkreis gewährleistet.

Aufgabengruppe Eingriffsregelung

Kommunal- und wirtschaftspolitisch wichtige Ansiedlungen im Landkreis wurden termingerecht bearbeitet. Hervorzuheben ist die intensive Betreuung der Ansiedlung des VW-Distributionszentrums in Ludwigsfelde. Unzureichende Antragsunterlagen erfordern häufig zeitaufwändige Betreuungen von Vorhabensträgern. Dies insbesondere dann, wenn Ersatzmaßnahmen nicht auf landwirtschaftlichen Flächen festgelegt, sondern Zuordnungen in Flächenpools erfolgen sollen.

Die Novellierung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes und insbesondere der Baumschutzverordnung hatte eine intensive Bevölkerungsreaktion auf die geänderten Bestimmungen zur Folge. Durch Presseveröffentlichungen und die rasche Überarbeitung des betreffenden Merkblattes konnte auf die Anfragen reagiert werden. Dem gegenüber führen unklare Formulierungen in der Baumschutzverordnung zu offenen Fragen im Vollzug, die schrittweise durch die UNB gelöst werden.

Aufgabengruppe Schutzgebiete/-objekte

Eine detaillierte Arbeit der letzten Jahre fand mit der Beschlussfassung des Kreistages zu den Naturdenkmälern im Landkreis im Oktober ihren vorläufigen Abschluss. Durch Veröffentlichungen im Internet und in der Presse sollen künftig markante Objekte näher vorgestellt und so die touristische Aufwertung von Regionen im Landkreis unterstützt werden.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen fordern bereits seit längerem die Kontrolle der Einhaltung von Bestimmungen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Im Sommer des Jahres wurde in Schwerpunktgebieten eine kombinierte Tätigkeit des Bereitschaftsdienstes der UNB, der Naturwacht Brandenburg, der Fischereiaufseher und der Polizei aufgenommen, die in den nächsten Jahren von Öffentlichkeitsarbeit begleitet und auf das gesamte Kreisgebiet ausgedehnt wird.

➤ Untere Wasserbehörde (UWB)

Die Ansiedlung des VW-Distributionszentrums in Ludwigsfelde wurde insbesondere zu Beginn der Standortentscheidung wegen der Betroffenheit der Trinkwasserschutzzonen des Wasserwerkes intensiv begleitet.

Die im Vorjahr begonnene Grundwassersanierung vor dem Wasserwerk Rangsdorf verläuft sehr erfolgreich. Über die Erwartungen hinaus wurden bis September etwa 1,5 t (!) reines organisches Lösungsmittel dem Grundwasser entzogen.

Aufgabengruppe Erlaubnisse

Die zunehmende Nutzung der Erdwärme durch Wärmepumpen für die Versorgung von Ein- und Mehrfamilienhäusern machte es erforderlich, für damit verbundene Tiefenbohrungen spezielle Anordnungen zu treffen, die bei Errichtung, Ersatz und Beseitigung der Wärmebrunnen einen hinreichenden Schutz der zur Trinkwassergewinnung genutzten Grundwasserleiter gewährleisten. Die Verfahrensweise wurde mit der Obersten Wasserbehörde abgestimmt.

Aufgabengruppe wassergefährdende Stoffe

Eine Analyse der vorliegenden Daten ergab, dass auf den ehemaligen militärischen Liegenschaften vorhandene ehemalige Tanklager nur unzureichend untersucht und nach den geltenden Bestimmungen außer Betrieb genommen wurden. Zur Erfassung und Beseitigung des damit verbundenen Gefahrenpotenzials wurden die Haupteigentümer dieser Standorte, die Oberfinanzdirektion Cottbus und die BBG mbH aufgefordert, entsprechende Handlungskonzepte vorzulegen. Derzeit erfolgt die Abstimmung zu den erforderlichen Maßnahmen und zeitlichen Einordnungen.

Abschließend wird die Übersicht von Fallzahlen für das gesamte Umweltamt wie folgt fortgeschrieben:

Aufgabenthematik	2003 Anzahl	2004 Anzahl
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren	66	65
2. Widersprüche	52	38
3. Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	28	11
4. landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	33	48
5. Baumfällungen (Fallzahl)	954	583
6. Trassen und Leitungen	100	113
7. Fachstellungnahmen zu Grünordnungsplänen	134	305
8. Vertragsnaturschutz für Landwirte	38	11
9. wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	281	277
10. Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	57	44
11. Störfälle	19	15

Dezernat III

Schulverwaltungs- und Kulturamt

Das Schulverwaltungs- und Kulturamt ist in drei Sachgebiete gegliedert, über deren Arbeit nachfolgend zu berichten ist.

Sachgebiet 1 - Haushalt

Investitionen/Ausstattung ohne Baukosten

Die ab dem Jahr 2000 von der Landesregierung initiierte und geförderte Medienoffensive wurde auch im Jahr 2004 fortgeführt und ist nunmehr abgeschlossen.

Der Landkreis, der als Schulträger entsprechend den Förderrichtlinien antragsberechtigt ist, erhielt zusätzlich für den Ersatz vorhandener Hard- und Software eines Medienkabinetts rund 5.723 € für das Friedrich-Gymnasium Luckenwalde. Mit einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil konnte der Ausstattungsstandard der Sekundarstufe I mit Informations- und Kommunikationstechnik auch in diesem Jahr erhöht werden. Des Weiteren wurden die Allgemeine Förderschule Ludwigsfelde und die Förderschulen für geistig Behinderte in Groß Schulendorf und Jüterbog mit PC-Technik für computerunterstützten Unterricht mit 9.629 € Fördermittel und einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil ausgestattet.

Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde öffentlich mit Gesamtkosten von rund 283.500 € durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für 9.844 Fahrschüler im Landkreis erforderte im Jahr 2004 rund 3.871.900 € an Beförderungskosten. Gleichzeitig erfolgte die Erarbeitung und Umsetzung der neuen Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming im Zusammenhang mit der Umsetzung der Einführung der vom Brandenburgischen Schulgesetz vorgeschriebenen Elternbeteiligung.

Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufen I und II im Landkreis in Höhe von rund 2.107.500 € gezahlt. Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf 1.382.800 €.

Die Vergabe von 122.267 € Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung erfolgte nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Des Weiteren wurden entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz i. V. m. d. Richtlinie zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 36.831 € an die Auszubildenden ausgereicht, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Wie in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2004 den Trägern der Grundschulen im Landkreis, die für die 3. Klassen das Schulschwimmen durchführen, Zuschüsse gewährt werden. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen entsprechend dem schulischen Rahmenplan gefördert. Der Landkreis Teltow-Fläming hat Zuschüsse von insgesamt 25.101 € für den Schwimmunterricht zur Verfügung gestellt.

Sachgebiet 2 – Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen

Entsprechend der Aufgabenstellung wurden die Planungsunterlagen für den Umbau des ehemaligen Internates am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde erarbeitet. Im September 2004 konnte mit den Arbeiten zur Entkernung des Gebäudes begonnen werden. Durch Neukonzipierung des Grundrisses entstehen drei Fachunterrichtsräume Kunst und eine Ausgabeküche mit Speiseraum. Die Fertigstellung und Übergabe an die Schüler und Lehrer soll voraussichtlich zum Schuljahresbeginn 2005/06 erfolgen. Die Baukosten betragen ca. 1 Mio. €.

Am Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog, Haus I, wurde ein neuer Verwaltungsbereich geschaffen. Die Ausstattung erfolgt im Jahr 2005. Diese Maßnahme umfasst bauseitig 20.350,00 €.

In der Allgemeinen Förderschule Mahlow wurden Unterrichtsräume und der Treppenaufgang im Hauptgebäude mit einem neuen Farbanstrich versehen und teilweise die Fußbodenbeläge erneuert.

Am Oberstufenzentrum Landkreis Teltow-Fläming Luckenwalde, Schieferling, entstand eine zweite Lehrküche. Im Jahr 2005 erfolgt die Ausstattung. Für die Schüler wurden separate Umkleidebereiche geschaffen, die ab Beginn des Jahres 2005 durch die Schüler genutzt werden können. Der finanzielle Aufwand beträgt 29.215,00 €.

Die Dreifeld-Schulsporthalle am Oberstufenzentrum in Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid-Straße erhielt eine Prallschutzwand. In diesem Zusammenhang wurden auch die Geräteräume instandgesetzt. Insgesamt kamen 73.067,00 € zum Einsatz.

Am 8. September 2004 konnte am Hauptsitz des Oberstufenzentrums in Luckenwalde, An der Stiege 1, feierlich das 10-jährige Bestehen unter Teilnahme des damaligen Ministers für Bildung, Jugend und Sport, Herrn Steffen Reiche, begangen werden. Dazu wurde eine Präsentation im Foyer der Kreisverwaltung Teltow-Fläming gestaltet.

Sachgebiet 3 - Kultur und Bildung

Vielfältige kulturelle Aktivitäten gab es im Landkreis trotz eines angespannten Haushaltes auch im Jahr 2004. Informations- und Werbeträger dafür ist der monatlich vom Kulturamt herausgegebene Veranstaltungskalender.

Die bis einschließlich 2002 jährlich stattfindende Förderung von Kunst- und Kulturprojekten blieb auch 2004 aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes aus. Zur Förderung von Künstlern aus dem Landkreis Teltow-Fläming trugen die Ausstellungen in der Neuen Galerie in Wünsdorf-Waldstadt und im Kreishaus bei. Hier waren u. a. die Werke

des Dabendorfer Malers Jürgen Melzer und des Oehnaer Künstlers Peter Panzner zu sehen. In dem reichlich einen Jahr ihres Bestehens kann die Neue Galerie auf Besucherzahlen zwischen 800 und 1.000 pro Ausstellung verweisen. Eine Bestätigung dafür, dass das Konzept zur Verlagerung von Zossen nach Wünsdorf aufgegangen ist.

Die Förderung kultureller Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung in Höhe von insgesamt 180.700 € half auch im Jahr 2004 mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde, die Theater- und Konzertstätte Jüterbog sowie das Heimatmuseum Luckenwalde als Kulturstätten zu erhalten und zu stabilisieren. Das trifft ebenfalls auf die Kultureinrichtungen in kreislicher Trägerschaft zu, wie die Kreis- und Stadtbibliothek, die Kreismusikschule und das Museum des Teltow.

Letzteres beging am 2. Oktober feierlich sein 10-jähriges Bestehen mit der Eröffnung einer Ausstellung zu diesem Thema. Ein weiterer Höhepunkt war die Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung „100 Jahre Handwerk in Wünsdorf“, in die viele Menschen vor Ort mit einbezogen werden konnten. Erwähnenswert ist auch die Gestaltung des Außengeländes des Museums in Erweiterung der Ausstellung „Lernort Natur“. Sie erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband und Mitgliedern des NABU-Kreisverbandes, gefördert vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg.

In diesem Jahr konnte bereits der 12. Jahrgang des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming herausgegeben werden. Auf 182 Seiten in insgesamt 26 sehr unterschiedlichen Beiträgen wird über Sehens- und Wissenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart berichtet.

Die Kreis- und Stadtbibliothek veranstaltete wiederum in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Literaturbüro, dem Friedrich-Bödecker-Kreis, der Akademie der Künste und der Luckenwalder Kunsthalle interessante Lesungen mit international bekannten Autoren. 2004 betrug die Zahl der Medienentlehnungen 190.037. 4.766 Benutzer kamen insgesamt 65.980 Mal in die Bibliothek oder in den Bücherbus. Derzeit sind 87.000 Medien zur Ausleihe vorhanden.

Zahlreiche Veranstaltungen initiierte oder begleitete auch im Jahr 2004 die Kreismusikschule. Die Teilnahme am Regional- und am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ zeugen von der Qualität unserer Ausbildung. Höhepunkte 2004 waren u. a. die Teilnahme der Big Band am Europäischen Jugendmusikfestival in Malmö und Kopenhagen, die Aufführung der musikalischen Geschichte „Ein Weihnachtslied in Prosa“ nach Charles Dickens im Stadttheater Luckenwalde mit rund 650 Zuschauern sowie verschiedene Projekte unter Mitwirkung allgemein bildender Schulen und Kindertagesstätten.

Die Kreisvolkshochschule leistete im Jahre 2004 trotz einschneidender Kürzungen in der Förderung für den Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung und realisierte darüber hinaus bedarfsorientierte Kurse und Veranstaltungen mit insgesamt 9.306 Unterrichtsstunden und 4.673 Teilnehmern, um für die Bevölkerung des Landkreises ein flächendeckendes Bildungsangebot zu bieten entsprechend der Zielstellung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes.

In Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt hat die Volkshochschule im Jahr 2004 ein letztes Mal die technisch orientierte Lehrerfortbildung im Rahmen der Medienoffensive m.a.u.s. für 46 Lehrer durchgeführt und leistete im Rahmen dieser Auftragsmaßnahme insgesamt 100 Unterrichtsstunden.

Die im vergangenen Jahr in der KVHS eingeführten neuen Zertifizierungssysteme mit bundesweit anerkannten Prüfungen wurden 2004 gut angenommen. So kann beispielsweise

im Fachbereich Sprachen das Europäische Sprachenzertifikat (WBT) in verschiedenen Niveaustufen erworben werden und im Bereich der Beruflichen Bildung ist mit der Einführung der Lehrgangssysteme „Xpert“ und „Xpert – personal business skills“ der Erwerb des Europäischen Computer Passes oder des Zertifikates zum Nachweis erlernter Schlüsselkompetenzen möglich. Das Angebot der maßgeschneiderten, spezifischen Weiterbildung für Betriebe und Verwaltungen des Landkreises wurde thematisch erweitert.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung wurden Instrumente zur Bedarfsermittlung und Evaluation von Programmen, Kursangeboten, -bedingungen, Kursleiterqualifikation und Kundenorientierung der KVHS entwickelt und eingesetzt.

Ein Höhepunkt war die Semesterauftakt-Veranstaltung im Kreishaus im August 2004, die eine ausgezeichnete Resonanz fand. Neben der Präsentation des VHS-Programms standen die Ausstellungseröffnung mit Werken der VHS-Kunstdozenten und der anschließenden Theaterpremiere der VHS-Theatergruppe im Mittelpunkt des Festes.

Sozialamt

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 hat der Gesetzgeber den Weg geebnet, die Leistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab dem 1. Januar 2005 zu einer gemeinsamen Leistung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zusammenzuführen. Das in diesem Zusammenhang neu eingeführte Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) sieht als Kernpunkt für eine einheitliche Aufgabenwahrnehmung zwischen den kommunalen Trägern und den Agenturen für Arbeit die Bildung von Arbeitsgemeinschaften vor.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages über die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Agentur für Arbeit Potsdam wurde in einer Koordinierungsgruppe mit Vertretern beider Partner intensiv die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft vorbereitet. In diesem Zusammenhang sind umfangreiche personelle, organisatorische und technische Vorbereitungen zur Absicherung der Umstellung der Leistungsfälle getroffen worden.

Darüber hinaus wurde in einer weiteren Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ eine Planung der verschiedenen Eingliederungsleistungen des SGB II von den zuständigen Leistungsträgern erarbeitet, nach deren Maßgaben die künftige Arbeitsgemeinschaft Teltow-Fläming im Jahr 2005 Arbeitssuchende in Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung vermitteln wird.

Im zweiten Halbjahr 2004 sind in enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit 368 Personen im Zuge der bundesweiten Initiative für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Bezieher von Arbeitslosenhilfe in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen vermittelt worden. Dabei wurden auch Hilfeempfänger mit ergänzenden Sozialhilfeeansprüchen berücksichtigt.

Zu den weiteren Ergebnissen der Tätigkeit des Sozialamtes des Landkreises Teltow-Fläming ist die Förderung/finanzielle Unterstützung von verschiedenen Projekten zur Integration von Sozialhilfeempfänger(n)/innen und arbeitslosen Hilfsbedürftigen in Arbeit zu nennen. Im Be-

richtszeitraum wurden neben zahlreichen Einzelförderungen drei umfassende Arbeits- bzw. Beschäftigungsprogramme durchgeführt, deren Inhalte hier kurz dargestellt werden:

Umsetzung des Sonderprogramms des Bundes „Jump Plus“ – Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung

In Umsetzung des vorgenannten Sonderprogramms hat der Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2003 eine Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Potsdam abgeschlossen und im Jahr 2004 weitergeführt. Auf dieser Grundlage wurden in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Jugendliche unter 25 Jahren, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe bezogen sowie langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht waren, in Beschäftigungsverhältnisse mit Qualifizierungsanteilen vermittelt. Im gesamten Maßnahmezeitraum vom 1. Juli 2003 bis 31. Dezember 2004 wurden Beschäftigungsträger mit der Durchführung der verschiedenen Maßnahmen beauftragt.

Die Durchführung erfolgte schwerpunktmäßig in den Bereichen Ludwigsfelde, Zossen, Blankenfelde/Mahlow, Luckenwalde, Niedergörsdorf und Jüterbog. Die Teilnehmer/innen wurden in den einzelnen Maßnahmen für die Dauer von sechs Monaten beschäftigt, in begründeten Einzelfällen konnte eine Verlängerung um drei Monate erfolgen.

Die Umsetzung des Programms „Jump Plus“ gliederte sich in unserem Landkreis in drei Staffeln gemäß der nachstehenden Aufstellung:

	Zeitraum der Bewilligung	Anzahl der Plätze
1. Staffel	ab 15. 10. 2003	171
2. Staffel	ab 15. 04. 2004	100
3. Staffel	ab 01. 07. 2004	86
Gesamt		357

Sonderprogramm – Arbeit für Langzeitarbeitslose (AfL)

Mit diesem Sonderprogramm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ sollten die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungsangeboten gefördert werden. Die Laufzeit des Programms umfasst den Zeitraum vom 1. September 2003 bis 31. Dezember 2004. Zielgruppe waren Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe bezogen sowie Sozialhilfeempfänger, die mindestens sechs Monate arbeitslos waren. Mit der Durchführung der Maßnahmen waren ebenfalls Beschäftigungsträger beauftragt. Die Förderdauer pro Teilnehmer/in betrug sechs Monate und kann im Einzelfall um drei Monate verlängert werden.

Das Sonderprogramm stellte – im Rahmen des geltenden Rechts – einen Vorgriff auf das neue Leistungssystem dar, das im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geschaffen wurde.

Die Umsetzung des Programms „AfL“ gliederte sich im Landkreis Teltow-Fläming in vier Abschnitte gemäß der nachstehenden Aufstellung:

	Zeitraum der Bewilligung	Anzahl der Plätze
--	--------------------------	-------------------

1. Abschnitt	ab 15. 12. 2003	58
2. Abschnitt	ab 01. 04. 2004	54
3. Abschnitt	ab 01. 06. 2004	38
4. Abschnitt	ab 01. 08. 2004	51
Gesamt		201

Bei den beiden vorstehend genannten Programmen wurden die entsprechenden Bundesmittel in Form von pauschalen Förderleistungen von der Agentur für Arbeit in Potsdam an den Landkreis zur Weiterreichung an die Träger überwiesen. So wurden im Sozialamt zusätzlich finanzielle Mittel des Bundes für das Programm „Jump Plus“ von etwa 964.000 € und für das Programm „AfL“ von ca. 1.341.000 € bewegt.

Richtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“

Ursprünglich sollte die Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie zur Förderung „Arbeit statt Sozialhilfe“ des Landes Brandenburg zum Ende des Jahres 2003 endgültig auslaufen. In Anbetracht der noch nicht abgeschlossenen Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes zu Beginn des Jahres 2004 wurde die Landesrichtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“ überarbeitet und für den Zeitraum vom 1. März bis 31. Dezember 2004 erneut in Kraft gesetzt.

Ziel der Förderung war die Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen, um ihnen zu einer dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verhelfen. Nach der benannten Richtlinie konnten Arbeitsplätze für Teilnehmer/innen gefördert werden, die ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend aus Sozialhilfemitteln bestritten. Leistungsbezieher/innen nach den §§ 117 ff. SGB III mit ergänzendem Anspruch auf Lebensunterhalt aus der Sozialhilfe konnten gefördert werden, wenn sie darüber hinaus allein erziehend oder schwer behindert bzw. Frauen ab 45 Jahren waren oder es sich um Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren gehandelt hat.

Zur Sicherstellung der Finanzierung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wurden neben den Landesmitteln in Höhe von 410.890 € kreisliche Mittel in Höhe von 382.302 € ausgereicht.

In fünf Projekten konnten 79 Hilfeempfänger/innen Mitte April 2004 eine Beschäftigung aufnehmen.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 9.398 Wohngeldanträge gestellt. Von diesen Anträgen auf Miet- oder Lastenzuschuss konnten 7.140 bewilligt werden. Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 101,05 €.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche gegen rechtskräftige Bescheide ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (2003 = 109; 2004 = 121).

Bei nicht erfolgter Rückzahlung von zu Unrecht gezahltem Wohngeld ist ein leichter Rückgang der Zahl der eingeleiteten Vollstreckungsaufträge um 8,8 % zu vermerken. Die Ursache lag in vielen Fällen darin, dass diese Personen bzw. Familien über ein nicht ausreichendes Einkommen verfügten, oftmals sogar Mehrfachs Schuldner waren,

eidesstattlich Versicherungen abgelegt hatten und somit der Rückzahlung nicht nachkommen konnten. Aus diesem Grund stieg auch die Anzahl von befristeten Niederschlagungen von 52 im Jahr 2003 auf 69 im Jahr 2004.

Aufgrund der ständigen Fallzahlsteigerungen im Bereich der Hilfen zur Pflege und der Eingliederungshilfen für Behinderte waren auch im Jahr 2004 enorme Arbeitsleistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sachgebiet Hilfen in besonderen Lebenslagen zu verzeichnen.

Entwicklung der Fallzahlen (IST-Zahlen) in den Jahren von 2000 bis 2004 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge

Dezember 2000	Dezember 2001	Dezember 2002	Dezember 2003	Dezember 2004
1.462	1.572	1.763	2.197	2.192

Zusätzlich waren zu den laufenden Hilfefällen im Jahr 2004 1.353 Neuanträge zu bearbeiten.

Die Teilnahme des Landkreises an der wissenschaftlichen Begleitstudie zum AG-BSHG zur „Verfahrensoptimierung und Anreizgestaltung zur bedarfsgerechten Hilfestellung in Brandenburg“ konnte erfolgreich und mit großer Anerkennung für die Arbeit im Landkreis Teltow-Fläming abgeschlossen werden.

Jugendamt

Schwerpunkte der Arbeit im Jugendamt waren im Jahr 2004:

1. Jugendhilfeplanung

Im Mai 2004 beschloss der Jugendhilfeausschuss die Erste Fortschreibung der Planung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit für den Zeitraum von 2003 bis 2005.

Auf Grund der demographischen Entwicklung im Landkreis Teltow-Fläming und unter Berücksichtigung weiterer qualitativer und quantitativer Einflussfaktoren war zu prüfen, wie die Arbeitsfelder der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit ab 01.01.2006 strukturell und inhaltlich zu gestalten sind, um die Aufgaben der Jugendhilfe bedarfsgerecht zu erfüllen. Im Ergebnis dieses Prozesses entstand ein handlungsfähiges Konzept, welches mit dem Jugendhilfeausschuss und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe und anderen Beteiligten diskutiert wurde.

Im Bereich der stationären Erziehungshilfen wurde die Fallanalyse mit dem Ziel fortgeführt, den Hilfeplanprozess qualitativ zu verbessern. Das Ergebnis der ersten Analyse wurde mit freien Trägern der Jugendhilfe beraten und der Erziehungshilfebedarf dargestellt.

2. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Die Beratung von Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Bezug auf die Qualitätsentwicklung und -sicherung gehört zum ständigen Angebot der sozialpädagogischen Jugendförderung. Im Prozess der Qualitätssicherung wurde mit der Entwicklung eines qualitativen Berichtswesens begonnen. Ziel ist es, ein Instrumentarium zur Reflexion der Arbeit zu verwenden und die Umsetzung der Standards in der Praxis zu überprüfen.

Zur Qualitätssicherung gehört die Sicherung des Fachkräftegebots gemäß § 72 SGB VIII im Landkreis. In diesem Zusammenhang stellten die Träger der Jugendhilfe sicher, dass die Fachkräfte in den Freizeiteinrichtungen und im Bereich der mobilen Jugendarbeit die geforderte Zusatzqualifizierung absolvierten. Für die Fachkräfte aus dem Arbeitsfeld der offenen Jugendarbeit wurde im Rahmen des Beratungsangebotes die „Fachgruppe Jungenarbeit“ durch externe Beratung fortgeführt. Dieses Angebot diente zur Ausbildung von Multiplikatoren für geschlechtsdifferenzierte Arbeit insbesondere für die Jungenarbeit.

In den regionalen Arbeitsgruppen trafen sich vierteljährlich die Fachkräfte aus den Freizeiteinrichtungen und aus dem Bereich der mobilen Jugendarbeit/Jugendkoordination im ländlichen Raum. Im Vordergrund der Beratungen stand der fachliche Austausch und die offene Diskussion zu ausgewählten relevanten Themen aus den Arbeitsfeldern der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit.

Im Rahmen des Anerkennungsverfahrens gemäß § 75 SGB VIII wurden zwei Träger der freien Jugendhilfe anerkannt:

- Ventus e.V. und
- Landschaftspflege und Umweltschutz Teltow-Fläming e.V. Rangsdorf

Unter dem Aspekt der Sicherung der geltenden Qualitätsstandards erfolgte eine regelmäßige Auseinandersetzung mit den Strukturen und der Umsetzung der Sozialarbeit an Schulen, insbesondere in Bezug auf die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule.

In den Städten Luckenwalde und Ludwigsfelde sind zwei Streetworker tätig. Schwerpunkte der Sozialarbeit waren die Kontakt- und Gesprächsangebote für junge Menschen. Es wurden niedrigschwellige Kontaktladenangebote geschaffen. In Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe und dem sozialpädagogischen Dienst des Jugendamtes wurden Einzelfallarbeiten und Gruppenarbeiten durchgeführt.

3. Leistungen der Erziehungshilfen, Pflegekinderdienst und Jugendgerichtshilfe

Im Jahr 2004 stand die Weiterentwicklung der Arbeitsqualität im sozialpädagogischen Dienst im Vordergrund. Nur durch sehr gute fachliche Arbeit ist ein sparsamer, wirtschaftlicher und leistungsorientierter Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglich. Ein Schwerpunkt lag in der verbesserten Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Jugendhilfe, insbesondere in der Durchführung von Budgetierungen innerhalb der Erziehungshilfen und das Erstellen von Kostenplänen für den Einzelfall. Die Forderung zur Qualitätssicherung gegenüber den Leistungserbringern wurde in den Trägerberatungen diskutiert und vereinbart.

Die verstärkte Werbung von Pflegeeltern wurde erfolgreich fortgesetzt. Es konnten zehn neue Pflegefamilien gewonnen werden, die mehrere vom Pflegekinderdienst organisierte und begleitete Wochenendseminare erfolgreich abschließen konnten.

Die Jugendgerichtshilfe arbeitete eng mit den Schulen zusammen und leistete damit präventive Aufgaben im Bereich der Jugenddelinquenz. Das „TOP TEN“ Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Polizei weiter fortgeführt. Dazu wurden präventive Fallkonferenzen durchgeführt und individuelle Hilfen angeboten.

4. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Der Landkreis hat 2004 mit zehn Gemeinden und Städten einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Übertragung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung nach dem KitaG abgeschlossen. Mit der vereinbarten Kostenregelung stellt der Landkreis für jedes Kind bis zwölf Jahre eine Kinderpauschale in Höhe von 1.065 €/Jahr zur Verfügung und bezuschusst somit die Kosten für die Kindertagesbetreuung 2004 in der Höhe wie 2003. Mit den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Nuthe-Urstromtal und der Stadt Trebbin kam es nicht zu einem Vertragsabschluss. Der Landkreis ist in diesen Gebietskörperschaften für die Umsetzung des KitaG verantwortlich.

5. Sportförderung

Der Landkreis gewährt nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen für die Förderung des Vereinssports. Dafür standen im Jahr 2004 insgesamt 67.600 € zur Verfügung. Schwerpunkt der Förderung war die Zuwendung an die Geschäftsstelle des Kreissportbundes.

Des Weiteren wurden die Ausgestaltung von Sportveranstaltungen und die ehrenamtliche Tätigkeit der Übungsleiter bezuschusst. Mit 17.070 Mitgliedern in 177 Sportvereinen sind 10,62 % der Bevölkerung im Landkreis sportlich organisiert. Davon treiben ca. 40 % der Kinder und Jugendlichen aktiv Sport und gestalten ihre Freizeit bewegungs- und gesundheitsorientiert. Im Vergleich zu 2003 stieg die Anzahl um vier weitere Vereine mit 134 Mitgliedern. Sportliche Großveranstaltungen, wie die Rangsdorfer Handballwoche, die Festwoche in Großbeeren und das Michaelismarktturnier in Jüterbog wurden gefördert.

Gesundheitsamt

Im Bereich Infektionsschutz ist im Berichtszeitraum 29. Dezember 2003 bis 31. Dezember 2004 die Zahl der meldepflichtigen infektiösen Magen-Darm-Erkrankungen, die dem Gesundheitsamt gemeldet wurden, gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

	2003		2004	
	gesamt	Januar – September	gesamt	Januar – September
Infektiöse Gastroenteritiden, gesamt	777	635	846	697
davon: - Salmonellosen	220	162	112	82
- andere, darunter:	557	473	734	615
• - Campylobacter	171	123	141	104
• - Rotavirus	148	141	257	252
• - Norovirus	210	184	308	236

Dem Gesundheitsamt wurden im Berichtszeitraum 48 Häufungen gemeldet, an denen insgesamt 654 Personen erkrankten. Die Erkrankungshäufungen waren in Kindergärten und Schulen (35), in Krankenhäusern (2), in Seniorenheimen (6) und im Rahmen von Familienfeiern (5) aufgetreten. Die meisten Häufungen (44) sind durch Magen-Darm-Infektionen verursacht worden, wobei während 23 Häufungen der Erregernachweis nicht gelungen ist.

Im Bereich Hygiene und Umweltmedizin war und ist die Umsetzung des Infektionsschutzes in Gemeinschaftseinrichtungen Schwerpunkt der Aufklärungs- und Überwachungsarbeit. Auf Anforderung des Gesundheitsamtes haben Gemeinschaftseinrichtungen (insgesamt 244) einrichtungsspezifische Hygienepläne erarbeitet und diese dem Gesundheitsamt vorgelegt. Diese Hygienepläne sind hinsichtlich Inhalt und Ausführlichkeit sehr unterschiedlich, so dass ihre Überprüfung und Auswertung noch nicht abgeschlossen ist. Zu umwelthygienischen und umweltmedizinischen Problemstellungen wurde das Gesundheitsamt in insgesamt 169 Fällen befragt. Nach wie vor stand dabei die Schimmelpilzproblematik in Innenräumen an erster Stelle (78 Fälle).

Einen Schwerpunkt im Bereich der Trinkwasserhygiene stellt die Überwachung der Trinkwasserhausinstallationsanlagen dar. Untersucht werden u. a.:

- *Schwermetalle in metallischen Trinkwasserleitungen:* In öffentlichen Einrichtungen wurden bei den Routineuntersuchungen keine erhöhten Kupferkonzentrationen nachgewiesen. Ein Problem stellen die noch vorhandenen Hausanschlussleitungen und Hausinstallationen aus Blei im privaten Bereich dar. Es wird davon ausgegangen, dass bis spätestens 2013 ca. 1.400 Hausanschlussleitungen ausgetauscht werden müssen.
- *Legionellen in Trinkwassererwärmungsanlagen in öffentlichen Einrichtungen:* In 22 von 96 untersuchten Trinkwasserproben wurden erhöhte Legionellenkonzentrationen nachgewiesen. Eine sofortige Sanierung der betroffenen Trinkwassersysteme war hier notwendig. In vier Einrichtungen waren zusätzlich Verwendungseinschränkungen wie Duschverbote anzuordnen.

Die Zahl der überwachungspflichtigen zentralen Wasserwerke ist von 45 im Jahr 2003 auf 38 zurückgegangen. In drei Wasserwerken wurden aufgrund von wiederholten mikrobiologi-

schen Grenzwertüberschreitungen eine vorübergehende Desinfektion des Trinkwassers angeordnet.

Hinsichtlich der Badegewässerqualität wurden 2004 im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen beobachtet. Im Vordersee Dobbrikow konnte auch 2004 eine Verbesserung der Sichttiefe festgestellt werden. Die Badestellen am Motzener See, am Großen Zesensee, am Kiessee Rangsdorf und am Kiessee Horstfelde wiesen eine konstant gute Badewasserqualität mit Sichttiefen von ein bis zwei Metern auf. An der Badestelle Klausdorf am Mellensee wurden aufgrund des starken Algenwachstums vom 2. bis 4. September 2004 vorübergehend Warnhinweise des Gesundheitsamtes angebracht. Badeverbote waren in dieser Saison nicht notwendig.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2003/04 8.038 Kinder und Jugendliche im Alter von zwei bis 16 Jahren untersucht. Das entspricht 40,6 % aller Kinder und Jugendlichen (absolut 19.805). Der Wert für die Zahngesundheit hat sich für die Vorschulkinder geringfügig verschlechtert. Auffällig ist, dass immer mehr Kinder kariesgesunde Gebisse aufweisen und wenige das gesamte Restkariespotential auf sich vereinen. Dieser Anstieg des Kariesrisikos erfordert verstärkte Bemühungen in der Vorbeugung. Gruppenprophylaktisch wurden im Berichtszeitraum 7.334 der drei bis zwölfjährigen Kinder betreut, 998 Kinder erhielten eine 2. Fluoridlackpinselung, die zu Kariesreduktionswerten von 30 bis 60 % führt. An acht Elternabenden, an denen insgesamt 217 Eltern teilnahmen, wurde über die Zahngesundheit berichtet.

Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre ist im Schuljahr 2003/2004 mit 27.249 im Vergleich zum Vorjahr um 1.044 geringer. Dabei ist die Gesamtschülerzahl mit 16.537 um 1.024 weniger geworden. Im Gegensatz hierzu hat sich die Zahl der Kindergartenkinder auf 4.506 (4.316) und der Vorschulkinder auf 1.626 (1.137) erhöht. Nach einem deutlichen Anstieg der Begutachtungen im Vorjahr sind diese im Berichtszeitraum rückläufig. So wurden 125 (176) Gutachten zur Eingliederungshilfe und 210 (249) schulärztliche Gutachten erstellt.

Im Sozialpsychiatrischen Dienst ist die Betreuungszahl Abhängiger und Missbräucher von illegalen Drogen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert, obwohl die Dunkelziffer nach wie vor als sehr beträchtlich angesehen werden muss. Immer mehr der Betroffenen betreiben einen Mischkonsum von psychotropen Substanzen, wobei meist Cannabis als hauptsächliche illegale Droge eine Rolle spielt. Das Einstiegsalter der Betroffenen hat sich auch im vergangenen Jahr weiter in das Jugendalter hinein verschoben. Es lässt sich weiterhin eine Tendenz der Öffnung der Betroffenen hinsichtlich ihres Drogenproblems erkennen.

Die Arbeitsgruppe Primäre Suchtprävention der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung im Landkreis Teltow-Fläming führte mit Unterstützung des Landespräventionsrates Sicherheitsoffensive Brandenburg zur suchtpreventiven Kinder- und Jugendarbeit das zweitägige Seminar zur praktischen Suchtprävention "Spiele in der Natur" für 27 Multiplikatoren und deren Jugendliche als Multiplikatoren mit 38 Kindern durch. Weitere Schwerpunkte waren der Mitmachparcours "Aids, Liebe & Sexualität" mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln und das Projekt "Erfahrungen mit dem Menschenschattenspiel" zur praktischen primären Suchtprävention für Lehrerinnen, Kita-Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Religionspädagoginnen und Kita-Leiterinnen.

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Aus der Sicht des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf umfasst das Kalenderjahr 2004 sowohl das zweite Schulhalbjahr 2003/04 als auch das erste von 2004/05. Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 16.400 Schülerinnen und Schüler in etwa 630 Klassen die insgesamt 58 Schulen. Sie werden von etwa 1.400 Lehrkräften unterrichtet.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden im Jahr 2004 in 56 Klassen knapp 1.300 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,0. Damit wurden vier Klassen mehr als im Vorjahr gebildet. Die Schülerzahl stieg weiter leicht an. Die Frequenz sank um ein Zehntel.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt die Stabilisierung auf niedrigem Niveau von etwa 1.200 Schülern.

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
1999/00	6	1039	50	20,8
2000/01	5	940	43	21,9
2001/02	4	1043	48	27,7
2002/03	3	1108	49	22,6
2003/04	2	1196	52	23,0
2004/05	1	1289	56	23,0

Der Prozess der Umstrukturierung im Primarbereich ist im Landkreis Teltow-Fläming aus schulfachlicher Sicht abgeschlossen. Allerdings ist es durchaus denkbar, dass von den Kommunen als Schulträger in den nächsten Jahren weitere Auflösungen bzw. Zusammenführungen von Schulstandorten aus ökonomischer Sicht für sinnvoll erachtet werden.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch im Jahr 2004 mit Hilfe des vorgeschriebenen Übergangsverfahrens. Dabei stand das Staatliche Schulamt vor der Aufgabe, etwa 1.230 Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend unterzubringen.

Im Vergleich zum Schuljahr 2003/04 ging die Anzahl der Schüler im siebten Jahrgang noch einmal um 500 zurück. Damit hat sich der Geburtenknick erstmals in der Sekundarstufe I massiv bemerkbar gemacht. Nach einem weiteren Rückgang im Schuljahr 2005/06 wird es zu einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau von 1.100 bis 1.200 Schülern pro Jahrgang kommen (siehe Tabelle Primarbereich).

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in unseren Schulen mit Sekundarstufe I (in Klammern sind zum Vergleich die Vorjahreszahlen eingefügt):

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	4 (4)	9 (11)	239 (309)	19,4 (17,6)
Gesamtschulen	10 (13)	24 (38)	559 (934)	45,4 (53,3)
Gymnasien	5 (5)	16(14)	432 (508)	35,2 (29,0)
gesamt	19 (22)	49 (63)	1.230 (1.751)	

Damit werden im Vergleich zum Vorjahr bei einem deutlichen Rückgang der Schüler 14 Klassen weniger gebildet.

Bemerkenswert ist, dass wegen zu geringer Schülerzahlen die Gesamtschulen Sperenberg und Niedergörsdorf den Unterrichtsbetrieb zum 1. August 2004 eingestellt haben. Die Gesamtschüler aus der Region Sperenberg werden zukünftig ihrem Wunsch entsprechend vor allem in Baruth/Mark untergebracht. Die Schüler aus Niedergörsdorf werden nach einem Übergangsjahr in Werbig ab 2005/06 in Jüterbog beschult.

Der im Vorjahr zu verzeichnende Rückgang bei den Gesamtschulen um etwa 2 % setzte sich im Jahr 2004 mit 8 % verstärkt fort. Die Gymnasien sind eindeutig Nutznießer des insgesamt zu verzeichnenden Schülerrückganges. Relativ hat diese Schulform noch einmal 6 % mehr Zulauf erhalten.

Besonderes Interesse bei vielen Eltern fanden auch in diesem Jahr wieder die sogenannten Leistungsprofilklassen (im Volksmund Schnellläuferklassen) und damit die Möglichkeit, nach der Klasse 4 bereits zum Gymnasium zu wechseln und dann nach insgesamt zwölf Jahren Schulbesuch das Abitur abzulegen. Im Landkreis Teltow-Fläming wurden beginnend mit dem Schuljahr 2001/02 an den Gymnasien in Blankenfelde, Ludwigsfelde und Luckenwalde solche Klassen eingerichtet, die das erste Jahr mit großem Erfolg absolviert haben und am Ende des Schuljahres 2002/03 in die Sekundarstufe I übernommen wurden. Ein neuer fünfter Jahrgang nahm an den oben genannten Standorten auch im August 2004 den Unterricht in drei Klassen auf.

Ab August 2004/05 konnte in der Gesamtschule Zossen mit Gymnasialer Oberstufe wiederum eine Klasse im Modellversuch 6 + 6 – ebenfalls eine Variante des auf zwölf Jahre verkürzten Wegs zum Abitur – eröffnet werden. Dies ist einer von zurzeit lediglich sieben Standorten in Brandenburg mit diesem Angebot.

Insgesamt wurde im Berichtszeitraum zielstrebig an mehreren zentralen Reformprojekten weitergearbeitet. Das betraf z. B. die Ausweitung der flexiblen Eingangsstufe in den Grundschulen, die Einführung von Prüfungen am Ende der 10. Klasse sowie die Vorbereitung des ersten Zentralabiturs in Brandenburg zum Ende des Schuljahres 2004/05.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr im Berichtszeitraum die Ausweitung des Ganztagsangebots an den Schulen des Landkreises. Nach der Antragstellung am 15. Dezember 2003 wurde mit den Schulen gemeinsam zielstrebig weiter an den Konzepten gearbeitet. So konnten die Grundschulen in Dabendorf und in Jüterbog (Schollgrundschule) zusätzlich zu den bereits bestehenden sechs Schulen zum 1. August 2004 ihren Betrieb als Ganztagschule aufnehmen.

Im Berichtszeitraum konnten erneut Fortschritte bei der weiteren Anpassung der Schullandschaft an die gesunkenen Schülerzahlen erreicht werden. Auch das Niveau der Bildung und Erziehung an unseren Schulen ist durch vielerlei gezielte Maßnahmen verbessert worden. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung der Mädchen und Jungen wurden weiterentwickelt. Das betrifft den Landkreis als bedeutendsten Schulträger und auch die Städte, Gemeinden und das Amt. Dabei wurden gezielt die Möglichkeiten genutzt, die das von der Bundesregierung aufgelegte Förderprogramm zur Ausweitung des Ganztagsbetriebs den Schulen eröffnete. Bescheide über Fördermittel in erheblichem Umfang wurden z. B. in Zossen, Jüterbog und in Luckenwalde übergeben.

Dezernat IV

Planungsamt

Wie in den vergangenen Jahren stand die Planung und Vorbereitung der Verkehrsinfrastruktur auch im Jahr 2004 im Mittelpunkt der Arbeit des Planungsamtes. Die unter der Federführung des Amtes vorbereiteten Verfahrensbeteiligungen und Projekte belegen die verantwortungsvolle Mitwirkung des Landkreises und seiner Fachämter an den wirtschaftlichen Entwicklungen im Landkreis Teltow-Fläming.

Seit dem 13. August 2004 liegt der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens Schönefeld vor. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat der Landkreis Teltow-Fläming den Planfeststellungsbeschluss hinsichtlich der fachlichen Betroffenheit geprüft und im Ergebnis festgestellt, dass keine Klagebefugnis des Landkreises beim Bundesverwaltungsgericht besteht.

Die durch die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH -Besitzgesellschaft- beantragte Änderungsplanfeststellung für den Verkehrslandeplatz Schönhagen konnte im Jahr 2004 nicht wie erwartet abgeschlossen werden. Die Verzögerung ergab sich auf Grund der vorgenommenen Nachmeldung des Naturschutzgebietes Nuthe-Nieplitz-Niederung (NNN) durch das Land Brandenburg als europäisches Vogelschutzgebiet (Special Protection Areas - SPA). Das Gebiet ist Brut-, Rast- und Überwinterungsgebiet seltener Wasservogelarten. Gemäß der europäischen Vogelschutzrichtlinie und deren Beachtung gilt auch beim Status eines faktischen Vogelschutzgebietes durch bloße Meldung das Verschlechterungsverbot. Die dadurch erforderlich gewordene Verträglichkeitsuntersuchung zwischen den Festlegungen der Vogelschutzrichtlinie und dem Ausbauvorhaben des Verkehrslandeplatzes wurde dem verfahrensführenden Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen (LBVS) übergeben. Der Planfeststellungsbeschluss wird nunmehr im Frühjahr 2005 erwartet.

Zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises Teltow-Fläming hatten die folgenden Vorhaben oberste Priorität:

Unterstützt durch die intensiven Bemühungen des Landkreises wurde der vierstreifige Ausbau der B 101n bis Luckenwalde weitergeführt. Nachdem die Abschnitte der B 101n zwischen der Landesgrenze Berlin/Brandenburg und Kerzendorf Süd bereits fertiggestellt sind und dem Verkehr übergeben wurden, konnten die Verkehrsverhältnisse für die in diesem Raum ansässigen Unternehmen schon entscheidend verbessert werden. Der Zubringerverkehr zur Bundesautobahn A 10 wurde bedeutend effektiver. Die Fahrzeiten wurden verkürzt, die Verkehrssicherheit konnte verbessert werden.

Mit dem Bau der Ortsumgehung Trebbin im Zuge der B 101n konnte ebenfalls begonnen werden. Der Nordteil der Ortsumgehung Luckenwalde im Zuge der B 101n wurde dem Verkehr übergeben. Für den Südteil der Ortsumgehung Luckenwalde ist das Planfeststellungsverfahren eröffnet und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Die Ortsumgehung Jüterbog ist in Betrieb.

Die Entwurfsplanungen für die Ortsumgehung Thyrow und den Abschnitt zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen befinden sich in der Erarbeitung. Es ist vorgesehen, die Planfeststellungsverfahren 2005 einzuleiten.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat sich auch im Jahr 2004 weiter für den Erhalt einer durchgängigen Kreisstraßenverbindung zwischen Berlin und Luckenwalde unter Einbeziehung der B 101 alt eingesetzt. Angepasst an die veränderten Bedingungen soll die Durchgängigkeit durch den Erhalt der B 101 alt zwischen Ortsausgang Heinersdorf und Trebbin gesichert und

im Anschluss daran über die Kreisstraße K 7220 von Löwendorf bis Luckenwalde geführt werden.

Gleichzeitig gilt es, diese Kreisstraßenverbindung mit einem separaten Radweg auszurüsten, um die Nord-Süd-Verbindung von Berlin zur Flaeming-Skate[®] des Landkreises Teltow-Fläming zu schaffen. Im Radwegekonzept des Landkreises Teltow-Fläming, mit dessen planerischer Umsetzung begonnen wurde, ist diese Maßnahme neben anderen vorgesehen. Der Radweg zwischen Kerzendorf und Trebbin befindet sich in Planung. Weiterhin begann die Planung eines Radweges entlang der B 246 von Löwendorf nach Schönhagen, um so den Lückenschluss an den Landkreis Potsdam-Mittelmark zu erzielen.

Intensive Bemühungen zur Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung entlang der B 96, der 2. Nord-Süd-Radiale, zur Flaeming-Skate[®] laufen ebenfalls. Die Planung des Radweges zwischen dem Bahnhof Klasdorf und dem Ort Klasdorf wurde fortgeführt.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation im nördlichen Teil des Landkreises wurde mit den Bauarbeiten zum vierstreifigen Ausbau der Bundesstraße B 96 von der südlichen Stadtgrenze Berlins bis zur Autobahnanschlussstelle der A 10 bei Rangsdorf begonnen. Der Streckenabschnitt der B 96 zwischen der Landesstraße L 76 und der Landesgrenze Berlin/Brandenburg konnte einschließlich des Kreuzungsbauwerkes dem Verkehr übergeben werden. Weitere Brückenbauwerke befinden sich gegenwärtig im Bau. Der Landkreis Teltow-Fläming hat im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange aktiv an der planerischen Gestaltung des Ausbaus der B 96 mitgewirkt.

Intensive Bemühungen der Gemeinde Mahlow, die vom Landkreis Teltow-Fläming aktiv unterstützt wurden, führten dazu, dass das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Ortsumgehung Mahlow im Zuge der L 76 in Form der Südvariante eingestellt wurde. Gegenwärtig befinden sich die Planfeststellungsunterlagen für den Ausbau der L 76 in Form der Mittelvariante in der Erarbeitung.

Zur Verbesserung der Situation der Ortslagen, durch die Kreisstraßen führen, befinden sich weitere Maßnahmen in der Planung. Im Rahmen der Ortsverbindung Ruhlsdorf – Liebätz, 1. Bauabschnitt, wurden die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet, so dass die Beantragung der Planfeststellung im April 2004 erfolgen konnte. Für die Verlagerung der Ortsdurchfahrt Dornswalde werden derzeit die Entwurfs- und Genehmigungsunterlagen erarbeitet. Die Planfeststellung zur Ortsumgehung Dabendorf K 7234 befindet sich noch im Verfahren.

Von dem 1995 durch den Landkreis Teltow-Fläming gestarteten Projekt Flaeming-Skate[®] wurden bis Mitte 2004 ca. 170 km fertig gestellt. Zur Erhöhung der Attraktivität wird der große, ca. 100 km lange Rundkurs um etwa 50 km ergänzt. Die Planungen der ersten Abschnitte von rund 25 km, Werder – Bochow/RSW sowie Fröhden – Wahlsdorf, wurden 2004 beauftragt. Der Zuwendungsbescheid für den Abschnitt Werder – Bochow/RSW konnte im September 2004 erteilt werden. Baubeginn war der 30. September 2004. Fördermittel für den Abschnitt Fröhden – Wahlsdorf stehen für 2005 in Aussicht. Für einen weiteren Abschnitt von ca. 4,7 km von Dahme/Mark bis zum Körbaer Teich wurde die Planung 2004 fertiggestellt.

Die von Berlin und seinen Nachbarn in Brandenburg gebildeten Nachbarschaftsforen haben sich das Ziel gestellt, den Nachbarschaftsraum gemeinsam zu gestalten. So ist die touristische Erschließung des Freiraumverbundes des nördlichen Teltow für die südlichen Bezirke Berlins und die Nachbargemeinden von gegenseitigem Interesse. Unter diesem Aspekt wurde im kommunalen Nachbarschaftsforum AG Süd, welches sich aus Vertretern der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, der Stadt Potsdam sowie den angrenzenden Berliner Stadtbezirken zusammensetzt, die Entwicklung eines touristischen Wegenetzes vereinbart. Dabei geht es darum, interessante Verbindungen

durch landschaftlich schöne und kulturell bedeutende Gebiete zu entwickeln und so ein Netz von befahrbaren Wegen zu ermitteln und auszuschildern. Dem Landkreis Teltow-Fläming wurde die Federführung für die Umsetzung des Projektes übertragen.

Folgender Arbeitsstand konnte hierbei erreicht werden: Nachdem die digitale Erfassung der vom Büro Masterplan erarbeiteten tangentialen und radialen Radrouten vorgenommen wurde, erfolgte die Überprüfung aller Wege auf ihre Befahrbarkeit und ihren Zustand. In Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden wurden gegebenenfalls Alternativrouten gewählt. Gemeinsam mit dem Dachverband der Regionalparks in Brandenburg und Berlin e. V. steht jetzt die Umsetzung des in einer Länge von rund 350 Kilometern geplanten Wegenetzes bevor.

Besonderer Wert wurde auf eine schnelle und kompetente Beantwortung der Anfragen von Investoren zur Standortsuche im Landkreis Teltow-Fläming gelegt. Auch wird eine enge Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Zukunftsagentur Brandenburg entwickelt.

In der Gemeinde Niedergörsdorf konnten beispielsweise die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Ansiedlungsabsicht eines Recyclingunternehmens auf der ehemaligen militärischen Liegenschaft Vorwerk Malterhausen abgesteckt werden.

In Ludwigsfelde ging im Mai 2004 der Bebauungsplan (BP) für das "Sportzentrum Fichtestraße" in das offizielle Trägerbeteiligungsverfahren. Damit werden u. a. die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau eines Schwimmbades mit einem 25 m Sportbecken, mehrere Thermalbecken, Sauna- und Wellnessbereiche geschaffen. Das Planungsamt begleitet das Bauleitplanverfahren.

Ein Beitrag zur Nachnutzung regenerativer Energien wurde im Jahre 2004 auch von Unternehmen im Landkreis geleistet. So konnten Genehmigungen für drei Bebauungspläne für Windparks in den Gemeinden Wildau-Wentdorf, Görsdorf und Kemnitz erteilt werden. Die darin genehmigten 46 Windkraftanlagen sind bereits in Betrieb. Ferner bestehen Nachfragen nach Standorten für Fotovoltaikanlagen in den Gemeinden Niedergörsdorf und Groß Kienitz.

Die Durchführung des förmlichen Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan, Teilplan „Windenergienutzung“, wurde mit Stand vom 22. Juni 2004 beendet. Das am 20. September 2004 eröffnete Genehmigungsverfahren wurde am 21. Dezember 2004 mit der Genehmigung abgeschlossen. Die Genehmigung des Teilplans schafft die Voraussetzung für die Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Zossen zur Ausrichtung der Landesgartenschau im Jahre 2009 wurde das Planungsamt beratend und unterstützend tätig.

Auch im Bereich der Städtebauförderung gab es Bewegung. Nach Maßgabe der Förderrichtlinien zur Stadtentwicklung und zur Stadterneuerung des Ministeriums für Stadtentwicklung Wohnen und Verkehr (MSWV) gewährt das Land Brandenburg Zuwendungen für städtebauliche Planungen und Untersuchungen sowie zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen nach dem BauGB. Durch mehrere kreisangehörige Gemeinden wurden, teilweise auf der Grundlage von Bauleitplanverfahren, städtebauliche Entwicklungen eingeleitet und zu deren Umsetzung Förderungen im Rahmen verschiedenster Bund-Land-Programme beantragt. Die Anträge werden dem Landkreis im Parallelverfahren zur Prüfung vorgelegt. Das Planungsamt beurteilt die städtebaulichen Maßnahmen im Hinblick auf Förderwürdigkeit sowie die beabsichtigte kreisliche Entwicklung und leitet ferner die Standpunkte der Kommunalaufsichtsbehörde und unteren Denkmalschutzbehörde als gebündelte Stellungnahme an die Bewilligungsbehörde weiter. Dies führte u. a. zur Bewilligung von ca. 2,5 Mio. € Städtebaufördermitteln zu Gunsten der antragstellenden Gemeinden für das Programmjahr 2004. Für den Stadtumbau in Luckenwalde, der im Hinblick auf

Leerstandsbeseitigung und neue stadträumliche Gestaltungen hohe Priorität errang, konnten im Programmjahr 2004 355 T€ Stadt-umbaumittel bewilligt werden.

Die Koordinierungsgruppe als ein zwischen den Dezernaten II, IV, dem Wirtschaftsförderungsbeauftragten des Landrates und der SWFG wirkendes ressortübergreifendes Bindeglied hat sich eine Verwaltung der kurzen Wege zur Maxime gemacht. Durch die Arbeit der Koordinierungsgruppe wird der Informationsfluss zwischen den Ämtern erheblich verkürzt und eine gezielte Abstimmung von Aufgaben und Informationen ermöglicht. Die Ergebnisse der Arbeit der in zweiwöchigem Turnus stattfindenden Sitzungen finden ihren Niederschlag in den Sitzungsprotokollen. Die Protokollführung obliegt dem Planungsamt.

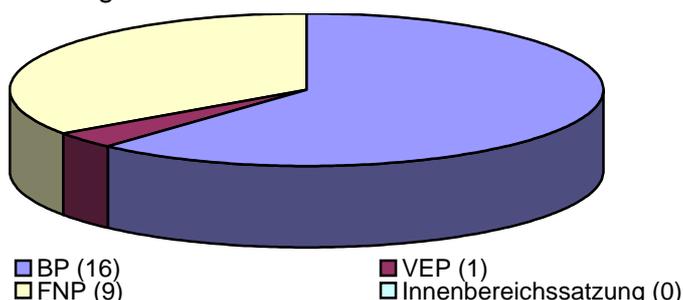
Die Kreisentwicklungskonzeption befindet sich aufgrund der Nichtigkeit des Regionalplanes Havelland-Fläming in Überarbeitung. Dabei sind die Ergebnisse der neuesten Bevölkerungsprognose, die erhebliche Bevölkerungsverluste besonders im äußeren Entwicklungsraum und auch in den Städten erwarten lässt, in die Überarbeitung eingeflossen. Auch waren die Ergebnisse der Gemeindegebietsreform in den einzelnen Fachkapiteln zu berücksichtigen. Darüber hinaus finden die festgelegten Grundsätze und Ziele des LEP GR sowie der anderen Raumordnungspläne ihren Eingang in die Kreisentwicklungskonzeption. Die Überarbeitung wurde in den jeweiligen Fachausschüssen des Kreistages ausführlich beraten.

Die Landesregierungen der Länder Berlin und Brandenburg haben am 20. Juli 2004 den Landesentwicklungsplan für den Gesamttraum Berlin-Brandenburg (LEP GR) – ergänzende Festlegungen für den äußeren Entwicklungsraum – beschlossen. Die Verordnung über den LEP GR ist am 18. August 2004 in Kraft getreten. Mit dem LEP GR wird eine Flächenvorsorge für künftige Entwicklungen im ländlichen Raum, insbesondere dem äußeren Entwicklungsraum im Landkreis, getroffen.

Bei allen Planungen kommt dem geografischen Informationssystem (GIS) des Landkreises auf Grund der ständig wachsenden Anwendungsbreite immer mehr Bedeutung zu. In wachsendem Umfang arbeitet das Planungsamt sowohl an eigenen Aufgabenstellungen als auch an Themen für die Fachämter unseres Hauses und für die nachgeordneten Einrichtungen, wie die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Tourismusverband Teltow-Fläming e. V. und die Flaeming-Skate® GmbH. Die Zusammenarbeit mit einigen Gemeinden gestaltet sich ebenfalls immer vielfältiger.

Die Beziehungen mit dem Landesumweltamt des Landes Brandenburg (LUA) zur Pflege des Planungsinformationssystems (PLIS) konnten weiter ausgebaut werden. Im Landkreis digitalisierte Pläne werden dem LUA zur Verfügung gestellt. Sachdaten werden durch die Plange-nehmigungsbehörde aufbereitet. Im vergangenen Jahr wurde wiederum eine Vielzahl weiterer Pläne mit den neuen georeferenzierten Plangrundlagen des automatisierten Liegen-schaftskatasters verschnitten.

Zu den wesentlichen Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde nach dem BauGB zählen u. a. die Antragsbearbeitung von genehmigungs- bzw. anzeigepflichtigen Bauleitplänen und anderen Satzungen. Im Jahr 2004 (Stand: 30.10.2004) wurden 26 Anträge registriert, wie in der Grafik dargestellt.



Die eingehenden Vorgänge wurden auf Einhaltung der formellen und materiell-rechtlichen Anforderungen geprüft. Auf Grund festgestellter planungsrechtlicher Mängel mussten 20 Anträge (rund 75 %) beanstandet werden. Drei Fälle (gut 10 %) wiesen sogar derart gravierende Unzulänglichkeiten auf, dass die Anträge zwecks Überarbeitung von den Kommunalverwaltungen zurückgezogen wurden. Lediglich fünf Anträge (ca. 20 %) konnten ohne weitere Nebenbestimmungen positiv beschieden werden. Die durchgeführten Beratungen mit den Verwaltungen, Planern und Investoren dienten der Klarstellung und Erläuterung der materiellen und formellen Probleme, um anschließend eine zügige Mängelbehebung vornehmen zu können.

Zu den genehmigten Plänen gehörten z. B. die Justizvollzugsanstalt für die Stadt Berlin in der Gemeinde Großbeeren (BP „JVA Heidering“), ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb sowie weitere Nutzungen in Luckenwalde (BP „Einkaufspark Burg“), geänderte Standortanforderungen des Getränkeherstellers „Baruther Urstromquelle“ in Baruth (BP „Bernhardsmüh I/III“), größere gemeinsame Windenergieprojekte auf dem Gebiet der Stadt Dahme/Mark und der Gemeinde Dahmetal sowie ein Wohngebiet der Stadt Ludwigsfelde (BP „Kiefern-siedlung“). Des Weiteren wurden die bereits wirksamen Flächennutzungspläne der Gemeinden Am Mellensee und Niederer Fläming geändert und neuen Anforderungen angepasst.

Im Zuge der Verfahrensdurchführung erhalten Städte und Gemeinden von der höheren Verwaltungsbehörde unterstützende Beratung zur Vorbereitung ihrer Planungen. Vielfältige Probleme beim Aufstellungs- und Änderungsverfahren konnten so einer Lösung zugeführt werden.

Die Widerspruchsverfahren werden in der höheren Verwaltungsbehörde selbstständig abgewickelt. Ein Klageverfahren, das 1999 eingeleitet wurde, ist im März im Zuge der Verhandlung durch Rücknahme der Klage beendet worden. Für die zurzeit anhängigen zwei Klageverfahren der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow (Bebauungsplan „Bahnhofsschlag“) und der Gemeinde Großbeeren (Bebauungsplan „Wördenplan“) erhielt das Rechtsamt fachlich Zuarbeiten. Mit Entscheidungen in diesen Fällen ist nicht vor 2005 zu rechnen.

Seit dem Jahr 2000 kommt in der höheren Verwaltungsbehörde das Planungsinformationssystem (PLIS) zum Einsatz. Mit diesem Informationssystem werden u. a. Daten über sämtliche Bauleitplanungen der Länder Brandenburg und Berlin aufbereitet. Zurzeit läuft auf Grund der Gemeindestrukturreform eine Überarbeitung der erfassten Flächennutzungspläne, an der auch die höhere Genehmigungsbehörde maßgeblich beteiligt ist.

Das Planungsamt begleitet schon seit Jahren fachlich den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming.

Kataster- und Vermessungsamt

Die klassischen Kartenwerke und Nachweise des Liegenschaftskatasters sowie die Methoden der Kartennutzung werden bis zum Ende 2006 durch digitale Systeme vollständig abgelöst sein. Das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming investierte im zurückliegenden Jahr viel Kraft, um das Gut „digitale Daten“ beratend vor Ort zu vermarkten und betreuen zu können. Für eine Vielzahl von Nutzern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Kooperationspartner und private Antragsteller konnten bereits Geobasisdaten bereitgestellt werden.

Für Städte, Gemeinden und Ämter verbesserten sich mit der Einführung eines digitalen und homogenen Flurkartenwerkes die Möglichkeiten der Nutzung für eigentumsbezogene Planungen in Verwaltung und Wirtschaft entscheidend.

Projekt Forcierte Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte (FALKE)

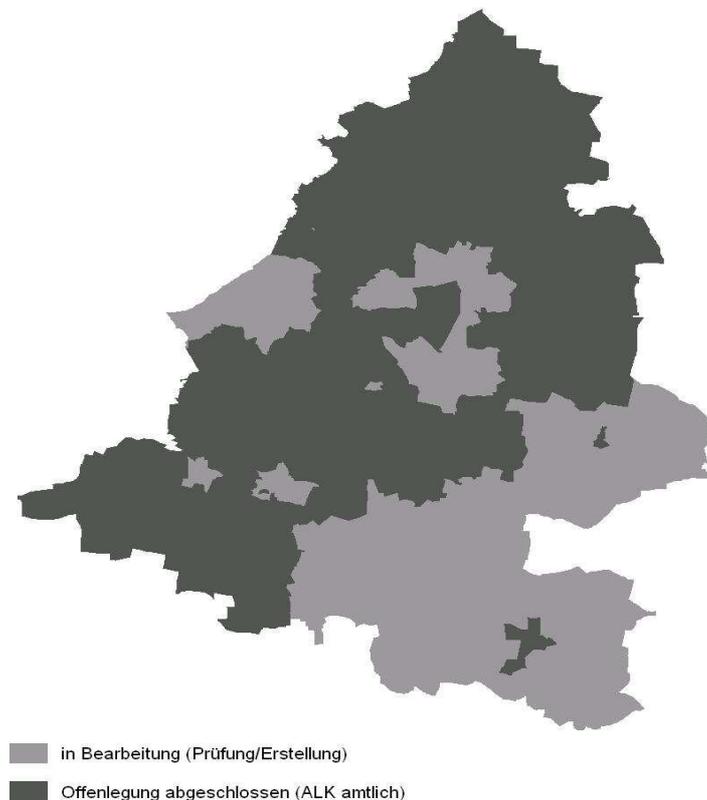
Das durch die Europäische Union geförderte Projekt FALKE befindet sich im vierten Jahr seiner Laufzeit. Das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming kann zum Jahresende 2004 auf 65% fertiggestellte ALK verweisen, die das bis dahin analoge Flurkartenwerk ablöste.

Die Landkreise und kreisfreien Städte (Kataster- und Vermessungsämter) und das Land Brandenburg stellen von der Gesamtsumme im Rahmen der Co-Finanzierung je 12,5 % in den Fördertopf ein. Den Hauptanteil in Höhe von 75 % stellt die EU im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung zur Verfügung. Im Jahr 2004 sind für das Kreisgebiet FALKE-Aufträge in Höhe von 380.000,- € ausgelöst worden.

Als ein weiteres EU-gefördertes Projekt wurde in diesem Jahr mit der Erarbeitung von digitalen Bodenschätzungsangaben begonnen. Die hier erzeugten Daten werden die Informationsfülle der Automatisierten Liegenschaftskarte weiter erhöhen und Nutzern, besonders aus landwirtschaftlichen Bereichen, zur Verfügung stehen.

Bearbeitungsstand der ALK

Teltow-Fläming



Im Jahre 2004 wurden 2.672 schriftliche Anträge (2003: 3.964 Anträge) auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet (z.B. Flurkartenauszüge, Eigentumsnachweise). Die rückläufige Zahl des analogen Antragsgeschäftes lässt sich durch die Umstellung vieler Kunden auf digitale Auskunftssysteme erklären. Flurkartenauszüge in digitalen Formaten wurden im Jahr 2004 für insgesamt 750 km² verkauft.

Bei der Voreigentümerrecherche ist die Anzahl der Anträge von 747 im Jahr 2003 auf 340 im Jahr 2004 abgefallen.

Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 2.144 Anträge (2003: 1.831 Anträge) auf Unterlagenerteilung gestellt. Mit Hilfe einer Projektgruppe konnte die Frist für die Bereitstellung von Vermessungsunterlagen auf zwei Wochen reduziert werden. Die wiederum angestiegene Zahl von Anträgen Öffentlich bestellter Vermessungsingenieure (ÖbVI) auf Katasterunterlagen zeugt von intensiver Messtätigkeit im Landkreis Teltow-Fläming.

Die örtliche Messtätigkeit des Kataster- und Vermessungsamtes wird durch drei Messtrupps erledigt, ein Messtrupp arbeitet ausschließlich für kommunale Projekte, überwiegend an der Erarbeitung von Planungsunterlagen und der Schlussvermessung am Projekt Rad- und Skaterweg.

1.654 Vermessungsschriften wurden durch die ÖbVI's oder durch das Kataster- und Vermessungsamt Teltow-Fläming zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und bearbeitet (2003: 1.320 Anträge). Die überwiegend Teilungen und Gebäudeeinmessungen sind nach ca. zwei Monaten in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.

Automatisierter Punktnachweis

Auskünfte aus dem Lage- und Höhenfestpunktfeld, überwiegend für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure erfolgen jetzt aus einer Datenbank. Aufwändige Kopierarbeiten können somit entfallen und die Unterlagen werden als Rasterdaten auf Datenträgern übergeben. Die Erfahrungen und Ideen aus dem Aufbau dieses Punktservers gaben den Startschuss für ein kommunales webbasiertes Graphisches Informationssystem (GIS), das im Jahr 2005 zum Einsatz kommen muss.

Gutachterausschuss Teltow-Fläming

Der Gutachterausschuss Teltow-Fläming ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das die Grundstücksverkäufe im Landkreis mit Hilfe seiner Geschäftsstelle registriert und wertet. Zum 1. Januar 2004 begann die 5-jährige Legislaturperiode eines neu gewählten Gutachterausschusses.

Ein starkes Nord-Süd-Gefälle ist auch im Jahr 2003 beim Geldumsatz der ca. 2.500 Grundstücksverkäufe im Landkreis zu verzeichnen. Die von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses jährlich vorzulegende Bodenrichtwertkarte und der Grundstücksmarktbericht für das Jahr 2004 erscheinen im Frühjahr 2005.

Grundstücksmarktbezogene Themen wie Sanierung, Stadtumbau (Luckenwalde), Entschädigung bei Enteignung sind Anlass, auf das Erfahrungspotential der 16 Mitglieder des Gutachterausschusses Teltow-Fläming zurückzugreifen.

Die Geschäftsstelle befasst sich ebenso wie alle anderen Bereiche des Kataster- und Vermessungsamtes damit, bisher analoge Arbeiten zu minimieren und auf digitale Daten zurückzugreifen. So wird die Bodenrichtwertkarte des Landkreises bereits digital vorgehalten, die Erarbeitung einer digitalen Kaufpreiskarte wird derzeit getestet.

Ausbildungssituation

Im Jahr 2004 wurden zwei Auszubildende für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Insgesamt betreut das Kataster- und Vermessungsamt mit 50 Bediensteten zur Zeit fünf Auszubildende dieser Ausbildungsrichtung. Im Sommer 2004 beendeten zwei AZUBI's ihre Ausbildung, ein junger Mitarbeiter nahm das Angebot der Kreisverwaltung an, eine für ein Jahr befristete Tätigkeit im Kataster- und Vermessungsamt aufzunehmen. Er unterstützt den für den Rad- und Skaterweg gebildeten kommunalen Messtrupp.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

1. Untere Bauaufsichtsbehörde

Nachdem im Herbst des vergangenen Jahres die neue Brandenburgische Bauordnung mit ihrer umfassenden Konzentrationswirkung in Kraft getreten war, sollte es interessant werden, wie die neuen Regelungen sich auswirken würden. Ziel der Novelle war ja einerseits eine Verfahrensbeschleunigung und andererseits eine Verfahrensvereinfachung dadurch, dass andere, im Zusammenhang mit den Vorhaben neben der Baugenehmigung notwendige Genehmigungen (naturschutzrechtliche, wasserrechtliche, denkmalschutzrechtliche etc.) in konzentrierter Form, in dem einen Verwaltungsakt „Baugenehmigung“ zusammen erteilt werden sollten. Es sollte das Ziel erreicht werden, „nicht den Bürger, sondern die Verwaltung laufen zu lassen“.

Nachdem nunmehr die Neuregelungen länger als ein Jahr in Kraft sind, ist eine vorläufige Bilanz möglich. Es hat sich zwar herausgestellt, dass der höhere Koordinationsbedarf im Laufe der Verfahren und die größere Verantwortung bei dem Erteilen der Genehmigung für die Bauaufsichtsbehörde selbst einen größeren Aufwand mit sich bringt, gleichwohl konnten aber die bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren im Durchschnitt deutlich verkürzt werden. Dies sowohl - wie oben bereits erwähnt - in zahlreichen Baugenehmigungen noch andere Genehmigungen enthalten sind, die im Gegensatz zu früher, nicht mehr getrennt eingeholt werden müssen. Es sind auch keine nennenswerten Schwierigkeiten im Umgang mit den neugestalteten Genehmigungsverfahren erkennbar geworden, so dass insgesamt die Novelle als erfolgreich angesehen werden muss. Bemerkenswert für die Bauaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming ist daneben, dass es gelungen ist, die Genehmigungsverfahren zu verkürzen, obwohl durch die Teilnahme von neun Sachbearbeitern an Berufsbildungsmaßnahmen eine doch recht große Arbeitskapazität nicht zur Verfügung stand.

Ein besonderes Augenmerk ist im letzten Jahr auf die Notwendigkeit gerichtet worden, die bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren wirtschaftsförderlich zu gestalten. Natürlich ist es keine neue Erkenntnis, dass Behörden Dienstleister sein sollen, aber das Lippenbekenntnis ist das eine, die systematisierte Umsetzung des Dienstleistungscharakters ist ein anderes, zumal in einer Ordnungsbehörde. Notwendig ist die Zielbestimmung, dass jeder einzelne Mitarbeiter, auf jedem Arbeitsplatz, durch seine Verwaltungstätigkeit dazu beitragen möchte, Hindernisse zu beseitigen, Genehmigungen gerne erteilen zu wollen, für Beratung und Auskünfte offen zu sein und Verfahren aus eigenem Antrieb zu beschleunigen. Niemand, der in unserem Landkreis wirtschaftlich etwas auf die Beine stellen will, darf den Eindruck gewinnen, dass er nicht gefördert wird, unerwünscht ist oder gar behindert wird. Wenn ein Vorhaben an einer Stelle aus Rechtsgründen nicht verwirklicht werden kann, muss in Zusammenwirken mit anderen Stellen versucht werden, dem Investor andere Möglichkeiten innerhalb unseres Landkreises aufzuzeigen. Ein solches Handeln bedarf freilich intensiver Koordination und erfordert häufig schnelles, flexibles Handeln. Das funktioniert zunehmend besser.

Beispielhaft zu sehen ist dies am größten bauaufsichtlichen Vorhaben in diesem Geschäftsjahr, dem VW-Distributionszentrum im Preußen-Park in Ludwigsfelde. Dieses Genehmigungsverfahren, welches parallel zur Aufstellung eines Bebauungsplanes lief, war innerhalb von sieben Wochen abgeschlossen. Bei aller Wertschätzung für die „kleinen“ Vorhaben, die im Laufe eines Jahres zu bearbeiten sind, darf man doch sagen, dass ein solches Vorhaben, was besondere Bedeutung für die Region hat, auch in besonders intensiver Weise begleitet wird. Das neu entstehende Distributionszentrum wird mehr als 330 deutsche VW- und Audi-Partner mit ca. 100.000 der gängigsten Ersatzteile in allen neuen Bundesländern beliefern. Dort entstehen (inklusive Verwaltung) ca. 400 Arbeitsplätze.

Auf einer Grundstücksfläche von 120.750 m² entsteht eine Nutzfläche von 53.100 m² (zusätzlich Erweiterungsmöglichkeit über 16.300 m²) sowie 440 PKW-Stellplätze. Der umbaute Raum von 548.300 m³ entspricht dem Rauminhalt von ca. 1.000 Einfamilienhäusern.

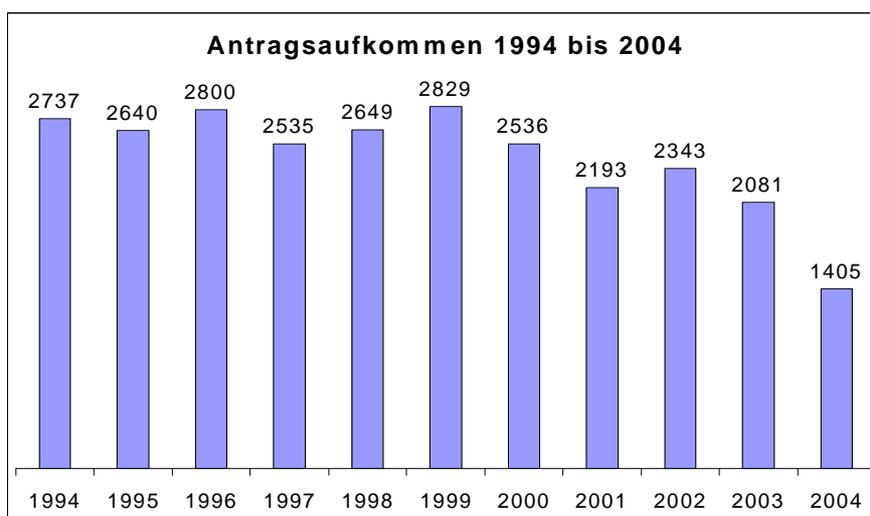
Daneben in besonderer Weise zu erwähnen ist der in diesem Geschäftsjahr genehmigte 2. Bauabschnitt für das Laminatwerk Classen im Holzkompetenzzentrum Baruth. Hier entstehen ca. 50 Arbeitsplätze. Die Genehmigung dauerte in diesem Fall acht Wochen. Bedauerlicherweise ist die Ansiedlung des Möbelhauses Krafft im Brandenburg-Park in Ludwigsfelde gescheitert. Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Unternehmens wurde der Bauantrag zurückgezogen, als er schon genehmigungsfähig war. Trotz dieses Scheiterns wird aber voraussichtlich in der Zukunft ein anderer Anbieter am gleichen Standort ein Möbelhaus errichten. Der Zeitpunkt allerdings ist noch nicht absehbar.

Es reicht natürlich nicht aus, die oben genannten Ziele zu verfolgen, es muss auch überprüfbar sein, ob diese erreicht worden sind. Maßgebend dafür kann nicht die Beurteilung der Behörde selbst sein, sondern die Beurteilung der Betroffenen, der Antragsteller. Aus diesem Grund wird auch die Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde ein Beschwerdemanagement einrichten, welches es ermöglicht, über die Rückkopplung zu den Partnern im Genehmigungsverfahren Auskunft zu erhalten, wie diese mit der Arbeit der Genehmigungsbehörde zufrieden waren. Darüber wird man dann Aufschluss bekommen, an welchen Stellen noch Verbesserungen möglich sind.

Weitere interessante Möglichkeiten wird das sogenannte eGovernment, welches voraussichtlich zum Anfang des Jahres 2005 in ersten Schritten eingeführt wird. Hiermit wird das Ziel verfolgt, elektronisch interaktiv Genehmigungsverfahren abzuwickeln. Das wird insbesondere für Architekten eine hoch interessante Möglichkeit werden.

Bedauerlich, aber nachvollziehbar ist, dass sich der gegenwärtig überall in der Gesellschaft vorzufindende Pessimismus auch auf den Umfang des Baugeschehens ausgewirkt hat. Die Anzahl der unmittelbar auf das Bauen gerichteten Antragsverfahren (Baugenehmigungen, Bauanzeigen etc.) ist im vergangenen Jahr um 32,5 % zurückgegangen. Das ist ein Rückgang nie da gewesener Größe, von welchem die Gemeinde Niedergörsdorf mit 70,2 % am stärksten betroffen ist. Vergleichsweise glimpflich davon gekommen ist in diesem Jahr die Kreisstadt Luckenwalde mit einem Rückgang von 16,5 %.

Statistik



Entwicklung der Bautätigkeit 2004

	Gemeinde/Stadt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	336	33,8	23.182	1,4	55	6,1
	Großbeeren	103	10,4	6.701	1,5	52	2,0
	Rangsdorf	133	13,4	9.102	1,5	34	3,9
	Trebbin	86	8,7	9.199	0,9	126	0,7
	Zossen	162	16,3	17.065	0,9	180	0,9
	Ludwigfelde	174	17,5	24.152	0,7	109	1,6
	gesamt	994		89.401	1,1	556	1,8

	Gemeinde/Stadt/Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
äußerer Entwicklungsraum	Baruth/Mark	46	11,2	4.480	1,0	232	0,2
	Dahme/Mark	31	7,5	7.329	0,4	251	0,1
	Am Mellensee	60	14,6	6.757	0,9	104	0,6
	Niederer Fläming	22	5,4	3.690	0,6	185	0,1
	Niedergörsdorf	14	3,4	7.078	0,2	205	0,1
	Nuthe-Urstromtal	57	13,9	7.215	0,8	338	0,2
	Jüterbog	65	15,8	13.473	0,5	176	0,4
	Luckenwalde	116	28,2	21.613	0,5	46	2,5
	gesamt	411		71.635	0,6	1.537	0,3
	Landkreis gesamt	1.405		161.036	0,9	2.093	0,7

Anzahl der Bauanträge

Bauanträge	2001	2002	2003	2004	Entwicklung 2001 zu 2002	Entwicklung 2002 zu 2003	Entwicklung 2003 zu 2004	Entwicklung 2001 zu 2004
Amt Dahme/Mark	69	86	69	31	+ 24,6	- 19,8 %	- 55,1 %	- 55,1 %
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	397	455	448	336	+ 14,6	- 1,5 %	- 25,0 %	- 15,4 %
Gemeinde Großbeeren	87	147	164	103	+ 69,0	+ 11,6 %	- 37,2 %	+ 18,4 %
Gemeinde Rangsdorf	112	225	186	133	+ 13,4	- 17,3 %	- 28,5 %	- 39,8 %
Stadt Trebbin	30	199	151	86	+ 66,7	- 24,1 %	- 43,0 %	- 39,0 %
Stadt Zossen	38	308	259	162	+ 44,7	- 15,9 %	- 15,9 %	- 44,5 %
Stadt Ludwigfelde	103	190	242	174	- 2,9	+ 24,3 %	- 28,1 %	- 13,4 %
Stadt Baruth/Mark	221	82	66	46	+ 1,8	- 19,5 %	- 30,3 %	- 38,7 %
Gemeinde Am Mellensee	75	127	91	60	+ 9,3	- 28,3 %	- 34,1 %	- 46,4 %
Gemeinde Niederer Fläming	141	50	42	22	- 19,1	- 16,0 %	- 47,6 %	- 26,7 %
Gemeinde Niedergörsdorf	201	55	47	14	- 5,5	- 14,5 %	- 70,2 %	- 63,2 %
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	224	100	81	57	- 9,8	- 19,0 %	- 29,6 %	- 44,7 %
Stadt Jüterbog	141	114	95	65	+ 41,1	- 16,7 %	- 31,6 %	- 53,9 %
Stadt Luckenwalde	292	202	139	116	+ 5,5	- 31,2 %	- 16,5 %	- 48,2 %
gesamt	2.131	2.340	2.080	1.405	9,8	- 11,1 %	- 32,5 %	- 34,1 %

2. Untere Denkmalschutzbehörde

Im Jahr 2004 fand eine wesentliche Zäsur in der Arbeitsstruktur der unteren Denkmalschutzbehörden statt: das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz wurde novelliert und trat als neue Fassung zum 1. August in Kraft. Die weitreichenden Änderungen verfolgen hauptsächlich das Ziel, die Denkmallisten des Landes Brandenburg fertig zu stellen. Nach wie vor ist der Denkmalbestand auch des Landkreises Teltow-Fläming nicht vollständig inventarisiert und in die Liste eingetragen. Nach dem alten Verfahren wurden bis zum 1. August noch 24 Denkmale durch das so genannte konstitutive Eintragungsverfahren unter Schutz gestellt. Mit Inkrafttreten des novellierten Gesetzes wird die Eintragung eines Denkmals in die Denkmalliste des Landes Brandenburg nachrichtlich vollzogen, das heißt, dass die Fachbehörde, das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum den Denkmalwert feststellt und zugleich ohne Verwaltungsakt das jeweilige Objekt in die Liste einträgt. Die Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigten werden dann von den unteren Denkmalschutzbehörden lediglich über die Eintragung informiert. Somit sind nun Denkmale kraft Gesetz geschützt, die Eintragung in die Liste hat nur noch das Ziel, Eigentümer und Öffentlichkeit zu informieren.

Die Zahl der Denkmale wird sich durch das neue Verfahren rascher erhöhen, die Arbeit der unteren Denkmalschutzbehörden künftig von der Eintragung auf eine intensivere Betreuung der Denkmale verlagern. Bis zum Ende des Jahres 2004 ist der Denkmalbestand des Landkreises um 40 Denkmale angewachsen.

Einige größere Projekte wurden in diesem Jahr fortgesetzt, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, da Fördergelder drastisch zurückgefahren wurden. Das Kulturquartier im mittelalterlichen Franziskanerkloster in Jüterbog kann voraussichtlich 2005 fertiggestellt werden. Im Unterschied hierzu gestaltet sich die Sanierung der berühmten Mendelsohnhalle in Luckenwalde sehr problematisch. Sie wird als einziges Denkmal des Landkreises aus dem Programm „National bedeutende Denkmale“ des Bundes gefördert. Die bereit gestellten Mittel reichen jedoch nur zu einer notdürftigen Sicherung, die in kleinen Schritten erfolgen muss. Das Heimatmuseum in Luckenwalde, derzeit in Arbeit, soll 2006 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es ist in einem Schulbau des 19. Jahrhunderts untergebracht, der nach der Sanierung auch die Touristeninformation der Stadt beherbergen wird.

Die Kirche Sankt Sebastian in Baruth/Mark, eine weithin sichtbare Doppelturmanlage des 15. Jahrhunderts, konnte über ein Notprogramm vor dem akuten Einsturz gerettet werden. Während der laufenden Arbeiten an den Fundamenten wurde das Bund-Länderprogramm „Dach und Fach“ ersatzlos eingestellt, was den Kirchenbau in große Gefahr brachte. Trotz der nahezu ausweglosen Situation gelang es auch in diesem Jahr, zahlreiche Denkmale durch Einsatzbereitschaft und Ideenreichtum aller Beteiligten dem Landkreis und seinen Bewohnern zu erhalten. Die Sicherung der Dahmer Schlossruine wurde ebenfalls unter großer Anteilnahme der Bevölkerung fortgeführt; Stadtsanierungen (Dahme/Mark, Jüterbog) mit städtebaulichem Denkmalschutz werden nach wie vor auf hohem Niveau weiter vorangebracht. Das Haus des Aero-Club in Rangsdorf, ein für die Architekturgeschichte bedeutsamer Bau des Architekten Sagebiel von 1936, wurde instandgesetzt, das Wasserkwerk in Petkus als ABM-Projekt in der Jugendarbeit vorbildlich saniert und der Gemeinde zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen eines ABM-Projektes konnte der Denkmalbestand der Städte Luckenwalde, Trebbin und Jüterbog erfasst werden. Dieses Projekt mit dreißig Teilnehmerinnen wurde sehr erfolgreich im Frühjahr abgeschlossen. Trotz der erschwerten Bedingungen konnte ein kleineres Projekt für die Stadt Dahme/Mark und den Ort Petkus 2004 realisiert werden. Die Bestandsaufnahmen in katalogisierter Form dienen der unteren Denkmalschutzbehörde als wertvolle Arbeitsgrundlage und weckten im Nebeneffekt bei den Teilnehmerinnen Akzeptanz

und Interesse bis hin zur Begeisterung für historische Zeugnisse – auch ohne Vorkenntnisse.

Eine von der unteren Denkmalschutzbehörde herausgegebene Broschüre über die Taubenhäuser im Landkreis als historische Zeugen der ländlichen Geschichte und Alltagskultur fand eine sehr positive Aufnahme und einen großen Leserkreis, sowohl unter den Besuchern der Kreisverwaltung, als auch unter Fachleuten. Sie kann am Eingang des Kreishauses erworben werden. Die im Jahr zuvor erschienene Broschüre über die Wassertürme des Landkreises ist ausverkauft.

Der Archäologentag, der nunmehr zum 7. Mal zu Jahresbeginn durchgeführt wurde, stößt auf zunehmendes Interesse der Bevölkerung auch an den Bodendenkmalen unseres Landkreises, von denen eine Vielzahl bislang wohl noch unentdeckt geblieben ist. 1.400 Fundstellen und Bodendenkmale sind im Landkreis bekannt und zeugen von der frühesten Besiedelungsgeschichte. Neue Forschungsergebnisse, zum Teil in Kooperation mit Hochschulen (z. B. Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald) zur Frühgeschichte Ludwigsfeldes, Luckenwaldes oder Kolzenburgs sind jüngsten Grabungen zu verdanken. Beiträge in Fachzeitschriften, Vorträge (z.B. vor dem Rotary-Club in Kloster Zinna) und die Begleitung von heimatkundlichen Ausstellungen haben in diesem Jahr dazu beigetragen, archäologische Erkenntnisse der Bevölkerung näher zu bringen.

Die Denkmalschutzbehörde konnte 2004 die an der Fachhochschule Potsdam lehrende Professorin Frau Dr. Martina Abri für ein gemeinsames Projekt gewinnen: Architekturstudenten erarbeiteten Entwürfe zu der wertvollen Ruine des Gutshauses Kleinbeeren aus dem 17. Jahrhundert. Weitere Projekte sind geplant, da die Zusammenarbeit sehr effektiv war und der Landkreis eine große Vielfalt an Denkmalen aufweist, die als Studentenprojekte geeignet sind. Eine CD-ROM mit den Entwürfen liegt der Denkmalschutzbehörde vor. Aus Kostengründen kann sie jedoch nicht als Broschüre gedruckt werden.

Die Denkmalschutzbehörde hat jedoch auch mit Konflikten zu kämpfen, die Ausdruck der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise und Bevölkerungsentwicklung sind: der Stadtumbau in Luckenwalde schließt beispielsweise auch den Abriss historischer Gebäude nicht aus; Abrissförderung einerseits, Rückzug der öffentlichen Förderung aus dem Denkmalschutz auf der anderen Seite stellen große Herausforderungen für die Bewältigung des Arbeitspensums der Denkmalschutzbehörde dar.

Landwirtschaftsamt

Nach zwei von extremen Hochwasser und lang anhaltender Dürre geprägten Jahren konnten die Landwirte unseres Landkreises in diesem Jahr aufgrund guter ackerbaulicher Fähigkeiten und optimalen Witterungsbedingungen ein überdurchschnittliches Ernteergebnis erreichen. Die erzielten Erträge der einzelnen Kulturarten reichten so an die Spitzenergebnisse des Jahres 2001 heran bzw. wurden sogar noch übertroffen.

Mit dem Anbau von 35.792 ha Getreide lag der Flächenanteil zum Ackerland bei 48,6 %. Gegenüber 2003 wurde sogar die Getreideanbaufläche um 4,1 %, dies entspricht 1.404 ha, erweitert. Insbesondere auf den leichteren Standorten des Landkreises war trotz Wegfall der Roggenintervention der größte Flächenzuwachs bei dieser Kultur mit insgesamt 14,9 % zu verzeichnen. Insgesamt wurden 195.749 t Getreide geerntet. Der Gesamtertrag im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2003 konnte damit um 42.839 t überboten werden. Der Getreideertrag je ha betrug 54,7 dt (2001 = 54,9 dt). Gegenüber dem Vorjahr wurden somit 25,4 dt/ha mehr Getreide geerntet. Die besten Ergebnisse erreichte hier der Winterweizen mit 67 dt, die Wintergerste mit ebenfalls 67 dt, Triticale mit 52,3 dt und der Roggen mit 48,1 dt. Auf einer Anbaufläche von 6.593 ha Winterraps, die leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr war, erreichte der Landkreis den Spitzenertrag von 36,2 dt/ha; das bisher beste Ergebnis innerhalb der letzten zehn Jahre.

Der Landkreis Teltow-Fläming ist mit seinen knapp 3.000 ha Kartoffelfläche mit der größte Anbauer im Land Brandenburg. Erfreulich ist, dass sich die Anbaufläche um 215 ha erhöht hat. Hier wurde ebenfalls ein Spitzenertrag von 417,3 dt/ha erreicht. Auch die Zuckerrübenfläche hat sich leicht erhöht und beträgt im Jahre 2004 1.025 ha. Mit geernteten 542,6 dt/ha zählt auch der Zuckerrüben ertrag zu den besten Erträgen der letzten zehn Jahre. Die Schattenseite der guten Erträge bildet jedoch der stark gesunkene Absatzpreis bei Getreide, aber auch bei Kartoffeln und Zuckerrüben. Somit haben sich die Erlöse aus diesen Kulturen relativiert und bilden kein finanzielles Spitzenergebnis.

Im Gegensatz zu den guten Ergebnissen in der Pflanzenproduktion haben sich die Tierbestände im Landkreis wie bereits auch in den letzten Jahren weiter reduziert. Der Rinderbestand verringerte sich im letzten Jahr um 3.080 Tiere und beträgt derzeit 35.450 Rinder. Neben den schlechten Vermarktungspreisen ist hier auch die schlechte Futterernte des Jahres 2003 als Ursache festzustellen. Auch bei den derzeit 13.400 Milchkühen und 3.700 Ammen und Mutterkühen ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auch der Schweinebestand ist um 2,2 % gesunken und beträgt derzeit 84.000 Tiere. Bei einem relativ guten Schweinefleischpreis ist hier jedoch die Ursache des Rückgangs mit der Durchführung von Investitionsmaßnahmen in größeren Schweinehaltungsbetrieben verbunden, so dass Teltow-Fläming weiterhin zu den Landkreisen zählt, der auf eine kontinuierliche Schweinefleischproduktion ausgerichtet ist.

Trotz der zunehmenden Einbindung von Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten hat sich der Schafbestand auf 8.800 Tiere reduziert. Die Gewährung von Mutterschafprämien konnte den Rückgang der Schafbestände nicht weiter stoppen.

Im Antragsjahr 2004, dem letzten Jahr der Gewährung von Kulturpflanzenbeihilfen je ha Anbaufläche bei den einzelnen Kulturen, hat sich nur wenig gegenüber dem Vorjahr geändert. Ab dem Antragsjahr 2005 kommt es dann zur Entkopplung der Direktzahlungen, d. h., dass sich die Zahlungsansprüche der landwirtschaftlichen Unternehmen dann aus einer regionalen und einer betriebsindividuellen Komponente zusammensetzen und unabhängig von der Anbaustruktur und der gehaltenen Tierbestände berechnet werden. Veränderungen haben sich in diesem Jahr auf dem Gebiet des Anbaus von Energiepflanzen auf nicht stillgelegten Flächen ergeben. Neun landwirtschaftliche Unternehmen haben auf einer Fläche von 840 ha Energiepflanzen wie Raps und Roggen angebaut, für die eine Zusatzprämie von 45,- €/ha

gewährt wird. Hierbei zeigt sich besonders, dass bei entsprechenden Rahmenbedingungen der Anbau von Energiepflanzen zukunftssträftig ist und sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Unternehmen auswirkt. Insgesamt wurden 2004 für den Anbau von Kulturpflanzen und der Haltung von Tieren 779 Anträge bearbeitet und 22.485.447 € Zahlungsansprüche bewilligt.

Die Produktion und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nach den Richtlinien des Kulturlandschaftsprogrammes des Landes Brandenburg findet bei den Landwirten des Landkreises weiterhin breite Zustimmung. So wurden in diesem Jahr 194 Anträge gestellt, die eine Bewirtschaftung von 16.231 ha beinhalten. Für diese extensive Bewirtschaftung wurde insgesamt eine Ausgleichszahlung von 1.929.754 € gewährt. Durch fehlende Haushaltsmittel des Landes Brandenburg konnte eine Vielzahl von Programmen durch die landwirtschaftlichen Unternehmen nicht in Anspruch genommen werden.

Der ökologische Anbau wird in diesem Jahr von 15 landwirtschaftlichen Unternehmen wahrgenommen und hat jetzt einen Umfang von 4.400 ha erreicht. Bei einem Anteil von 5,01 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises wurden jedoch noch nicht alle Möglichkeiten des ökologischen Landbaus ausgeschöpft. Gemeinsam mit dem Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung Frankfurt/Oder wurde in diesem Jahr die Einführung des zentralen Verfahrens „Profil-Central“ für das Jahr 2005 vorbereitet. Das Landwirtschaftsamt arbeitet hier als Testamt mit dem Ziel, die praktische Umsetzung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems zur Unterstützung in der Bearbeitung von Agrarförderanträgen effektiver zu gestalten und zu vervollkommen. Bereits Mitte dieses Jahres wurden drei Arbeitsplätze im Landwirtschaftsamt eingerichtet, die ein GIS-gestütztes Flächenidentifizierungssystem (Feldblockkataster) bearbeiten. Diese Flächennachweisführung in der Agrarförderung ist für die Antragstellung der Zahlungsansprüche der landwirtschaftlichen Unternehmen für 2005 notwendig. Dabei sind die bisherigen Katasterunterlagen nach wie vor weiter zu führen, jedoch als zweitrangig zu betrachten, bis das Feldblockkataster vollständig aufgebaut und fachlich geprüft wurde. Das Landwirtschaftsamt ist dafür verantwortlich, dass bis zum Beginn der Agrarförderung 2005 sichergestellt sein muss, dass die Flächennachweisführung in der Agrarförderung nach dem digitalen Feldblockkataster (DFBK) flächendeckend für den gesamten Landkreis erfolgen kann.

Mit der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, beginnend am 1. Januar 2005 und dem damit verbundenen Starttermin für die Entkopplung der Direktzahlung und die Anwendung der Cross-Compliance-Bestimmungen, besteht in den landwirtschaftlichen Unternehmen als auch in der Verwaltung ein hoher Informationsbedarf zu qualitativen Umsetzung. Ziel ist es dabei, eine ordnungsgemäße Agrarförderung unter den veränderten Förderbedingungen zu gewährleisten und auch zukünftig umzusetzen.

Die Investitionstätigkeit der landwirtschaftlich gärtnerischen Unternehmen des Landkreises gestaltete sich im Jahr 2004 im Vergleich zu den vergangenen Jahren wieder verhalten. Die Ursache ist hier insbesondere in der mangelnden finanziellen Ertragslage auf Grund der extremen Jahre 2002 und 2003 zurückzuführen. Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm sowie die Landesrichtlinien zur Förderung von Investitionen in der Tierproduktion, im Gartenbau, in der Bewässerung und der Direktvermarktung wurden neu überarbeitet und in ihren Förderkonditionen angeglichen. Insgesamt wurden 48 Förderanträge im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung mit einem Bruttoinvestitionsvolumen von 13,9 Mio. € gestellt. Einen besonderen Anteil nahmen dabei Maßnahmen in der Tierhaltung zur Verbesserung des Stallklimas, der Tierhygiene und –gesundheit ein. Hier kann insbesondere auch der Zusammenhang mit den 19 Richtlinien und Verordnungen des Cross-Compliance hergestellt werden. Rege Investitionstätigkeit gibt es im Bereich der Pferdehaltung, wobei es dort vorrangig um die Vervollkommnung des betrieblichen Angebotes an Reit- und Urlaubsmöglichkeiten geht.

Besondere Beachtung fand auch das Gesetz zur Einführung erneuerbarer Energien auf dem Investitionssektor. Mit dem Ziel, langfristig gesicherte Einnahmen zu realisieren, beantragten

insgesamt sechs Betriebe eine finanzielle Unterstützung für den Bau von Solaranlagen, davon sechs zur Strom- und eine zur Warmwassererzeugung. Die äußerst schwierig darzustellende Stromabnahmegarantie hemmt jedoch die Weiterführung. Schwerpunkte bildeten weiterhin die Anschaffung bodenschonender Technik, Bewässerungssysteme sowie Investitionen der Marktstruktur. Im Ergebnis der Prüfung der Nachweise für die gewährten finanziellen Mittel des Bundes und des Landes zur Existenzsicherung aufgrund der extremen Dürre des Jahres 2003 hatten die betroffenen Unternehmen den Verlust im bereinigten Betriebsertrag von ca. 31,34 % bzw. 14,3 Mio. € zu verkraften.

Schlussfolgernd aus dem Dürrejahr 2003 wurden bei den fünf Gewässerunterhaltungsverbänden des Landkreises Teltow-Fläming verstärkt Anträge aus der Richtlinie „Landschaftswasserhaushalt“ gestellt. Insgesamt wurden in diesem Jahr zwölf zum Teil sehr umfangreiche Bau- und Renaturierungsmaßnahmen beplant und positiv beurteilt, die einen Wertumfang von über 2 Mio. € umfassen.

Ein wichtiges Aufgabenfeld stellt die Kontrolle zur Umsetzung der Dünge-VO im Landwirtschaftsamt dar. Dem Ziel, alle landwirtschaftlichen Betriebe hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen der Dünge-VO zu kontrollieren, ist das Landwirtschaftsamt 2004 ein gutes Stück näher gekommen. So hat sich die Vor-Ort-Kontrolle gemäß der Dünge-VO gegenüber dem Jahr 2003 mehr als verdoppelt. Somit konnten kumulativ von den 401 landwirtschaftlichen Unternehmen im Landkreis in den letzten Jahren bisher 153 im Rahmen einer Vor-Ort-Kontrolle auf die Einhaltung der guten landwirtschaftlichen Praxis kontrolliert werden. Dabei wurden 87 % der Agrargenossenschaften und 68 % der GmbH bisher kontrolliert. Nachholebedarf gibt es noch bei den Landwirten im Haupt- und Nebenerwerb. Insgesamt wurden im Landkreis 38 % der landwirtschaftlichen Unternehmen bisher einer Vor-Ort-Kontrolle unterzogen. Der Mindestkontrollsatz je Wirtschaftsjahr sollte bei 10 % liegen, der 2004 mit 53 Vor-Ort-Kontrollen erreicht worden ist. Auf der Grundlage der Kontrollen nach der Düngeverordnung mussten auch bei der Agrarförderung Sanktionen vorgenommen werden. Von diesen Sanktionsmaßnahmen waren 18 Agrarunternehmen betroffen, bei denen ein Abzug von 1 % bis 5 % der möglichen Förderung vorgenommen wurde. Zwei Ordnungswidrigkeiten mussten in diesem Jahr mit Bußgeldbescheiden geahndet werden. Die festgesetzte Geldbuße beträgt insgesamt 300 €.

Im Jahr 2004 wurde das Bodenordnungsverfahren Oehna mit einer Gesamtfläche von ca. 5.000 ha eröffnet. In den nächsten zehn Jahren sollen dabei Flurneuordnungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen im Umfang von ca. 5,5 Mio. € realisiert werden. Entsprechend der Richtlinie des MLUR vom 22. Mai 2004 wurde ein Planungsbüro beauftragt, ein Integriertes ländliches Entwicklungskonzept für den gesamten Landkreis Teltow-Fläming bis 30. Juni 2005 unter Einbeziehung der Kommunen und der regionalen Akteure zu erstellen. Das Entwicklungskonzept für die nächsten fünf Jahre wird ab 2005 durch ein Regionalmanagement in der Umsetzung unterstützt.

Zu den Pflichtaufgaben des Landwirtschaftsamtes gehört die Futtermittelkontrolle in den landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises. Durch die Neubesetzung dieser Stelle im laufenden Jahr ist es zu Rückständen in der Erreichung der jährlichen Zielstellung der zu untersuchenden Unternehmen gekommen. Mit der Neubesetzung ab September ist es uns jedoch gelungen, die geforderte Kontrolldichte als auch die Probenahme abzusichern. Insgesamt wurden in diesem Jahr 170 Betriebe kontrolliert sowie 67 Proben zur Untersuchung in die entsprechenden Labors geleitet. In nur einem Fall kam es bisher zu Unregelmäßigkeiten.

Grundstücksverkehr und Pacht

Im Jahre 2004 wurden 443 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den 326 vorliegenden Kaufverträgen haben 99 Landwirte Flächen käuflich erworben. Der Flächenverkauf durch die Bodenverwertung und –verwaltungs GmbH (BVVG) umfasst nach dem Entschädigungs- und

Ausgleichsleistungsgesetz bisher eine Fläche von insgesamt 4.235 ha. Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden insgesamt 4.918 ha veräußert, davon 1.249 ha im Jahre 2004 mit einem Durchschnittspreis von 0,18 €/m². Die landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises haben insgesamt 11.960 Pachtverträge abgeschlossen, die ständig aktualisiert werden. Neben der Eigentumsfläche wird hier eine Pachtfläche von 85.000 ha bewirtschaftet. Der zu zahlende Pachtpreis an die Verpächter beträgt jährlich 5.000.000 €. Die Landschaftsfördervereine des Landkreises haben bisher 1.771 ha käuflich erworben, wobei der Anteil außerhalb der Schutzgebiete bei 284 ha liegt. Der Entzug von landwirtschaftlichen Flächen durch notwendige Infrastrukturmaßnahmen hat sich im Zeitraum von 1990 bis 2004 auf ca. 2.651 ha vollzogen.

Landwirtschaftsschule

Einen wesentlichen Beitrag zur Bildung im Agrarbereich leistet die Landwirtschaftsschule des Landkreises Teltow-Fläming. Sie ist eine anerkannte Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich. Ziel dieser Landwirtschaftsschule ist es, durch aktive Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation von Landwirten und anderen mit land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten befassten Personen beizutragen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag durch Ausbildung, Qualifikation, Seminare und Schulungen, die landwirtschaftlichen Fachkräfte in die Lage zu versetzen, ihren Betrieb wirtschaftlich zu leiten und ständig den stark schwankenden Marktbedingungen anzupassen. Zum Bildungsprogramm gehört die Vorbereitung auf die Prüfung zum Landwirt von Oktober 2004 bis Juni 2006, die Weiterbildung für Anwender von Pflanzenschutzmitteln, Motorsägenlehrgänge, landwirtschaftliches Rechnungswesen sowie Lehrgänge über die Bewirtschaftung und Nutzung des Grünlandes, Winterschulungen im Kleingartenwesen und auch Schulungen zum Agrarantrag „Online“.

Erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen wurden in diesem Jahr folgende Weiterbildungsmaßnahmen:

- Landwirtschaftsmeister	13 Teilnehmer
- Berufs- und Arbeitspädagogik	6 Teilnehmer
- Agrarantrag „Online“	24 Teilnehmer
- Sachkundenachweis für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	9 Teilnehmer
- Umgang mit der Motorsäge	23 Teilnehmer.

Im Rahmen der Demonstrationsrichtlinie des Ministeriums begleitet die Landwirtschaftsschule auch das Modellvorhaben zum Thema: „Der Einsatz moderner Beregnungsverfahren zur umweltschonenden und flächendeckenden Bewirtschaftung mit Hilfe satelliten- und computergestützter Mess- und Regeltechnik zur Ertragsstabilisierung und Qualitätsverbesserung im Speisekartoffelanbau“.

Hoch- und Tiefbauamt

Das Hoch- und Tiefbauamt mit seinen drei Sachgebieten Hochbau, Tiefbau, Kreisstraßenmeisterei und das seit 1. Juli 2003 in die Stabstelle des Amtes integrierte Sachgebiet Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht hat auch im Jahr 2004 als technisches

Fachamt seine Arbeit auf Bauinvestitionen, Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und im Straßenbereich konzentriert.

Sachgebiet Hochbau

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Hochbau setzten sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2004 für die Erhaltung und Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude ein. Es wurden Instandsetzungen, Modernisierungen und Umbauten qualitätsgerecht, nach gültigen Normen und dem Stand der Technik durchgeführt.

1. Bauvorhaben und Planungsleistungen

- Rissesanierung an der Außenhülle des Schulgebäudes sowie Sanierungsarbeiten am Kunststoffbelag der Außensportflächen in der allgemeinen Förderschule Mahlow
- Einbau einer Holzprallwand in der OSZ-Sporthalle Luckenwalde
- Einrichtung einer 2. Lehrküche am OSZ-Standort Luckenwalde, Schieferling
- Beginn der Umbauarbeiten des ehemaligen Wohnheimes am Gymnasium Ludwigsfelde zu Fachunterrichtsräumen
- Erweiterung und Umbau der Rettungswache Mahlow

Bis auf die Rissesanierung in Mahlow wurden sämtliche Planungsleistungen im eigenen Amt durchgeführt. Umfangreiche Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an weiteren Einrichtungen des Landkreises dienten dem Erhalt und der Sicherheit der Bausubstanz. Planungsleistungen an Gebäuden und technischer Gebäudeausrüstung wurden für ca. 400 T€ im eigenen Amt erbracht.

2. Ausschreibungen und Vergaben

Im Zuge von Ausschreibungen und Vergaben von Bauleistungen wurden 85 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 1 Mio € umgesetzt. 260 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 1,7 Mio € wurden vergeben, davon blieben 86,5% dieser Aufträge im Landkreis.

3. Baufachliche Stellungnahmen

Für andere Verwaltungen und Gesellschaften wurden sieben baufachliche Stellungnahmen und zwei Prüfungen von Verwendungsnachweisen vorgenommen.

Sachgebiet Tiefbau

Das Sachgebiet Tiefbau nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus der Baulast für die ca. 190 km Kreisstraßen, ca. 51 km begleitende Radwege sowie ca. 170 km Rad- und Skatweg (Flaeming-Skate®) ergeben. Die Aufgaben umfassen die Organisation, Ausschreibung und

Beauftragung der baulichen und betrieblichen Unterhaltung und der Erneuerung der Straßen, Brücken und Radwege sowie die Organisation des Winterdienstes. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Planung, Ausschreibung und Umsetzung des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen.

Das Sachgebiet Tiefbau ist auch für die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse), die Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde bei der Benutzung der Kreisstraßen und Radwege (z.B. Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Schadensmeldungen an Kreisstraßen sowie die (rechtliche) Straßenaufsicht der Gemeindestraßen zuständig.

1. Bauvorhaben

- Weiterführung der Erneuerung der Ortsdurchfahrt Luckenwalde, Potsdamer Straße, (K 7220) einschließlich Neubau eines Regenwasserkanals und der Nebenanlagen (Geh/Radweg, Parkflächen, Baumersatzpflanzungen) als Gemeinschaftsvorhaben mit der Stadt Luckenwalde
- Neubau der Eisenbahnüberführung bei Baruth/Mark, Herrichtung eines Kellergewölbes zu einem Fledermausquartier, Beginn der Straßenbauarbeiten (K 7225)
- Erneuerung der Ortsverbindung Dabendorf–Glienicke mit Straßenbau und landschaftspflegerische Maßnahmen (K 7234)
- Erneuerung und Verbreiterung des Radweges zwischen Gottow und Luckenwalde (K 7222)
- Deckenerneuerung in einem Teilabschnitt zwischen Gottow und Luckenwalde (K 7222)

2. Straßenunterhaltung/Winterdienst

In diesem Bereich wurden mit kreislichen Mitteln 190 Aufträge mit einem Wertumfang von 772.000 € für die bauliche und betriebliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege sowie der Flaeming-Skate realisiert (Reparatur von Straßendecken, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung).

Für den Winterdienst auf den Kreisstraßen haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 132.000 € erbracht. Die Vergabe der Winterdienstleistungen an Firmen aus dem Kreisgebiet ist erforderlich, da diese Aufgaben nur eingeschränkt durch das Leistungsprofil der Kreisstraßenmeisterei abgedeckt werden können. Der Einsatz der für den Winterdienst verantwortlichen Firmen erfolgt nach einem Kontrollsystem, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können. Im Sachgebiet Tiefbau erfolgt die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

3. Straßenverwaltung

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde wurden ca. 500 Vorgänge (vielfach mit Ortsbesichtigungen) im Zusammenhang mit:

- Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen,
- Zustimmungen und Genehmigungen von Sondernutzungen, Zufahrten und Anbauten,
- Stellungnahmen im Rahmen der TÖP-Beteiligung,
- Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen sowie Anordnungen,

- Schadensmeldungen am Straßen- und Wegenetz (z.B. Verkehrsunfälle)

bearbeitet.

Die Straßenbaubehörde gab als Fachbehörde Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen ab. Im Rahmen der Straßenaufsicht wurden Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden durchgeführt.

Kreisstraßenmeisterei

Zu den Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, straßenbegleitenden Radwegen und der Flaeming-Skate hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolltätigkeit der Kreisstraßen und Radwege (Streckenkontrolle)
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen, sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Bankettpflege
- Randstreifen- und Herbstmahd
- Wild- und Baumwuchsbeseitigungen und Baumfällungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Winterdienst auf Radwegen entlang der Kreisstraßen
- Winterdienst auf Skatewegen
- Absicherung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen

Die zunehmend an Attraktivität gewinnende Flaeming-Skate mit einer derzeitigen Gesamtlänge von ca. 170 km wurde intensiv in die tägliche Arbeit der Kreisstraßenmeisterei integriert. Laufende Kontrollarbeiten auf der gesamten Skatestrecke, Pflege und Beseitigung von Schäden durch zwei dafür verantwortliche Mitarbeiter und der Kontakt zu den Skatern auf dem Streckennetz bilden hier den Schwerpunkt der Aufgabenerfüllung. Als Technik hierfür kommen zwei Multicar M 30 (FUMO) mit Zusatz- und Anbaugeräten zum Einsatz.

Im Einvernehmen mit der Unteren Bauaufsichtsbehörde wurden im Rahmen der Ersatzvornahme illegal aufgestellte Werbeanlagen erfasst, dokumentiert und beseitigt.

Nach Bedarf wurden Transportarbeiten für das Hauptamt und für kreisliche Schulen durchgeführt.

Stabsstelle SB Wohnungsbauförderung/Wohnungsaufsicht

Die Sachbereiche Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht konzentrierten sich im Jahre 2004 erneut auf die Förderungsmaßnahmen und weiterhin auf die Entwicklung der Innenstädte und damit auf den bereits vorhandenen Wohnungsbestand.

Die in diesem Zusammenhang erfolgte finanzielle Unterstützung des Rückbaus von nicht mehr erhaltenswerter Bausubstanz hinterläßt nun auch im Landkreis Teltow-Fläming für alle sichtbare Lücken, die zunächst begrünt oder als zusätzliche Parkgelegenheiten genutzt werden.

Auf diesem Wege verschwand der eine oder andere Stein des jahrelangen Anstoßes aus den Ortsbildern im Landkreis. Der leer stehende und nicht weiterhin nutzbare Wohnraum in der Kreisstadt Luckenwalde konnte so im Jahr 2004 um 153 Wohnungen mit insgesamt 7.518 m² Wohnfläche reduziert werden, während es auch weiterhin Bemühungen gibt, stadt-bildprägende Gebäude nicht dem Verfall preiszugeben. So finden in der Dahmer Straße 22 in diesem Jahr auf Grund der bewilligten Landesdarlehen 23 vorwiegend ältere Mitbürger ein neues modernes und zentrumnahes zu Hause. Das Ziel der Landesregierung, dem Verfall der Innenstädte und Ortskerne durch Förderung der Bildung von Wohneigentum in der vorhandenen Altbausubstanz massiv entgegen zu treten, erzielte in den Städten des Landkreises keine nennenswerten positiven Ergebnisse. Sowohl in Luckenwalde als auch in der Stadt Jüterbog war trotz offensiver Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Thematik, die auch von der ILB unterstützt wurde, keine Nachfrage nach dieser Form der Förderung zu erzielen.

Auch die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Modernisierung ist rückläufig, da mittlerweile insgesamt ein sehr guter Modernisierungsgrad erreicht ist. In Glau wurden nochmals 44 Wohnungen aus ehemals militärischer Nutzung instandgesetzt und altersgerecht modernisiert.

Die landesweite Lockerung der Belegungsbindungen zum 1. September 2003 war besonders für die Städte des Landkreises ein voller Erfolg und führte dazu, dass der Leerstand im Wohnungsbestand des dritten Förderwegs deutlich abgebaut werden konnte, da nunmehr für den Einzug in eine solche Wohnung keine Einkommensgrenzen einzuhalten sind, obwohl die Wohnungen mietpreisgebunden bleiben.